

Beschluss Präambel

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.1. Präambel

Text

- 1 Liebe Düsseldorferinnen und Düsseldorfer,
2 am 13. September haben Sie die Wahl: für den Stadtrat, die Bezirksvertretungen,
3 den Integrationsrat und den/die Oberbürgermeister*in. Die Kommunalwahl 2020 ist
4 die erste Wahl in einem neuen Jahrzehnt, in einem entscheidenden Jahrzehnt. Wie
5 werden wir, wie werden unsere Kinder und Enkelkinder auf die 20er Jahre dieses
6 Jahrhunderts zurückblicken?
- 7 Wie Düsseldorf 2050 aussieht, wie lebenswert, gesund und rheinisch es ist, dafür
8 stellen wir auch in der Kommunalpolitik in diesem Jahrzehnt die Weichen. Wir
9 wollen es zu einem Jahrzehnt des grünen Aufbruchs machen, um uns und den
10 kommenden Generationen ein gutes Leben in Düsseldorf zu ermöglichen. Gemeinsam
11 arbeiten wir daran, dass unsere Kinder und Enkelkinder positiv auf die 20er
12 Jahren zurückblicken. Denn wenn wir den Aufbruch schaffen, dann
- 13 • wohnen sie in lebendigen, urbanen, bezahlbaren und gleichzeitig grünen und
14 gesunden Quartieren, die wir in den 20er Jahren planen.
 - 15 • sitzen sie 2050 in den kühlen Schatten der Bäume, die wir heute pflanzen.
 - 16 • gehen sie zu Fuß, nutzen Fahrrad, Busse, Bahnen und Car-Sharing, weil wir
17 in den kommenden Jahren die Mobilitätswende zum Erfolg führen.
 - 18 • haben sie teil an der vitalen Düsseldorfer Kulturszene, der wir heute
19 Räume und Unterstützung sichern.
 - 20 • leben sie in einem solidarischen Düsseldorf, da wir uns heute für
21 Chancengerechtigkeit und Zusammenhalt einsetzen und Armut bekämpfen.
 - 22 • sind sie in einem offenen, toleranten und vielfältigen Düsseldorf zu
23 Hause, weil wir heute und jeden Tag unsere Stadt gegen Hass, Populismus
24 und Rechtsradikalismus verteidigen.
 - 25 • leben sie auf einem Planeten, auf dem weiterhin menschliches Leben möglich
26 ist, nachdem wir in den 20er Jahren kommunal wie global die Klimakrise
27 endlich gedreht haben.
- 28 Für diese Vision von Düsseldorf stehen wir GRÜNE. Wir wollen gemeinsam mit
29 allen, die hier leben und die hier noch leben werden, das Leben in Düsseldorf
30 gestalten: lebenswert, nachhaltig und zukunftsfähig. Dafür arbeiten wir auf
31 allen Ebenen, in allen Themen und Fachbereichen – mit konkreten Ideen, kreativen
32 Ansätzen und klaren Zielen. Deshalb wollen wir in Düsseldorf noch mehr
33 Verantwortung übernehmen mit unserem Oberbürgermeister-Kandidaten Stefan
34 Engstfeld und unseren Kandidat*innen für den Stadtrat und die Stadtbezirke.
35 Deshalb: am 13. September die GRÜNEN wählen!

Beschluss Nachhaltiges Düsseldorf

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.2. Nachhaltiges Düsseldorf

Text

1 „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ - Die Aussage und Mahnung
2 aus der Gründungszeit der GRÜNEN vor 40 Jahren gilt unverändert. Auch der
3 Begriff der „Enkeltauglichkeit“ bringt unser Verständnis von Nachhaltigkeit auf
4 den Punkt: Heutige und kommende Generationen müssen die nötigen Grundlagen und
5 Handlungsspielräume für ihr Leben haben – überall auf unserer Erde. Wir dürfen
6 nicht auf Kosten anderer Menschen in unserer Stadt oder in anderen Regionen der
7 Erde leben und nicht auf Kosten zukünftiger Generationen.

8 Die Herausforderungen sind immens: entscheidet sich die Menschheit dazu,
9 Wohlstand und Entwicklung mit weiterer Ausbeutung von Mensch und Natur
10 aufrechtzuerhalten, dann werden die menschlichen Lebensgrundlagen und mit ihnen
11 zusammen der gesellschaftliche Zusammenhalt zerstört. Innerhalb der planetaren
12 Grenzen geht es deshalb um die nachhaltige Entwicklung in mehreren Dimensionen:
13 ökologisch verträglich, sozial ausgewogen, wirtschaftlich leistungsfähig. Daran
14 wollen wir GRÜNE unsere Politik auf allen Ebenen ausrichten. Düsseldorf muss
15 global denken und lokal handeln. So können wir wiederum global wirken und zu
16 einer zukunftsfähigen Entwicklung lokal wie global beitragen.

17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen

18 Dafür orientieren wir uns an den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der
19 Vereinten Nationen (engl. „Sustainable Development Goals“, SDG), die auch für
20 unser kommunales Handeln in Düsseldorf Leitprinzipien sind. Die SDG sind
21 grundsätzlich und fundamental, können aber auch konkret auf unsere Stadt und
22 unsere Herausforderungen runtergebrochen werden. Wir wollen gemeinsam mit allen,
23 die hier leben, für ein lebenswertes, nachhaltiges und zukunftsfähiges
24 Düsseldorf kämpfen – mit konkreten Ideen, kreativen Ansätzen und klaren Zielen.

25 Bei der Erarbeitung dieses Wahlprogramms haben wir die SDG als Leitprinzipien
26 bereits berücksichtigt. Sichtbar wird diese Orientierung an den Symbolen der im
27 jeweiligen Abschnitt tangierten Ziele.

28 (hier wird die SDG-Übersicht eingefügt)

29 Warum wir GRÜNE die VN-Nachhaltigkeitsziele als einen geeigneten Referenzrahmen
30 für kommunale Politik ansehen, erläutern wir auf S. xxx. Und wie wir GRÜNE
31 Nachhaltigkeit als echte Querschnittsaufgabe in der Düsseldorfer Stadtverwaltung
32 und Kommunalpolitik stärken wollen, erläutern wir ab Seite XX (Hinweis auf Fach-
33 Kapitel).

Beschluss Klimaschutz

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.3. Klimaschutz

Text

1 Klimaschutz fängt in der Kommune an: Die Weltgemeinschaft hat nur noch wenige
2 Jahre, um den Ausstoß an Treibhausgasen radikal zu reduzieren und die
3 Erderhitzung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Nur so können wir globale
4 Kippunkte vermeiden und die drastischen Folgen des Klimawandels eindämmen: den
5 Anstieg des Meeresspiegels und die Wüstenbildung, Naturkatastrophen wie
6 Überschwemmungen und Waldbrände und ein nie dagewesenes Artensterben. Dies ist
7 eine globale Aufgabe, deren Umsetzung lokal beginnt. Sie erfordert ein
8 grundsätzliches Umdenken und radikal-realistisches Handeln, das die
9 wissenschaftlichen Erkenntnisse als Basis nimmt.

10 Schon jetzt zeigen sich Auswirkungen der Klimakrise in Form von Wäldersterben
11 und Hitzesommern, die insbesondere älteren und schwachen Menschen zu schaffen
12 machen. Wir treten dafür an, dass Düsseldorf seiner Verantwortung beim
13 Klimaschutz gerecht wird und als Vorreiter deutliche Emissionseinsparungen
14 umsetzt. Echte Klimaschutzpolitik ist eine Politik zur Sicherung der Zukunft
15 unserer Stadt, ihrer Bewohner*innen und der Wirtschaft. Dies sind wir den
16 nächsten Generationen, die uns mit aller Deutlichkeit an unsere Verantwortung
17 erinnern, schuldig.

18 Die nächsten 5 Jahre sind entscheidend

19 Wir befinden uns im Klimanotstand. Tausende Bürger*innen gehen seit dem
20 vergangenen Jahr auf die Straße und fordern konsequenten Klimaschutz. Der Ruf
21 nach zügigem Handeln ist unüberhörbar und die Stadtgesellschaft politisiert.
22 Daraufhin haben wir GRÜNE im Stadtrat die Forderung des Jugendrates aufgegriffen
23 und das Ziel durchgesetzt, spätestens bis zum Jahr 2035 die Klimaneutralität zu
24 erreichen. Wir nehmen den Klimanotstand ernst und wollen die notwendigen
25 Veränderungen in allen Sektoren antreiben, um ein klimafreundliches,
26 nachhaltiges und lebenswertes Düsseldorf in Gegenwart und Zukunft zu
27 garantieren. Wir wollen Ansätze von weltweiten Vorbildern übernehmen, eigene
28 Wege gehen und zum Vorreiter für Klimaschutz werden.

29 Klimaschutz ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine wirtschaftliche
30 und soziale Herausforderung. Nur gemeinsam mit den verschiedenen
31 Interessengruppen in unserer Stadt lässt sich der Weg hin zur Klimaneutralität
32 erfolgreich beschreiten. Wir wollen, dass Politik und Verwaltung nicht in erster
33 Linie auf Eigenverantwortung setzen, sondern übergeordnete Rahmenbedingungen
34 anpassen, damit klimafreundliches Verhalten ermöglicht und stärker ermutigt
35 wird. Dabei ist auf die soziale Balance zu achten. Menschen muss es unabhängig
36 von ihrem Einkommen möglich sein, klimafreundlich in Düsseldorf zu leben. Für
37 effektiven Klimaschutz müssen wir schneller und entschlossener handeln - denn
38 uns bleibt nicht mehr viel Zeit.

39 GRÜN wirkt

40 In den letzten Jahren haben wir GRÜNE beim Klimaschutz viel bewegt. In 2017
41 haben wir ein neues, detailliertes Klimaschutzkonzept beschlossen. Mit dem
42 ausgeweiteten Förderprogramm „Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten“ fördert die
43 Stadt unter anderem Solaranlagen und Gebäudesanierungen. Damit haben wir
44 wirksame Anreize gesetzt, um die Bürger*innen beim Klimaschutz mitzunehmen. In
45 Schulen und KITAs haben wir das Programm „Mit Energie gewinnen“ neu aufgesetzt
46 und für mehr Unterstützung der schulischen Aktivitäten zur Energieeinsparung
47 gesorgt. Mit Bildungsangeboten zum Klimaschutz unterstützen wir die
48 unterrichtliche Arbeit der Lehrer*innen. Für weitere Maßnahmen haben inzwischen
49 Klimaschutzmanager*innen ihre Arbeit aufgenommen und sorgen ämterübergreifend
50 für die Umsetzung und das Controlling des Klimaschutzkonzeptes. Außerdem laufen
51 Informationskampagnen in Form von Plakatwerbung zu Initiativen wie z.B. dem
52 Klimaspargbuch und der „Klimafibel“.

53 Mit dem Beschluss des Klimanotstands im Sommer 2019 haben wir das Zieldatum für
54 die Klimaneutralität von 2050 auf 2035 vorgezogen. Damit einher geht die
55 Notwendigkeit, schnellstmöglich konsequentere und wirksamere
56 Klimaschutzmaßnahmen für unsere Stadt auf den Weg zu bringen. Dabei ist klar:
57 Klimaneutralität werden wir nicht ohne Bund und Land erreichen, aber wir werden
58 unserer Verantwortung hier vor Ort durch starkes grünes Engagement gerecht
59 werden.

60 GRÜNE Vision

61 Wir wollen Klimahauptstadt werden, indem wir das Klimaschutzkonzept konsequent
62 und gesamtstädtisch umsetzen, mit konkreten, verpflichtenden Zeitplänen, mehr
63 Personal und einem für die Bürger*innen transparenten, regelmäßigen Monitoring.
64 Die Zeit von Modellprojekten ist vorbei. Vielmehr wollen wir für jeden Beschluss
65 und jede Maßnahme eine detaillierte Klimafolgenabschätzung.

66 Für die städtische Energiewende müssen wir das Düsseldorfer Solarpotenzial
67 entschlossener nutzen. Die geeigneten Dachflächen sind mit 13 Quadratkilometer
68 in etwa so groß wie 2.000 Fußballfelder und bieten ein Einsparpotenzial von
69 knapp 1 Million Tonnen CO₂ im Jahr. Wir GRÜNE wollen eine ambitionierte
70 Ausbauintiative für Photovoltaik- und Solarthermieanlagen, um dieses Potenzial
71 bis 2035 schrittweise zu nutzen. Dabei wollen wir alle Akteur*innen -
72 Verwaltung, Bürger*innen und Gewerbe - an der Energiewende beteiligen und von
73 ihr profitieren lassen. Wir unterstützen Bürger*innensolaranlagen,
74 Beteiligungsprojekte, Mini-Photovoltaikanlagen auf Balkonen,
75 Mieter*innenstrommodelle und dezentrale Speicherlösungen. Alle
76 Verwaltungsstandorte wollen wir kurzfristig auf Solareignung überprüfen. Alle
77 geeigneten städtischen Schulen sollen bis 2025 mit Solaranlagen ausgestattet
78 sein. Auch auf die Hochschulen wollen wir zugehen.

79 Die Stadtverwaltung soll schnellstmöglich, spätestens bis zum Jahr 2025 zu 100 %
80 Ökostrom beziehen bzw. selbst erzeugen. Bei der energetischen Sanierung der
81 städtischen Gebäude machen wir mehr Tempo inkl. eines Ausbaus des
82 Energiemonitorings und der Energieberichterstattung sowie einer zügigen
83 Beleuchtungsumstellung und eines neuen gesamtstädtischen Lichtkonzepts.

84 Städtische Töchter als Nachhaltigkeitsvorbild: Wir wollen eine Sanierungs- und
85 Klimaschutzoffensive bei allen städtischen Tochterunternehmen. Die Einsparung
86 von Energie muss das wichtigste Ziel sein. Für eine nachhaltige Zukunftsvision
87 stehen die Stadtwerke im Zentrum. Sie können und müssen einen wichtigen Beitrag

88 zur Klimaneutralität bis 2035 leisten – als attraktiver Dienstleister für Strom,
89 Wärme und zunehmend auch Mobilität. Der Ökostrom-Anteil soll auf 100 % ausgebaut
90 werden. Dazu gehört auch ein langfristiges Konzept zur Belieferung des
91 Kraftwerks mit aus erneuerbaren Energien erzeugtem Gas.

92 Die Stadtwerke müssen ihren Anteil von echtem Ökostrom aus neuen Kraftwerken
93 deutlich steigern, einen festen Förderbetrag einführen und mit einer
94 Zertifizierung für Transparenz sorgen.

95 Wir wollen, dass alle städtischen Töchter ihr Geld aus schmutzigen, nicht-
96 nachhaltigen Investments rausholen. Die Stadtsparkasse soll sich zu einer
97 klimafreundlichen Bank im Rahmen von Green Investment weiterentwickeln.

98 Die Wärmewende ist ein zentraler Baustein für die Klimaneutralität. Die Quote
99 der energetischen Gebäudesanierung muss auf mindestens 3 % pro Jahr gesteigert
100 werden, derzeit liegt sie bei ca. 1%. Wir wollen alle Hebel dazu nutzen:
101 Anhebung der Förderung für Gebäudesanierung, die Förderung von Heizungstausch,
102 Fernwärmeanschluss und Solarthermie. Dafür sind auch weitere Beratungsangebote
103 nötig. Das Förderprogramm „Klimafreundlich Wohnen und Arbeiten“ sollte insgesamt
104 auf mind. 5 Mio. Euro pro Jahr erhöht werden. Im Neubau wollen wir hohe
105 energetische Standards und einen Anteil von Positiv- und Nullenergiehäusern
106 festschreiben.

107 Wir wollen mit einem Masterplan „Innovation City Düsseldorf“ mithilfe von
108 Bundesfördermitteln eine klimagerechte Stadt- und Quartiersentwicklung starten –
109 in enger Zusammenarbeit mit Bürger*innen, Industrie und Gewerbe und orientiert
110 am Erfolgsmodell der „Innovation City Bottrop“. Durch die Aktivierung aller
111 Beteiligten wollen wir die „Energiewende von unten“ umsetzen. Die städtische
112 Energieberatung soll auch auf mittelständische Betriebe ausgeweitet werden.

113 Wir wollen den Ausbau der Fernwärme in den innerstädtischen, verdichteten
114 Quartieren fortsetzen und beschleunigen. Dazu gehört für uns auch der Ausbau von
115 Solarthermie inklusive der Förderung dezentraler Wärmespeicher und die
116 Möglichkeit der Einspeisung von Wärme in das Fernwärmenetz. Am Stadtrand setzen
117 wir auf dezentrale klimaneutrale Technik wie beispielsweise mit Ökostrom
118 betriebene Wärmepumpen.

119 Die Notwendigkeit, Gebäude zu kühlen, nimmt nicht zuletzt aufgrund der letzten
120 Hitzesommer zu. Gleichzeitig sind Klimaanlagen große und ineffiziente
121 Energieverbraucher. Deswegen wollen wir in Anlehnung an das Fernwärmenetz die
122 Einrichtung eines lokalen Kältenetzwerkes.

123 Wir wollen ein Umdenken in der Nutzung von Baumaterialien anstoßen. Häufig sind
124 statt energieintensivem Beton alternative Baustoffe wie Holz möglich. Hier
125 braucht es einen engen Austausch mit Bauherr*innen und Beratung im Vorfeld.
126 Für die Auswahl von Bauweisen und Baumaterialien soll die Berechnung von
127 Lebenszykluskosten berücksichtigt werden.

128 Zur CO2 Einsparung gehören für uns auch die Gastronomiebetriebe, die ihre
129 Außenbereiche mit Heizstrahlern beheizen. Hier wollen wir gemeinsam mit den
130 Gastronomiebetrieben im Dialog eine stadtweite Vereinbarung schließen, die als
131 Zeichen für den Klimaschutz und der Nachhaltigkeit gesamtstädtisch den Einsatz
132 untersagt.

133 Der Verkehr ist für ca. 30 % der CO₂-Emissionen in Düsseldorf verantwortlich und
134 hat bislang keine nennenswerten Reduktionen erreicht. Wir wollen Rad- und
135 Fußverkehr, Bus und Bahn im Sinne einer klimafreundlichen Mobilitätswende
136 konsequent fördern und klimaneutrale Mobilität jederzeit und komfortabel allen
137 Menschen ermöglichen. Dafür müssen wir Straßen gerechter planen und Flächen
138 anders aufteilen.

139 Die Rheinbahn ist eine wichtige Akteurin für ein klimaneutrales Düsseldorf. Wir
140 wollen die Fahrgastzahlen deutlich steigern (und dabei auch den Reisekomfort
141 steigern). Unser Ziel für den gesamten Umweltverbund (Fuß, Rad, Bus und Bahn) im
142 sog. „Modal Split“ sind 80 % bis 2030 (gegenüber 60 % heute).. Außerdem setzen
143 wir uns dafür ein, dass die Rheinbahn zertifizierten Ökostrom nutzt.

144 Wir sehen Elektromobilität als eine Säule des klimafreundlichen Verkehrs und
145 wollen die Ladeinfrastruktur ausbauen und den städtischen Fuhrpark auf E-Autos
146 umstellen. Gleichzeitig ist es aus Gründen der Energieeffizienz keine
147 ausreichende Lösung, lediglich die Antriebsart zu wechseln.

148 Ein Ausbau des Flughafens ist für uns aus Gründen des Lärmschutzes und des
149 Klimaschutzes nicht machbar. Die Einhaltung der Nachtruhe muss verbessert
150 werden. Auch Lärm, der vor 6 Uhr, etwa bei den Startvorbereitungen entsteht,
151 wollen wir reduzieren. Wir wollen Flüge zu Zielen, die von Düsseldorf aus mit
152 der Bahn in unter vier Stunden zu erreichen sind, überflüssig machen und auf die
153 Schiene verlagern.

154 Auch der Güter- und Lieferverkehr muss klimaverträglicher werden. Deshalb wollen
155 wir Ansätze und Projekte verfolgen, welche Fahrten minimieren. Zu denken ist
156 hier z. B. an die Einrichtung von Abholpunkten in den Stadtbezirken, an die
157 Sammlung von Lieferungen verschiedener Logistikunternehmen, an die Einrichtung
158 von gesonderten Parkmöglichkeiten, aber auch an die konsequente Ahndung von
159 Zustellfirmen, die durch ihr Parken den fließenden Verkehr sowie Radfahrer und
160 Fußgänger behindern.

161 Wir setzen uns dafür ein, dass der Schiffsverkehr auf dem Rhein klimafreundlich
162 und schadstoffarm wird. Neben dem weiteren Ausbau von Landstromanlagen
163 unterstützen wir Initiativen und Gesetzesvorhaben, die den Schadstoffausstoß der
164 Schiffe minimieren.

165 Kitas, Schulen und ökologisch orientierte Vereine haben eine zentrale Rolle für
166 die Vermittlung von Klimawissen und -bewusstsein. Wir wollen die Bildung für
167 nachhaltige Entwicklung stärken und die Schulen und andere Bildungsstätten zu
168 Orten des gelebten Klimaschutzes werden lassen.

169 Durch Öffentlichkeitsarbeit wollen wir die positive Vision der klimagerechten
170 Stadt aufgreifen und vermitteln. Mit engagierten Bürger*innen und Initiativen
171 wollen wir in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für den Klimaschutz
172 eintreten. Durch Beteiligung der Bürger*innen lassen sich der Klimaschutz von
173 unten antreiben und Dynamiken entfalten

174 Der Agrarsektor hat in Form von Flächenbewirtschaftung und industrieller
175 Tierhaltung einen großen Anteil an der Klimakrise. Wir wollen es einfacher
176 machen, sich nachhaltig zu ernähren und setzen uns in Kitas, Schulen und
177 städtischen Kantinen für eine abwechslungsreiche, ausgewogene, regionale,
178 saisonale und erschwingliche Bio-Kost ein. Ebenfalls soll bei Veranstaltungen in

179 öffentlichen Einrichtungen auf das Angebot vegetarischer, biologischer, fairer
180 und regionaler Kost geachtet werden.

181 Innovation & Startups: Wir wollen das Potenzial von verstärktem Klimaschutz
182 durch innovative, grüne Start-Ups nutzen, eine ökologische Transformation
183 erleichtern und die bestehende Wirtschaftsförderung noch stärker an
184 Nachhaltigkeitsaspekten und CO₂-Einsparungen ausrichten. (Hier Verweis auf das
185 Kapitel Wirtschaftsförderung)

186 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 187 • 7 Bezahlbare und Saubere Energie
- 188 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 189 • 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion
- 190 • 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

Beschluss Umwelt, Grün & Anpassung an den Klimawandel

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.4. Umwelt, Grün & Anpassung an den Klimawandel

Text

1 Eine grüne, gesunde und lebenswerte Stadt ist Kernziel unserer Politik. Wir
2 treten ein für konsequenten Umweltschutz, eine begrünte Stadt sowie umfassenden
3 Artenschutz. Der Park um die Ecke, Straßenbäume, begrünte Dächer und Fassaden
4 und der renaturierte Bach bedeuten Lebensqualität und Wohlbefinden im Alltag.
5 Natürliche Erholungsgebiete zeichnen unsere grüne Stadt aus. Gleichzeitig ist
6 eine begrünte Stadt aber nicht nur ein Wohlfühl-Thema, sondern entscheidend für
7 die Gesundheit der Menschen und sollte deshalb strategisch angegangen werden.
8 Von zentraler Bedeutung sind angesichts der durch den Klimawandel zunehmend
9 heißeren und trockeneren Sommer Maßnahmen, die Düsseldorf kühler, grüner und
10 lebenswerter machen. Wir müssen unsere Stadt an Klimaveränderungen anpassen.

11 Zum Umweltschutz gehören auch weniger Lärm und saubere Luft. Luftschadstoffe
12 verursachen langfristige Gesundheitsschäden für die Anwohner*innen. Dass Lärm
13 krank macht, ist ebenso nachgewiesen. Wir wollen diese unsichtbaren Risiken
14 reduzieren. Schadstoffe sowie Lärm wollen wir durch eine moderne
15 Verkehrspolitik, die sich auf Rad- und Fußverkehr sowie Bus und Bahn fokussiert,
16 konsequent vermindern. (Hier Verweis auf das Kapitel Verkehr)

17 Wir setzen uns für den Schutz der Tier- und Pflanzenarten ein. Dazu gehören für
18 uns der Erhalt, die Aufwertung und der Ausbau des städtischen Grüns. Grüne
19 Plätze und wilde (Blumen-)Wiesen sollen das Stadtbild prägen. Wir wollen noch
20 mehr Bachläufe und Kleingewässer in einen naturnahen Zustand zurückversetzen und
21 die bestehenden Naturschutzgebiete in Düsseldorf aufwerten.

22 Wir dürfen der Natur und künftigen Generationen keine Dauerlasten hinterlassen.
23 Deshalb wollen wir, dass Düsseldorf Abfälle besser vermeidet und
24 wiederverwertet. So wollen wir einen Kulturwandel hin zu einem nachhaltigen
25 Konsum fördern.

26 GRÜN wirkt

27 Klimaanpassungskonzept: Wir haben erfolgreich für das Thema der Klimaanpassung
28 sensibilisiert und das Klimaanpassungskonzept beschlossen. Es ist die Basis
29 dafür, unsere Stadt für die klimatischen Veränderungen der nächsten Jahre zu
30 wappnen.

31 Stadtbaumkonzept: Neben dem Schutz vorhandener Bäume haben wir mit dem
32 Stadtbaumkonzept den Plan und das Geld für 1.000 neue Bäume in Düsseldorfs
33 Straßen geschaffen.

34 Stadtplanung: Bei Planungsvorhaben haben wir den Erhalt von Frischluftschneisen,
35 möglichst geringe Versiegelung, eine bessere Dachbegrünung und den Erhalt von
36 Bäumen an vielen Stellen erfolgreich eingefordert.

37 Artenschutz: Von Nisthilfen für Vögel und Fledermäuse über die Reduzierung von
38 Schadstoffeinträgen in Naturschutzgebieten bis zum Glyphosatverbot auf
39 städtischen Grünflächen und Äckern haben wir GRÜNE zahlreiche kleinere und

40 größere Maßnahmen angestoßen. Außerdem haben wir initiiert, dass Düsseldorf am
41 Label „Stadtgrün naturnah“ teilnimmt und auf diesem Weg weitere Schritte in
42 Richtung einer nachhaltigen Grünbewirtschaftung geht.

43 Lärmschutz: Mit neuen Möglichkeiten der Online-Beteiligung beim Lärmaktionsplan
44 und mehr als fünf Millionen Euro für „Flüsterasphalt“, Schallschutzwände und
45 Schallschutzfenster haben wir beim Lärmschutz wichtige Maßnahmen umgesetzt.
46 Erste Schritte haben wir GRÜNE auch für Temporeduzierungen aus Lärmschutzgründen
47 geschafft.

48 Umwelt ins Zentrum: Wir haben uns für die Planung eines Umwelthauses im
49 Stadtzentrum eingesetzt. „Umwelt ins Zentrum“ wird als Bildungs- und
50 Informationszentrum Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes. Die Entwicklung von
51 der Idee über die Standortsuche bis zur konkreten Planung mit den
52 Umweltverbänden und -initiativen haben wir politisch und finanziell unterstützt.
53 Die Zeit ist reif für ein Zentrum für Umweltschutz in der Mitte der Stadt und
54 damit in der Mitte der Gesellschaft.

55 Tierschutz: Beim Katzenschutz sowie beim Gänse- und Taubenmanagement haben wir
56 tierfreundlichere und nachhaltigere Wege eingeschlagen. Wir setzen
57 beispielsweise auf gänseabweisende Bepflanzung, die Ansiedlung von Schwänen und
58 die Kontrolle des Fütterungsverbots statt auf Abschuss oder unwirksame Versuche
59 mit Drohnen.

60 Abfallwirtschaft: Mit der kostenlosen Biotonne und der standardmäßigen
61 Ausstattung mit Blauen Tonnen haben wir zentrale Projekte für ein besseres
62 Recycling umgesetzt.

63 Sauberes Wasser: Da Kunstrasen eine Quelle von Mikroplastik ist, haben wir
64 umgesetzt, dass neue Kunstrasen mit Kork oder Sand statt Plastikgranulat
65 verfüllt werden. Beim Grundwasserschutz haben wir Großprojekte, wie die PFT-
66 Sanierung beschlossen und umgesetzt. Ebenso haben wir die Reinigung bei z. B.
67 PAK-Verseuchung weiter vorangebracht.

68 GRÜNE Vision

69 Der Klimawandel geht mit erheblichen Auswirkungen auf unsere Stadt einher. Schon
70 jetzt spüren wir seine Auswirkungen. Wir müssen die Stadt und besonders stark
71 betroffene Quartiere für die Veränderungen rüsten.

72 Mit mehr Grün: Wir wollen zusätzliche Bäume und blühende Hecken, neue kleine
73 Grünflächen als „Klima-Oasen“ und mehr Fassaden- und Dachbegrünung – verstärkte
74 Förderung im Bestand und ambitioniertere Vorgaben im Neubau. Die Bewässerung und
75 Pflege des Baumbestands wollen wir an die gestiegenen Anforderungen anpassen.

76 Mit mehr Wasser: Wir wollen neue Wasserflächen und Wasserzerstäuber anlegen, die
77 zur Verdunstungskühlung beitragen. Auch weitere öffentliche Trinkbrunnen wollen
78 wir in Kooperation mit den Stadtwerken ermöglichen.

79 Mit weniger Asphalt: Wir wollen versiegelte Flächen und Plätze aufbrechen und
80 zusätzliche Versiegelung stoppen, indem Neuversiegelungen durch Entsiegelungen
81 an anderen Orten mindestens ausgeglichen werden. Öffentliche Plätze müssen
82 ausreichend Schatten bieten, am besten durch natürliches Grün. Wo keine
83 Baumpflanzungen möglich sind, können mit einheimischen Pflanzen berankte

- 84 Pergolen relativ schnell grüne Räume schaffen, die kahle Plätze auch ästhetisch
85 aufwerten.
- 86 Mit der „Schwammstadt“: Wir wollen, dass Regenwasser möglichst lokal aufgenommen
87 und (zwischen-)gespeichert werden kann, u. a. durch multifunktionale Flächen wie
88 Wasserplätze oder Grünflächen, die bei Starkregen Wasser stauen können, damit es
89 nicht zu Überflutungen kommt.
- 90 Mit frischer Luft: Wir wollen die Funktionen der Frischluftschneisen und
91 Kaltluftentstehungsgebiete für Düsseldorf schützen und stärken. Die Klimaanalyse
92 wollen wir aktualisieren und bei allen Baumaßnahmen berücksichtigen.
- 93 Mit hellen Baumaterialien: Wir wollen helle, lichtreflektierende Materialien zur
94 Temperatursenkung einsetzen. Hier braucht es Beratung vor dem Bau. Wir wollen
95 bei städtischen Neubauten mit einem guten Beispiel vorangehen.
- 96 Wir wollen, dass Stadtgrün in jedem Viertel erlebbar ist: Vom historischen Park
97 über den Stadtwald bis zu begrüntem Dächern, Wänden und Verkehrsinseln. Unsere
98 Ansätze dafür sind unter anderem die Öffnung und Begrünung von Hinterhöfen,
99 Wildwiesen, Fassaden- und Dachbegrünung, die Begrünung von Baumscheiben durch
100 Patenschaften. Die planerische Basis dafür, den Grünordnungsplan, wollen wir in
101 den Stadtbezirken und Quartieren konkretisieren und umsetzen. Dabei ist für uns
102 die Schaffung und Berücksichtigung von Grünverbindungen bei der Bauleitplanung
103 als Biotopverbund sehr wichtig.
104 Unser Ziel ist ein verbindlicher Grünzuwachs in allen Stadtteilen.
- 105 Der Klimawandel wird - so ist angesichts der zunehmenden Wetterextreme zu
106 vermuten - auch die Hochwassergefahren für unsere Stadt verschärfen. Deshalb
107 sprechen wir uns für die Schaffung von zusätzlichen Retentionsräumen aus. Dazu
108 gehört in Düsseldorf auch die Rückverlegung des Himmelgeister Rheindeichs. Dort
109 kann außerdem auf bisher landwirtschaftlich genutzter Fläche artenreiche
110 Auenlandschaft geschaffen werden mit hohem Erholungswert für die Bürger*innen.
111 Ebenso wäre der Schutz der gefährdeten Wildbienenarten, die im alten Deich
112 siedeln, möglich.
113
- 114 Der Landschaftsraum Rhein mit seinen Deichen, mit Wiesen und Bäumen ist zudem
115 ein wichtiger Faktor für den lokalen Klimaschutz. Ca. 10.000 Bäume stehen
116 aktuell auf den Deichen, die – wenn sie ihr Lebensalter erreicht haben – nicht
117 mehr nachgepflanzt werden sollen, Deshalb setzen wir uns für eine Anpassung des
118 Konzeptes zum Hochwasserschutz auf Landesebene ein, die eine Vereinbarkeit von
119 Bäumen und Deichschutz möglich machen soll.
- 120 Beim Ausbau städtischen Grüns und der Nutzung von Freiflächen wollen wir die
121 Anwohner*innen beteiligen und insbesondere die Interessen von Kindern und
122 Jugendlichen berücksichtigen.
- 123 Für saubere Luft wollen wir den Luftreinhalteplan weiterentwickeln und
124 konsequent umsetzen. Neben der nötigen Verkehrswende (Hier Hinweis auf Kapitel
125 Mobilität) bearbeiten wir auch alle anderen Schadstoffquellen u. a. durch den
126 weiteren Ausbau der Landstromversorgung für anliegende Schiffe. Für die
127 Information der Bürger*innen wollen wir die Messung der Luftqualität ausbauen
128 und transparenter über die aktuellen Werte informieren. Wir regen die Einführung
129 eines autofreien Sonntags im Monat an, der die Vorteile einer autoarmen Stadt
130 für Menschen, Luft, Umwelt und Gewerbe erlebbar macht.

131 Auch beim Lärmschutz liegen die entscheidenden Hebel in der Verkehrswende:
132 Geschwindigkeitsreduzierungen sind die günstigsten und effektivsten Maßnahmen:
133 Wir wollen perspektivisch Tempo 30 stadtwweit zur Regel machen. Tempo 50 muss die
134 Ausnahme werden. Bei Erneuerungen von Fahrbahnbelägen soll konsequent
135 Flüsterasphalt verwendet werden. (Hier Hinweis auf Kapitel Mobilität)

136 Beim Lärmschutz entlang der Güterverkehrsstrecken der Bahn fordern wir mit und
137 für die betroffenen Bürger*innen endlich spürbare Verbesserungen durch die
138 Bundesregierung und die Deutsche Bahn.

139 Zum Schutz der Nacht wollen wir einen „Plan Lumière“ (Lichtplan) aufstellen, der
140 die Reduzierung und Anpassung der Stadtbeleuchtung zum Schutz von Tieren und
141 Menschen beinhaltet. Dazu gehören insbesondere eine insektenfreundliche
142 Beleuchtung mit warmweißen und Amber LED als Leuchtmittel , deren Lichtfarben
143 als weniger störend wahrgenommen werden, innovativen technischen Lösungenwie
144 dimmbare Leuchtmittel , unbeleuchtete Natur-Rückzugszonen an Siedlungsändern
145 und in bestimmten Parkgebieten sowie Kern-Nachtstunden für ausgewiesene
146 Insektenschutzareale. Mit nach oben abgeschirmten Leuchten soll die
147 Lichtverschmutzung im Allgemeinen bekämpft werden.

148 Für die Artenvielfalt wollen wir Düsseldorfs viele grüne Inseln stärken: vom
149 „Straßenbegleitgrün“ bis zum Naturschutzgebiet. Wir GRÜNE wollen eine
150 Biodiversitätsstrategie für das Düsseldorfer Stadtgebiet und eine Stärkung des
151 Biotopverbundsystems in der Stadt. Dabei wollen wir den Artenschutz schon in der
152 Stadtplanung verankern, die Artenschutzstandards bei der Grünflächenpflege
153 ausbauen und die Naturschutzgebiete auf Düsseldorfer Stadtgebiet und deren
154 angrenzende Kulisse stärken.

155 Im gesamten Stadtgebiet wollen wir konkrete Maßnahmen umsetzen: Noch mehr wilde
156 Blühwiesen, weniger Schotter- und gepflasterte Vorgärten tolerieren, begrünte
157 Dächer der Haltestellenhäuschen, Vogelschutzglas bei neuen Gebäuden wie bei
158 Haltestellen.

159 Der Baumerhalt hat für uns GRÜNE eine hohe Priorität. Wir wollen, dass bei
160 Bauprojekten kreativer geplant wird, um alte Bäume zu integrieren. Die
161 Baumpflege und -kontrolle in Parks und auf Straßen wollen wir weiter verbessern,
162 um weniger Bäume aus Gründen der Verkehrssicherheit fällen zu müssen.
163 Nachpflanzungen sollen möglichst kurzfristig und in unmittelbarer Nähe erfolgen.
164 Für Fällungen auf privaten Flächen wollen wir die Baumschutzsatzung überarbeiten
165 und besser kontrollieren. Die Ausgleichszahlungen sollen in einen neuen
166 Umweltschutzfond einfließen.

167 Fonds für Umweltschutz: Wir wollen, dass ein städtischer Fonds zur Finanzierung
168 von Naturschutzmaßnahmen eingerichtet wird. In den Fond sollen Mittel in Höhe
169 aller Bußgelder aus Ordnungswidrigkeiten gegen die Umwelt sowie aller
170 Ausgleichszahlungen im Rahmen der Baumschutzsatzung oder vergleichbarer
171 Regelungen fließen.

172 Urban Gardening verbindet Umwelt- und Artenschutz mit gelebter Nachbarschaft.
173 Wir wollen Kleingärten, Mieter*innengärten und Gemeinschaftsnutzgärten weiter
174 unterstützen. Neben ungenutzten Flächen und Brachen wollen wir auch Dächer
175 identifizieren, die für Gartennutzungen geeignet sind. Unter dem Titel „Essbare
176 Stadt“ wollen wir Nutzpflanzen als Grün in die Stadt bringen: Obstbäume,

177 Nussbäume, Beerensträucher und anderes mehr – beispielsweise auf Spielplätzen
178 und als Hochbeete.

179 Die ökologische Bildung und die Bildung für nachhaltige Entwicklung wollen wir
180 ausbauen – für Kinder und auch für Erwachsene. Neben der Waldschule und dem
181 Aquazoo geht es uns dabei auch um Naturerfahrungsräume, die Gestaltung von
182 Schulhöfen und Spielplätzen und pädagogische Angebote in und für Schulen. Zur
183 Förderung von Abfalltrennung und -vermeidung sowie zum Energieeinsparen wollen
184 wir die Arbeit in Kindergärten und Schulen intensivieren. Auf die
185 Volkshochschule und andere Weiterbildungsträger wollen wir zugehen, um dort für
186 Bildungsangebote zur Förderung nachhaltiger Entwicklung zu werben. Nachhaltige
187 Entwicklung soll auch Thema im Rahmen der städtischen Aus- und Weiterbildung
188 werden (AZUBIS und städtische Mitarbeiter*innen). Wir wollen eine ökologische
189 Beratung für Bürger*innen und Bürger schaffen, damit alle Potenziale zum
190 Gelingen einer ökologischen Wende ausgeschöpft werden.

191 In der Abfallwirtschaft setzen wir GRÜNE zuvorderst auf Abfallvermeidung. Wir
192 wollen Projekte zur Wiederverwertung, wie Gebrauchtkaufhäuser, Fairkaufhäuser,
193 Bücherschränke, neue Initiativen und Tauschbörsen sowie Reparaturtreffen
194 flächendeckend unterstützen. Einwegprodukte wollen wir reduzieren und ersetzen,
195 beispielsweise durch Vorgaben bei städtischen Veranstaltungen und durch
196 Alternativen und Anreize wie bei „To-Go“ Bechern. Wir setzen uns für eine
197 kommunale Verpackungsabgabe auf Einwegverpackungen, Einweggeschirr -und -besteck
198 ein, um die Vermüllung von öffentlichen Flächen und Grünanlagen zu vermindern.

199 Der verbleibende Restmüll ist in Düsseldorf immer noch voller wiederverwertbarer
200 Materialien. Deshalb wollen wir die gelbe Tonne zur Wertstofftonne machen, in
201 der nicht nur Verpackungen, sondern alle Wertstoffe gesammelt werden und somit
202 dem Recycling zugeführt werden können. Das spart Primärrohstoffe und macht
203 Mülltrennung darüber hinaus für Verbraucher*innen einfacher. Für organische
204 Abfälle wollen wir die inzwischen kostenlose Biotonne noch weiter verbreiten und
205 so den Anteil des organischen Mülls im Restmüll reduzieren. Dabei muss die
206 Stadtverwaltung endlich Vorbild werden und an allen Standorten ihren Abfall
207 vollständig trennen.

208 Bei einem möglichen Ersatz der alten Müllverbrennungsanlage ist eine
209 Kapazitätserweiterung nicht akzeptabel. Es muss eine effizientere Anlage nach
210 modernstem technischen Umweltstandard mit Vorsortierung geplant werden. Für die
211 Zukunft setzen wir uns für einen stärkeren städtischen Einfluss bei der Awista
212 (Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung) ein und streben dafür
213 eine höhere Beteiligung an.

214 Land- und Forstwirtschaft: Unser Ziel ist, die Agrarwende gemeinsam mit den
215 Kreisen und Städten der Region auch in und für Düsseldorf zu schaffen. Wir
216 wollen untersuchen – analog zur Studie der Stadt Hamburg – aus welchem Umkreis
217 Düsseldorf regional mit biologischen Lebensmitteln versorgt werden könnte. Wir
218 Grüne treten dafür an, dass städtische Flächen ohne Pestizide bewirtschaftet
219 werden. Bei der Verpachtungen städtischer Flächen sollen Betriebe bevorzugt
220 werden, die Bio-Bewirtschaftung garantieren, so dass der Eintrag von
221 konventioneller Gülle, mit den negativen Folgen für das Grundwasser und der
222 Artenvielfall, auf unseren Äckern und Wiesen nicht mehr möglich sein wird. Wir
223 unterstützen Landwirt*innen, die auf Bio-Anbau umsteigen möchten und wollen in
224 Kooperation mit landwirtschaftlichen Betrieben in der Region beraten, wie deren

225 Absatz in der Region verbessert werden kann, z. B. durch lokale Markthallen für
226 nachhaltige Produkte oder durch einen Vermarktungsverbund mit Handelsverbänden.

227 Die ökologische Forstwirtschaft für einen zukunftsfähigen, naturnahen Wald in
228 Düsseldorf werden wir weiter unterstützen. Im Stadtwald wollen wir naturnahe
229 Begräbnisse in einem „Ruhewald“ ermöglichen.

230 Die Düsseldorfer Gewässer wollen wir in einen besseren ökologischen Zustand
231 versetzen, Schadstoffbelastung bekämpfen und weitere Renaturierungen von
232 Gewässern bzw. die Offenlegung von Fließgewässern umsetzen. Wir wollen mehr
233 Gewässer in einen guten ökologischen Zustand überführen und für das naturnahe
234 Baden öffnen.

235 In der Wasserversorgung und Stadtentwässerung stellen wir uns weiter gegen eine
236 Privatisierung. Wegen der Zunahme resistenter Keime, Mikroplastik und
237 Mikroschadstoffe wollen wir die Düsseldorfer Kläranlagen durch eine vierte
238 Filterstufe weiterentwickeln, um Verunreinigungen besser herausfiltern zu
239 können.

240 Den Ansatz „Cradle-to-Cradle“, zu bauen wollen wir in Düsseldorf etablieren.
241 Dabei werden Baumaterialien so ausgewählt, dass sie später möglichst komplett
242 wiederverwendet werden können. Außerdem werden nur erneuerbare Energien sowie
243 ökologisch und gesundheitlich unbedenkliche Materialien verwendet. Beim Neubau
244 des Technischen Rathauses wollen wir das Prinzip erstmals anwenden.

245 Städtische Beschaffung: Wir setzen uns für die konsequente Einhaltung
246 nachhaltiger, ökologischer und sozialer Standards bei Beschaffungen der
247 Stadtverwaltung und der städtischen Töchter ein. Die Stadt kann und muss hier
248 Vorreiter sein. Konkret soll verstärkt ein Augenmerk auf Produkte aus
249 Recyclingmaterial gelegt werden.

250 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 251 • 2 Kein Hunger
- 252 • 6 Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen
- 253 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 254 • 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion
- 255 • 15 Leben an Land

Beschluss Mobilität

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.5. Mobilität

Text

1 Die mobile Stadt - Für grüne Verbindungen!

2 Mobilität ist Ausdruck von Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand. Aber unser
3 Verkehrssystem stößt an räumliche, soziale und ökologische Belastungsgrenzen,
4 gerade in der wachsenden Stadt Düsseldorf. Wir Grüne wollen die Mobilität der
5 Düsseldorfer*innen, der Ein- und Auspendler*innen erhalten und zukunftsfest
6 machen: klimafreundlich, sicher, gesund, bezahlbar und positiv für die Wohn- und
7 Lebensqualität in der Stadt.

8 Mobilität muss klimafreundlich werden: Der Verkehr ist der einzige Sektor, der
9 seit 1990 keine nennenswerten CO₂-Einsparungen erreicht hat. Autogerechte Städte
10 sind ein großer Treiber der globalen Klimakrise. Unsere Chance: Durch eine gute
11 Infrastruktur für nachhaltige Mobilität können wir die CO₂-Emissionen in unserer
12 Stadt deutlich senken und die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 erreichen.
13 (Hinweis auf das Kapitel Klima). 60 % aller innerstädtischen Wege in der Stadt
14 werden heute im sogenannten Umweltverbund, also zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem
15 ÖPNV, zurückgelegt. Doch das reicht nicht. Unser Ziel für den Umweltverbund im
16 „Modal Split“ sind 80 % bis 2030.

17 Mobilität muss regional sein: Die Verkehrsbeziehungen im Rheinland und in ganz
18 NRW sind intensiv. Rund 300.000 Menschen pendeln jeden Morgen meist mit dem Auto
19 nach Düsseldorf ein, ca. 100.000 fahren hinaus. Diese Pendler*innen brauchen
20 attraktive Angebote im ÖPNV, für das Rad, für Fahrgemeinschaften und durch
21 verknüpfte Mobilität wie Bike & Ride und Park & Ride.

22 Mobilität muss städtische Lebensqualität ermöglichen: Wo parkende und fahrende
23 Autos unsere Städte dominieren, verdrängen sie das gesellschaftliche Leben aus
24 dem öffentlichen Raum. Unsere Chance: Durch eine gute Verkehrspolitik mit mehr
25 Platz für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, mehr Freiräumen und Grünflächen
26 kehrt das Leben auf die Straße zurück, verbessert sich die Gesundheit der
27 Bürger*innen und steigt die Lebensqualität in unserer Stadt. Grüne
28 Verkehrspolitik schafft die Grundlage für ein lebenswerteres Düsseldorf.

29 Mobilität muss sicher sein: Alle Bürger*innen sollen sich unabhängig von ihrem
30 Verkehrsmittel sicher durch die Stadt bewegen können. Grüne Verkehrspolitik geht
31 von den schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen aus. Diese schützt man durch
32 weniger Autos, sichere Kreuzungen und niedrigere Höchstgeschwindigkeiten.

33 Mobilität muss zukunftsfest sein: Das bisherige Verkehrssystem ist für die
34 wachsende Stadt Düsseldorf nicht zukunftsfähig. Gerade die Menschen, die sich
35 mit dem Auto in der Stadt bewegen müssen wie Notfalldienste, Handwerksbetriebe
36 oder Menschen mit Behinderung, gewinnen, wenn wir den ÖPNV, den Rad- und
37 Fußverkehr stärken und somit den Autoverkehr entlasten. Die lokale Wirtschaft,
38 der Einzelhandel und die Gastronomie profitieren auch von allen, die zu Fuß oder
39 mit dem Fahrrad unterwegs sind. Wissenschaftliche Studien belegen zudem, dass

40 der Autoverkehr die Kommunen bis zu dreimal so viel kostet wie der öffentliche
41 Nahverkehr.

42 Mobilität muss Teilhabe ermöglichen: Auch Menschen, die geringe Einkommen
43 beziehen oder kein Auto besitzen, sollen sich komfortabel und bezahlbar durch
44 unsere Stadt bewegen können. Das ist Mobilitätsteilhabe.

45 Mobilität muss barrierefrei sein: Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der
46 Barrierefreiheit ein und fordern unkomplizierte alltagstaugliche Lösungen für
47 Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

48 GRÜN wirkt

49 Bei Bussen und Bahnen haben wir Beschleunigungen und bessere Takte, insbesondere
50 am Abend und an den Wochenenden, erreicht, sowie einen weiteren Ausbau
51 initiiert. Die 701 fährt endlich bis zum ISS-Dome und die 708 haben wir
52 erhalten.

53 Wir haben Radpolitik in Düsseldorf einen wesentlich höheren Stellenwert gegeben.
54 Als Kernstück haben wir das Radhauptnetz geplant und beschlossen – es wird nur
55 viel zu langsam umgesetzt.

56 Bei der Verkehrsplanung haben wir die Bürger*innen deutlich intensiver beteiligt
57 und offene Formate genutzt, beispielsweise zur integrierten Verkehrsplanung beim
58 Mobilitätsplan D.

59 Für bessere Luft und insbesondere für weniger Stickoxide haben wir gestritten,
60 auch schon vor der Klage der Deutschen Umwelthilfe. Ein neuer Luftreinhalteplan,
61 Umweltpuren und Landstromanschlüsse für Rheinschiffe, die in der Stadt anlegen,
62 sind erste Schritte. Im Nahverkehrsplan haben wir bereits festgelegt, dass die
63 Rheinbahn ab 2023 nur noch emissionsfreie Busse beschaffen soll.

64 Wir haben uns deutlich für sicheren Verkehr eingesetzt. Die erfolgreichen
65 Pilotprojekte zu Tempo 30 vor Schulen können nun auf andere Straßen übertragen
66 werden.

67 Wir haben deutlich gemacht: Düsseldorf braucht eine gerechte Umverteilung von
68 Verkehrsflächen. Dazu haben wir die Stellplatzsatzung für mehr
69 Fahrradstellplätze und weniger Autostellplätze überarbeitet und eine moderne
70 Parkraumbewirtschaftung angestoßen.

71 GRÜNE Vision

72 Düsseldorf ist auf dem Weg in ein neues Zeitalter der klimafreundlichen,
73 komfortablen, leisen und sauberen Mobilität. Doch noch ist viel zu tun. Unsere
74 grünen Ziele sind klar: Verbesserung der Lebensqualität und Erhalt der Mobilität
75 in unserer Stadt.

76 Düsseldorf soll zur Fahrradstadt werden

77 Wir GRÜNE wollen den Radverkehr in der Breite attraktiv machen. Unser Ziel: Den
78 Anteil an Radfahrer*innen bis zum Jahr 2025 von 16 % auf 25 % und bis zum Jahr
79 2030 auf 30 % steigern.

80 Sicherheit und Platz: Wir wollen sichere Wege, die auch Kinder selbstständig
81 nutzen können. Dafür muss die „Vision Zero“ (null Verkehrstote; Halbierung der
82 Verkehrsverletzten) der Maßstab für die Planungen sein, insbesondere auf Kita-

83 und Schulwegen (Hinweis auf Kapitel Schule). Radwege sollen durchgängig,
84 verständlich markiert und einsehbar sein – nicht als Flickwerk und nicht im
85 Zick-Zack-Kurs über Nebenstraßen. Unfallstellen sollen innerhalb von 48 Stunden
86 überprüft und notfalls temporär gesichert werden.

87 Wir müssen heute die Radinfrastruktur von morgen bauen: Auf Strecken des
88 Radhauptnetzes wollen wir bei zwei oder mehr Spuren pro Fahrtrichtung einen
89 geschützten Radweg einrichten – wo immer es möglich ist mit physischer Trennung
90 von Fußweg und Fahrbahn. Bordsteinkanten müssen verschwinden und
91 durchasphaltierte, komfortabel nutzbare Infrastruktur muss installiert werden.

92 Weitere Maßnahmen sind farbliche Markierung von Radwegen, Abbiegeassistenten-
93 Systeme bei LKW der Stadt und der städtischen Töchter, ein besseres
94 Baustellenmanagement sowie Radübungsplätze für Kinder und die Unterstützung von
95 Initiativen zur Förderung des Radfahrens.

96 Radwegeparken: Auf Radwegen oder in zweiter Reihe parkende Autos sind akute
97 Sicherheitsrisiken für Radfahrer*innen. Wir wollen es durch wirksame Kontrollen
98 und Bußgelder sowie konsequenteres Abschleppen stoppen. Dafür soll die
99 Fahrradstaffel bei der Verkehrsüberwachung aufgestockt werden, um rund um die
100 Uhr und flächendeckend Wirksamkeit zu zeigen.

101 Komfort und Tempo: Wir wollen mehr Fahrradstraßen, möglichst als Netzverbund
102 bzw. im Quartier und insbesondere an Schulen, wo das Fahrrad heute schon häufig
103 das Hauptverkehrsmittel ist. Die Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr
104 und die Überprüfung der Radwegenutzungspflicht sollen flächendeckend erfolgen.

105 Wir fordern die "Grüne Welle" für den Radverkehr im Radhauptnetz, die sich an
106 einer Geschwindigkeit von 20 km/h orientiert. Radgerechte Kreuzungen haben
107 außerdem separate Fahrradampeln und sind in einem Zug überquerbar.

108 Radschnellwege: Die Landes- und Bundesmittel für Radschnellwege stehen bereit,
109 Düsseldorf muss die Planung gemeinsam mit den Nachbarstädten beschleunigen. Die
110 Radschnellwege wollen wir als leistungsstarke kommunale Rad-Express-Haupttrouten
111 auch durch das Stadtzentrum führen. Diese können nicht kreuzungsfrei sein, aber
112 die Breite der Radschnellwege einhalten.

113 Wir GRÜNE wollen die Toulouser Allee zur zentralen Achse für die Express-Routen
114 machen und Anbindungen zu den regionalen Radschnellwegen nach Duisburg,
115 Ratingen, Wuppertal und den Süden schaffen.

116 Fahrradparken: Wohnquartiere und Einkaufsstraßen müssen über genügend
117 Fahrradabstellplätze verfügen. Bis 2025 wollen wir 10% der öffentlichen PKW-
118 Parkplätze im Innenstadtbereich in Fahrradstellplätze umwandeln. Für
119 Altbauviertel wollen wir weitere Fahrrad-Parkhäuschen ermöglichen. Außerdem
120 wollen wir die Nutzung von Parkhäusern für das Abstellen von Fahrrädern prüfen.
121 Wir wollen die Zahl der Abstellanlagen an Bildungseinrichtungen und öffentlichen
122 Gebäuden stark erhöhen, konkret: an 20 Schulen pro Jahr nachrüsten.

123 Die Radinfrastruktur am Hauptbahnhof muss deutlich verbessert werden, damit
124 dieser als Fahrrad-Hub fungieren kann. Dazu gehören ein radfreundlicher
125 Bahnhofsvorplatz mit Fahrradparkhaus und eine bessere Ost-West-Verbindung.
126 Weitere neue Radstationen werden wir in Bilk, Benrath und am Flughafen-Bahnhof
127 einrichten.

128 Die Vielfalt an Fahrrädern soll immer mitbedacht werden, damit
129 Abstelleneinrichtungen beispielsweise auch für Lastenräder geeignet sind.

130 Neue städtische Tochter BauRad

131 Der Radwegeausbau und die Umsetzung des Radhauptnetzes stocken. Das wollen wir
132 mit einer neuen städtischen Tochterfirma BauRad ändern – eine Struktur, mit der
133 wir im Schulbau sehr gute Erfahrungen gemacht haben. BauRad soll
134 Fahrradinfrastruktur schneller planen und umsetzen. Zielmarke sind pro Jahr 20 %
135 des geplanten Radhauptnetzes. Auch die Radschnellwege sollte BauRad übernehmen
136 und in einem zweiten Schritt könnten die Bezirksradnetze und die Sofortmaßnahmen
137 bei Mängelmeldungen folgen. Alle Maßnahmen sollen transparent kommuniziert
138 werden.

139 Steuerung: Radverkehrsmaßnahmen sollen durch eine Kleine Kommission aus Politik
140 und Verwaltung unter Beteiligung von ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club
141 e.V.) und VCD (Verkehrsclub Deutschland e.V.) beraten, priorisiert und
142 begleitet werden. Ferner soll auch eine Einbindung in die Unfallkommission
143 stattfinden. Die Beteiligung der Bürger*innen soll weitergeführt und ausgebaut
144 werden.

145 Lastenradförderung: Die vielfältigen neuen Lastenradmodelle erweitern die
146 Möglichkeiten des Radverkehrs immens. Wir wollen diese Potenziale mit einer
147 kommunalen Förderung von 30 % für den privaten und gewerblichen Kauf von
148 Elektro- und konventionellen Lastenrädern heben und Menschen damit den Verzicht
149 auf das Auto erleichtern. Gemeinnützige Vereine möchten wir bei der Anschaffung
150 von Lastenrädern zusätzlich unterstützen.

151 Radaffine Verwaltung: In allen Ämtern und Dienststellen soll das Bewusstsein für
152 die Rolle des Radverkehrs weiter geschärft werden, um bei allen Baustellen und
153 Bauvorhaben wie z.B. bei einem Ausbau der Fernwärmeleitungen eine Verbesserung
154 für den Fahrradverkehr mitzuplanen. Außerdem wollen wir flächendeckend sichere
155 Fahrradstellplätze, ein Dienstradangebot, Umkleiden und Duschen an allen
156 Verwaltungsstandorten.

157 Radtourismus, Orientierung, Kommunikation: Zur besseren Orientierung für
158 Radfahrende wollen wir das niederländische Knotenpunkt-Leitsystem übernehmen.
159 Zur Stärkung des Radtourismus soll Düsseldorf Mitglied der Radregion Rheinland
160 werden und die Aufwertung des Rheinradwegs zur ADFC-Sternroute anstreben.

161 Nach der geflopten und gestoppten Radschlag-App wollen wir die digitale
162 Kommunikation mit und für Radfahrer*innen neu starten. Neben der Navigation geht
163 es uns auch um Feedback zum Zustand der Radinfrastruktur sowie eine Möglichkeit
164 zur Aufgabe von Drittanzeigen. Auf Feedback soll zügig reagiert werden und
165 Rückmeldungen müssen transparent einsehbar sein. Dafür brauchen wir keine teure
166 Eigenentwicklung, denn wir können auf gute Lösungen zurückgreifen.

167 Bus und Bahn

168 Wir setzen uns für einen deutlichen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein. Wir
169 wollen den Takt verbessern, Lücken im ÖPNV-Netz schließen und schrittweise neue
170 Linien auf den Weg bringen. Dabei stehen wir vor der Herausforderung, dass es
171 lange dauert bis Bahnlinien gebaut und Fahrzeuge angeschafft sind. Die
172 notwendigen massiven Investitionen müssen wir stemmen, da eine nachhaltige
173 Mobilität nur mit einem deutlichen Ausbau des ÖPNV gelingen kann. Dabei

174 orientieren wir uns an den Bedürfnissen der Bürger*innen und setzen auch auf
175 innovative Ansätze wie On-Demand Angebote oder eine Seilbahn zur Erschließung
176 der Bergischen Kaserne. Das Metrobus-Konzept wollen wir überarbeiten und zu
177 einem echten Schnellbusnetz mit eigenen Linienplänen ausbauen, das Knotenpunkte
178 schnell und komfortabel miteinander verbindet.

179 Wir wollen im ersten Schritt Taktverdichtungen und Verbesserungen im Fahrplan
180 umsetzen, insbesondere den 7,5-Minuten-Takt auf den Linien U72, U75, U76, U79,
181 701, 705, 707 und 709. Dieser ist im aktuellen Liniennetz umsetzbar und schafft
182 deutliche Komfortsteigerungen.

183

184 Für einen attraktiven Universitätsstandort Düsseldorf muss eine gute Anbindung
185 an die Universität selbstverständlich sein. Die Taktung von Bahnen, die die
186 Heinrich-Heine-Universität mit dem Hauptbahnhof und der Innenstadt verbinden,
187 müssen insbesondere in den späten Abendstunden sowie am Wochenende erhöht
188 werden.

189 In neuen Bussen und Bahnen wollen wir durch Großraumabteile mehr Platz für
190 Rollstühle, Rollatoren und auch Kinderwagen schaffen. Im Bestand müssen
191 mindestens die Beschilderung an den Türen und die Zugänglichkeit verbessert
192 werden.

193 ÖPNV günstiger und einfacher machen: Wir wollen das Fahren mit Bus und Bahn
194 günstiger machen, um allen Menschen eine bezahlbare, klimafreundliche und
195 saubere Mobilität zu ermöglichen. Für unsere Ziele setzen wir uns im
196 Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) ein: Senkung der Fahrpreise um 50 % und eine
197 deutlich einfachere Tarifstruktur im VRR. Zusätzlich muss das Sozialticket in
198 allen Preisstufen eingeführt werden, jeweils zur Hälfte des regulären Preises.
199 Das Schokoticket für Schüler*innen soll so erweitert werden, dass es abends und
200 am Wochenende die Mitnahme von zwei Kindern und zwei Erwachsenen ermöglicht.
201 Außerdem wollen wir es schrittweise kostenfrei machen.

202 Wir stehen der Diskussion um das 365-Euro-Ticket offen gegenüber. Wichtig ist
203 für uns: Preissenkungen entfalten ihre volle Wirkung nur, wenn sie über die
204 Stadtgrenzen hinaus gehen. Daher unterstützen wir das Modell des VRR, die Tarife
205 auf zwei Zonen zu reduzieren (stadtweit/verbundweit) und die Abos auf 50 Euro je
206 Monat in der Stadt und 80 Euro je Monat für den gesamten VRR zu reduzieren.
207 Dafür brauchen der VRR und die Kommunen die dauerhafte Unterstützung von Bund
208 und Land. Ferner wollen wir eine zweckgebundene Teilfinanzierung aus der
209 Parkraumbewirtschaftung erreichen und eine Nahverkehrsabgabe für mittlere und
210 große Unternehmen oder eine Abgabe für angebotene Mitarbeiter*innenparkplätze,
211 wofür das Land zunächst die Voraussetzungen schaffen muss. Ohne solche
212 Unterstützung und Finanzierungsmodelle sind die nötigen deutlichen
213 Preissenkungen oder auch ein perspektivisch kostenloser ÖPNV nicht möglich.

214

215 Tarifbrüche an Verbundgrenzen sind ein Ärgernis, nicht nur für Pendler*innen.
216 Deshalb brauchen wir eine landeseinheitliche Tarifgestaltung, wie es für den
217 elektronischen Tarif - auch durch grüne Initiative - jüngst vereinbart wurde.

218 Fahrgastbeirat: Wir wollen bei der Rheinbahn einen Fahrgastbeirat gründen, der
219 den Austausch und die Zusammenarbeit verbessert. Er soll sich nach Solinger
220 Vorbild aus Fahrgästen, Vertreter*innen der Sozial-, Behinderten-, Jugend- und
221 Fahrgastverbände, Verwaltung, Rheinbahn und Politik zusammensetzen.

222 Neue Stadt-/Straßenbahnlinien: Unsere Vision ist ein engmaschiges,
223 leistungsstarkes Liniennetz aus Stadt- und Straßenbahnen. Dafür sind innerhalb
224 der nächsten fünf Jahre die Weichen zu stellen. Beispielsweise:

- 225 • Anbindung Quellenbusch: Neue Linie von der Grafenberger Allee über Hellweg
226 zum Bahnhof Gerresheim,
- 227 • Verlängerung der 705 über die Vennhauser Allee bis Bahnhof Gerresheim,
- 228 • Anbindung Hassels: Verlängerung U75 von Vennhauser Allee bis Bahnhof
229 Reisholz,
- 230 • Anbindung Itter/Himmelgeist: Verlängerung U73 von Uni Ost bis zur
231 Münchener Straße/Ickerswarder Straße,
- 232 • Erschließung Bilk-Südwest: Verbindung vom Südfriedhof über Aachener Platz
233 zum Moorenplatz,
- 234 • Erschließung Medienhafen: Verbindung Stadttor-Erftplatz-Franziusstraße,
- 235 • Lückenschluss 707-701 zwischen Unterrath und Theodorstraße / ISS-Dome.

236 Regionale Mobilität: Düsseldorf ist eine Pendler*innenstadt. Wir wollen einen
237 regionalen Mobilitätsplan zusammen mit dem Rhein-Kreis Neuss und dem Kreis
238 Mettmann aufstellen und uns darüber hinaus in der Metropolregion Rheinland noch
239 stärker abstimmen. Gemeinsam wollen wir Radschnellrouten und Park & Ride-
240 Angebote in der Region realisieren und uns für deutlich mehr Investitionen in
241 den regionalen ÖPNV einsetzen. Wichtig sind uns insbesondere bessere Takte auf
242 den Linien RE10 (Düsseldorf – Krefeld – Kleve), S6 (Langenfeld – Düsseldorf –
243 Ratingen) und S8 (Düsseldorf – Wuppertal) und ein systematisches Netz regionaler
244 Schnellbusse, beispielsweise Verbindungen nach Heiligenhaus, Velbert und
245 Wülfrath. Perspektivisch wollen wir hier eine Reaktivierung der
246 Schienenanbindung. Ebenso wie die Reaktivierung über Lintorf nach Duisburg und
247 die Verlängerung der S28 von Kaarst nach Viersen. Zur Verbesserung der
248 regionalen Mobilität sollte auch die geplante U81 mit der Anbindung der
249 linksrheinischen Stadtteile, Neuss und Meerbusch über den Rhein, Richtung
250 Ratingen in der Planung weiter voran gebracht werden.

251 Die Straßen gehören den Menschen!

252 Wir GRÜNE wollen den Fußverkehr konsequent fördern. Gehwege müssen für die
253 Fußgänger*innen zurückgewonnen und fehlende Gehwegabsenkungen in den Stadtteilen
254 dringend geschaffen und von parkenden Autos freigehalten werden. Wir reduzieren
255 Emissionen, machen die Luft gesünder, schaffen Raum für den Rad- und Fußverkehr
256 sowie eine ÖPNV-Beschleunigung. Wir machen unsere Stadtteile und unsere
257 Innenstadt für die Menschen lebenswerter und für den Einzelhandel attraktiver.

258 Wir wollen den Stadtraum neu verteilen: mehr Platz für Menschen zum Aufenthalt,
259 Spiel, Spazieren, für Rad- und Fußverkehr, weniger für fahrende und parkende
260 Autos. Breitere und freie Gehwege, neue Aufteilungen von mehrspurigen Straßen,
261 geschützte Radwege, autoarme Quartiere und Innenstadt oder eine City-Maut sind
262 mögliche Maßnahmen. Wichtig ist: Die Bedingungen müssen stimmen. So muss eine
263 Einschränkung beim Autoverkehr mit dem Ausbau von Alternativen, wie dem
264 Schienennetz, Schnellbussen, Fahrradinfrastruktur usw. einhergehen.

265 Autofreie Sonntage werden von vielen Autofahrer*innen zum Radfahren genutzt und
266 bieten einen Anlass für tolle Stadtfeste. Wir GRÜNE wollen uns dafür einsetzen,
267 dass auch Düsseldorfer Bürger*innen sich regelmäßig die Straßen ihrer Stadt zu
268 eigen machen können.

269 Umweltpuren

270 Die drei Umweltpuren sind der Versuch, gerichtlich angeordnete
271 Dieselfahrverbote abzuwenden und die Luft in Düsseldorf kurzfristig gesünder zu
272 machen. Aktuelle Urteile und Vergleiche mit anderen Städten zeigen, dass
273 Umweltpuren dafür grundsätzlich geeignet sind.

274 Die Umsetzung der dritten Umweltpur haben wir GRÜNE deutlich kritisiert. Sie
275 hätte besser vorbereitet und kommuniziert werden müssen. Auch zusätzliche Busse,
276 die Bewerbung von Fahrgemeinschaften und P+R-Plätzen oder die Teilnahme der
277 Stadt als Arbeitgeberin an einer Mitfahrer-App haben wir gefordert.
278 Stadtverwaltung und Rheinbahn haben es aber auch mehr als ein Jahr nach dem
279 Beschluss nicht geschafft, die unterstützenden Maßnahmen umzusetzen.

280 Die Umweltpuren sind Verkehrsversuche! Die Kombination von Bussen, Taxen,
281 Fahrgemeinschaften, E-Autos und Fahrradfahrer*innen auf einer Spur ist
282 umstritten, aber einen Test wert.

283 Umweltpuren sind eine Möglichkeit, den Straßenraum gerechter und effizienter
284 aufzuteilen – zugunsten des ÖPNV, des Radverkehrs und PKW mit mehreren Personen.
285 Wo immer es im Stadtraum möglich ist, wollen wir geschützte Radwege und separate
286 Trassen für Busse und Bahnen. Ob die drei Umweltpuren bleiben, werden wir
287 jeweils nach einem Jahr und auf Basis ausführlicher Evaluationen entscheiden.

288 Parkraummanagement: Düsseldorf braucht in der Parkpolitik neue Prioritäten: mehr
289 Carsharing, mehr Umwidmungen von Parkplätzen zu Baumstandorten,
290 Radabstellanlagen oder Plätzen mit Bänken, angemessene Parkgebühren und
291 stadtweite Parkraumbewirtschaftung. In den innerstädtischen Stadtbezirken 1 bis
292 4 wird das Anwohnerparken auf die gesamten Bezirke erweitert und zeitlich
293 ausgeweitet. Mit Quartiersgaragen können parkende PKW zusätzlich aus dem knappen
294 öffentlichen Raum verlagert werden. Die Einnahmen aus dem Parkraummanagement
295 sollen der Förderung von ÖPNV-, Rad- und Fußverkehr zugutekommen.

296 Verkehrssicherheit: Dicht zugeparkte Wohnstraßen sind potenzielle
297 Gefahrenstellen für Kinder. Wir wollen insbesondere die Kreuzungen und Querungen
298 übersichtlich und einsehbar machen. Tempo 30 wollen wir perspektivisch in der
299 gesamten Stadt zur Regelgeschwindigkeit machen - im ersten Schritt mindestens
300 auf allen Straßen im Schulwegeverkehrsplan. In unmittelbarer Nähe der Schulen
301 und Kitas wollen wir zu Stoßzeiten individuelle Halteverbote, um die Schulwege
302 sicherer zu machen. Um den negativen Kreislauf der Elterntaxi zu durchbrechen,
303 wollen wir Pilotprojekte für Kiss-and-Ride-Zonen in der Nähe von geeigneten
304 Schulstandorten umsetzen und mehr Werbung für Projekte wie „I walk to school“
305 machen. Weitere Maßnahmen für sichere Schulwege wollen wir in Zusammenarbeit mit
306 Schulen, Eltern und Schüler*innen planen. Die Jugendverkehrsschule und die
307 Verkehrskadett*innen werden wir weiter unterstützen.

308 Verkehrswende und Emissionsfreiheit: Für die Verkehrswende brauchen wir ein
309 Drittel weniger Kraftfahrzeuge, ein Drittel E-Fahrzeuge und ein Drittel
310 Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb. Letzterer ist vor allem für Nutzfahrzeuge und
311 Busse eine leistungsfähige Möglichkeit. Für die Elektromobilität ist

312 entscheidend, dass wir auf Ökostrom setzen. Wir brauchen ein flächendeckendes
313 und leistungsfähigeres Netz von Ladestationen für E-Bikes und -Autos und setzen
314 dabei auf gängige Zahlungsmittel, Preistransparenz und kostengünstige
315 Infrastruktur. Wir wollen die Aufrüstung von Laternen zu Ladesäulen testen.

316 Carsharing hat das Potenzial, die Zahl der Fahrzeuge in der Stadt durch
317 gemeinsame Nutzung deutlich zu reduzieren. Wir wollen Parkplätze für stationäres
318 Carsharing ausweisen, insbesondere an Mobilitätsstationen, in Wohnvierteln und
319 an zentralen Orten. Wo nötig, soll die Stadt Anschubhilfe leisten. Beim
320 flexiblen „free floating“ Carsharing wollen wir die Anbieter für größere
321 Bedienegebiete ohne Preisunterschiede gewinnen. Wir wollen die Quote von
322 Elektroautos im Carsharing unter anderem durch Vorgaben in der
323 Rahmenvereinbarung mit den Betreibern in den nächsten Jahren deutlich steigern.

324 Vernetzte Mobilität: Die Mobilität von morgen ist multimodal und intermodal. Wir
325 wollen den nahtlosen Umstieg von einem Verkehrsmittel auf das andere leichter
326 machen. Mobilitätsstationen, welche S-Bahn, ÖPNV, Fahrrad, Car- und Bike-Sharing
327 verbinden, wollen wir an zahlreichen Punkten in der Stadt ermöglichen,
328 beispielsweise: Messe, Mörsenbroicher Ei, Staufenbergplatz, Gerresheim S-Bahnhof,
329 A46 Ausfahrt Eller, Südpark, Münchener Straße/Ickerswarder, Bahnhof Benrath, A46
330 Ausfahrt Bilk, Südfriedhof, Handweiser, Lörick und Flughafen Fernbahnhof. An den
331 Mobilitätsstationen sollen auch Sharingangebote platziert werden - insbesondere
332 wünschen wir uns den Ausbau des Lastenradverleihs. Mittels einer überregionalen
333 App sollen die Möglichkeiten auch hinsichtlich der Kommunikation und Abrechnung
334 vernetzt werden.

335 Mobilitätsberatung: Neben besserer Infrastruktur wollen wir auch eine
336 qualifizierte Mobilitätsberatung etablieren, die für Privatpersonen wie für
337 Betriebe Analysen und Beratung für die Nutzung umweltfreundlicher und vernetzter
338 Mobilitätsangebote anbietet. Schwerpunkte sollen die Neubürger*innenberatung und
339 die betriebliche Mobilitätsberatung in Kooperation mit der Rheinbahn und den
340 Kammern sein, beispielsweise zu Homeoffice und der Mitfahr-App für
341 Mitarbeiter*innen. Hier sollen eine städtische Kampagne und Gespräche mit großen
342 Arbeitgebern zum betrieblichen Mobilitätsmanagement im Düsseldorfer Raum
343 sinnvoll ansetzen.

344 Analog zum Umweltpreis soll der Düsseldorfer Mobilitätspreis eingeführt werden,
345 bei dem innovative, saubere und klimafreundliche Mobilitätsprojekte prämiert
346 werden, die unsere Stadt lebenswerter machen.

347 Flughafen: Der Flughafen ist ein wichtiger Standortfaktor für Düsseldorf und für
348 die Region. Die bisherigen Kapazitäten sind jedoch ausreichend. Denn Wachstum
349 und damit Lärmzunahmen sind nur für ein internationales Drehkreuz oder einen
350 Billigflieger-Stützpunkt notwendig. Das kann jedoch bei einem Stadtflughafen
351 nicht das Ziel sein. Der Flughafen Düsseldorf muss daher angehalten werden, mit
352 den Flughäfen in NRW zu kooperieren. Eine solche Kooperation lastet die
353 vorhandene Infrastruktur besser aus und reduziert die hohe Verkehrsbelastung in
354 den Ballungsgebieten.

355 Fluglärm macht krank. Das geltende Nachtflugverbot muss konsequenter
356 durchgesetzt und Ausnahmen für die Home-Base-Carrier müssen reduziert werden.
357 Denn Fluglärm macht krank. Wir wollen tatsächliche Lärmpausen von mindestens
358 sieben Stunden in der Nacht erreichen. Außerdem sollen die Flughafenentgelte

359 nach dem Hamburger Modell neu geregelt werden: wer laut ist und viel CO2
360 ausstößt, zahlt deutlich mehr, erst recht bei späten Landungen.

361 Wir wollen Flüge zu Zielen, die von Düsseldorf aus mit der Bahn in unter vier
362 Stunden zu erreichen sind, überflüssig machen und auf die Schiene verlagern. Wir
363 möchten, dass kommunale Politik und städtische Angestellte ab 2021 mit gutem
364 Beispiel vorangehen und bei Dienstreisen auf solche Flüge verzichten.

365 Jegliche Bemühungen, die zur Reduzierung von Ultrafeinstaub führen, begrüßen
366 wir. Der Flughafen steht in der Pflicht, Grenzwerte einzuhalten und für
367 Luftmessungen und Transparenz zu sorgen.

368 10 grüne Lebensadern für Düsseldorf

369 Wir GRÜNE setzen uns für eine lebenswerte Stadt mit einladenden öffentlichen
370 Plätzen und Straßen ein, in denen die Menschen sich gerne aufhalten. Zur
371 Verkehrsreduktion und für mehr Grün in der Stadt wollen wir bis 2025 zehn
372 „Lebensadern“ schaffen: autofreie, begrünte Straßen, die die Menschen zum
373 Verweilen einladen und neue Chancen aus einem Umdenken von städtischem Raum für
374 die Nachbar*innen und den Einzelhandel vor Ort ziehen.

375 Diese 10 „Lebensadern“ sollen begrünt, mit Sitzmöglichkeiten ausgestattet und
376 mit dem Fahrrad befahrbar sein. So sollen Anwohner*innen in ruhiger und grüner
377 Umgebung eingeladen werden, zusammenzukommen und sich zu treffen.

378 Anwohner*innen sollen ihre Straße, ihr Quartier für die „Lebensadern“
379 vorschlagen und bewerben können, so dass sie zu Vorboten einer von lebendiger
380 Partizipation lebenden Verkehrswende werden, die neue Chancen und Visionen für
381 unsere Stadt schafft. Sie werden von den Anwohner*innen nach ihren Wünschen
382 gestaltet und können vielfältige Angebote für unterschiedliche Generationen
383 umfassen. Mit der Idee der 10 grünen Lebensadern wird der Ruf Düsseldorfs als
384 Gartenstadt - oder besser: Stadt der Gärten - mit seinen vor gut 100 Jahren
385 gestalteten grünen Plätzen neu und zukunftsweisend interpretiert.

386 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 387 • 3 Gesundheit und Wohlergehen
- 388 • 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 389 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 390 • 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

Beschluss Vielfältiges starkes Düsseldorf

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.6. Vielfältiges starkes Düsseldorf

Text

1 Düsseldorf*innen sind in Benrath, Damaskus oder Tokio geboren, sprechen zu
2 Hause rheinländisches Platt, Pott, Japanisch oder Arabisch, sie sind alt, jung
3 und junggeblieben. Leben mit und ohne Unterstützungsbedarf, in traditionellen
4 Familien, in Regenbogenfamilien oder als Single. Sie definieren sich als
5 heterosexuell, lesbisch, schwul oder bisexuell, als Frau, Mann oder non-binär.
6 Sie gehören unterschiedlichen Religionen oder keiner Religion an und haben
7 unterschiedliche Ziele im Leben. Jäde Jeck es anders, on dat es jot so.

8 Eine starke Gesellschaft ist solidarisch und offen

9 Diese Vielfalt, die unser Zusammenleben bereichert, wird immer noch und immer
10 wieder in Frage gestellt. Düsseldorf ist eine weltoffene, liberale, kulturell
11 reiche und innovationsbereite Stadt. Die Stadtgesellschaft ist engagiert und
12 solidarischen, wenn es um den Zusammenhalt aller Düsseldorf*innen und darüber
13 hinaus geht. Trotzdem: Menschen, die nicht dem heteronormativen, patriarchalen
14 Bild entsprechen, werden auch in Düsseldorf angefeindet und bedroht. Menschen
15 werden auf Grund ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres
16 Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder ihrer Behinderung
17 benachteiligt oder ausgeschlossen. Es ist Aufgabe einer modernen Politik, gegen
18 Diskriminierung und Vorurteile aktiv zu sein.

19 Anspruch grüner Politik ist es geschlechtergerecht, kultursensibel,
20 diskriminierungsfrei und inklusiv zu sein. Wir stellen uns konsequent gegen
21 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, die sich menschenverachtend,
22 demokratiefeindlich und tödlich weltweit ausbreiten. Nie waren die
23 Errungenschaften von Emanzipation und Dekolonialisierung so sichtbar, nie waren
24 sie gleichzeitig so sehr in Gefahr.

25 „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner
26 Freiheit“

27 Der erste Satz des GRÜNEN Grundsatzprogramms ist auch für unsere Kommunalpolitik
28 in Düsseldorf und für dieses Wahlprogramm ein zentrales Leitprinzip. Der Einsatz
29 für Toleranz, Weltoffenheit und Gleichberechtigung ist für uns eine
30 Querschnittsaufgabe, die wir in allen Bereichen bearbeiten.

31 Für uns GRÜNE in Düsseldorf ist dabei auch eindeutig, wer „der Mensch“ ist, der
32 im Mittelpunkt unserer Politik steht. Es ist jeder Mensch. Angelehnt an die
33 Politik von Leoluca Orlando, dem Bürgermeister unserer Partnerstadt Palermo,
34 heißt das für uns: Jeder Mensch, der in Düsseldorf lebt, ist Düsseldorf*in.

Beschluss Vielfältiges starkes Düsseldorf

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.6. Vielfältiges starkes Düsseldorf

Text

1 Düsseldorf*innen sind in Benrath, Damaskus oder Tokio geboren, sprechen zu
2 Hause rheinländisches Platt, Pott, Japanisch oder Arabisch, sie sind alt, jung
3 und junggeblieben. Leben mit und ohne Unterstützungsbedarf, in traditionellen
4 Familien, in Regenbogenfamilien oder als Single. Sie definieren sich als
5 heterosexuell, lesbisch, schwul oder bisexuell, als Frau, Mann oder non-binär.
6 Sie gehören unterschiedlichen Religionen oder keiner Religion an und haben
7 unterschiedliche Ziele im Leben. Jäde Jeck es anders, on dat es jot so.

8 Eine starke Gesellschaft ist solidarisch und offen

9 Diese Vielfalt, die unser Zusammenleben bereichert, wird immer noch und immer
10 wieder in Frage gestellt. Düsseldorf ist eine weltoffene, liberale, kulturell
11 reiche und innovationsbereite Stadt. Die Stadtgesellschaft ist engagiert und
12 solidarischen, wenn es um den Zusammenhalt aller Düsseldorf*innen und darüber
13 hinaus geht. Trotzdem: Menschen, die nicht dem heteronormativen, patriarchalen
14 Bild entsprechen, werden auch in Düsseldorf angefeindet und bedroht. Menschen
15 werden auf Grund ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres
16 Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder ihrer Behinderung
17 benachteiligt oder ausgeschlossen. Es ist Aufgabe einer modernen Politik, gegen
18 Diskriminierung und Vorurteile aktiv zu sein.

19 Anspruch grüner Politik ist es geschlechtergerecht, kultursensibel,
20 diskriminierungsfrei und inklusiv zu sein. Wir stellen uns konsequent gegen
21 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, die sich menschenverachtend,
22 demokratiefeindlich und tödlich weltweit ausbreiten. Nie waren die
23 Errungenschaften von Emanzipation und Dekolonialisierung so sichtbar, nie waren
24 sie gleichzeitig so sehr in Gefahr.

25 „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner
26 Freiheit“

27 Der erste Satz des GRÜNEN Grundsatzprogramms ist auch für unsere Kommunalpolitik
28 in Düsseldorf und für dieses Wahlprogramm ein zentrales Leitprinzip. Der Einsatz
29 für Toleranz, Weltoffenheit und Gleichberechtigung ist für uns eine
30 Querschnittsaufgabe, die wir in allen Bereichen bearbeiten.

31 Für uns GRÜNE in Düsseldorf ist dabei auch eindeutig, wer „der Mensch“ ist, der
32 im Mittelpunkt unserer Politik steht. Es ist jeder Mensch. Angelehnt an die
33 Politik von Leoluca Orlando, dem Bürgermeister unserer Partnerstadt Palermo,
34 heißt das für uns: Jeder Mensch, der in Düsseldorf lebt, ist Düsseldorf*in.

Beschluss Stadtentwicklung

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.7. Stadtentwicklung

Text

1 Düsseldorf wächst. Wir GRÜNE wollen dieses Wachstum gestalten und die Stadt für
2 alteingesessene, für neue wie für zukünftige Düsseldorfer*innen als lebenswerte
3 Stadt erhalten und das Lebenswerte an Düsseldorf weiterentwickeln. Wir sind
4 nicht der Meinung, dass „Bauen, Bauen, Bauen“, wie es der aktuelle
5 Oberbürgermeister und die SPD propagieren, der richtige Weg ist. Ebenso wenig
6 geeignet ist der Wunschtraum von CDU und FDP, das Wachstum der Stadt und des
7 Wohnungsbaus zu stoppen. Wir wollen die Stadtentwicklung so gestalten, dass die
8 Stadtgesellschaft insgesamt gewinnt und nicht, dass unterschiedliche Interessen
9 und Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

10 Düsseldorf hoch 3: Grün, Mobilität, Neubau

11 GRÜNE denken die Entwicklung von Düsseldorf integrativ: Mobilität, Freiraum
12 sowie Bauflächen für Wohnen, Industrie und Gewerbe können und müssen gemeinsam
13 gelöst werden. Unsere Ziele sind

- 14 • ein klimaangepasstes und grünes Düsseldorf, das auf heiße und trockene
15 Sommer ebenso wie auf Starkregen und andere Wetterextreme vorbereitet ist,
- 16 • ein bezahlbares Düsseldorf, das Wohnraum für alle Einkommensgruppen
17 schafft und erhält,
- 18 • ein mobiles Düsseldorf, das durch eine erfolgreiche Verkehrswende
19 Mobilität sichert und aus dem Straßenraum wieder lebendigen Stadtraum
20 macht,
- 21 • ein Düsseldorf der kurzen Wege, in dem die Stadtteile und Quartiere im
22 Mittelpunkt stehen und
- 23 • ein gemischtes Düsseldorf, das Arbeiten, Wohnen und Freizeit nicht
24 räumlich trennt, sondern im Quartier mischt.

25 Wachsen kann Düsseldorf zum überwiegenden Teil nur im Siedlungsbestand. Die
26 Außenräume erfüllen vielfältige Anforderungen, insbesondere als klimatische
27 Ausgleichsflächen und Frischluftschneisen, die wir schützen müssen. Damit das

28 Wachstum im Bestand gelingt, wollen wir innovative und mutige Ansätze zur
29 Nachverdichtung nutzen.

30 • Nutzungen stapeln: Parkplätze können überbaut werden, über eingeschossigen
31 Supermärkten sind Wohnungen möglich und vieles mehr.

32 • Auf die Dächer: Gärten, Freiflächen, Spiel- und Sportflächen sind auf
33 vielen Flachdächern möglich und schaffen neue Freiräume und
34 Nachbarschaftstreffe.

35 • Kompakt und clever: Eine intelligente dichte Bebauung ermöglicht
36 vielfältige private, halböffentliche und öffentliche Räume – im Neubau,
37 aber insbesondere auch bei der Nachverdichtung von Wohngebieten und
38 Gewerbegebieten.

39 • Urbane Gebiete: Mit den im Planungsrecht neu definierten urbanen Gebieten
40 können Gewerbegebiete zu gemischten Quartieren weiterentwickelt werden.

41 Jede Entwicklung, jedes Projekt muss der Stadt und dem Quartier mehrfachen
42 Nutzen bringen. Grünes Ziel ist eine Stadtentwicklung hoch 3, bei der
43 Bauprojekte nicht nur neue bezahlbare Wohnungen und Gewerbeflächen bringen,
44 sondern auch mehr Grün und eine Verbesserung der Mobilität. Mehr Grün,
45 beispielsweise durch neue öffentlich zugängliche Grün- und Spielflächen und
46 durch die Begrünung von Dächern, Fassaden und Straßenräumen. Mehr bezahlbaren
47 Wohnraum durch ein überarbeitetes Handlungskonzept Wohnen. Bessere Mobilität
48 durch eine Planung, bei der Fuß- und Radwege, sowie neue ÖPNV-Verbindungen und
49 Mobilitätsstationen im Mittelpunkt stehen.

50 Diesen Mehrwert für die Stadtentwicklung müssen wir gemeinsam mit den
51 Eigentümer*innen, Entwickler*innen und Investor*innen erarbeiten, gegebenenfalls
52 aber auch mit den Instrumenten der Baugesetzgebung gegen sie durchsetzen. Denn
53 die absurden Spekulationsgewinne – beispielsweise mit dem Grundstück der
54 ehemaligen Glashütte in Gerresheim – zeigen, dass der Immobilienmarkt entgrenzt
55 ist. Für einige Akteur*innen ist unsere Stadt lediglich ein Spielfeld, auf dem
56 irrationale Profite gewonnen werden können. Wir wollen den Mehrwert für die
57 Quartiere und die Menschen wieder in den Vordergrund holen. Der Hebel dafür ist
58 das Baurecht, das nur die Stadt schaffen kann.

59 GRÜN wirkt:

60 Grundsätzlich: Das Projekt „Raumwerk D“ ermöglicht allen Bürger*innen ganz
61 grundsätzlich über die Stadtentwicklung und die Zukunftsvision für Düsseldorf zu
62 diskutieren – gemeinsam mit Expert*innen und eng verknüpft mit dem
63 „Mobilitätsplan D“.

64 Offen: Wir haben eine neue Beteiligungskultur angestoßen. Sowohl bei den
65 grundsätzlichen Themen als auch bei den einzelnen Projekten gibt es eine
66 frühzeitige und intensive Beteiligung der Bürger*innen.

67 Qualifiziert: Beim „Raumwerk D“, beim „Blau-Grünen-Ring“, dem Hochhausbeirat und
68 den verstärkt eingesetzten Wettbewerben setzen wir auf die Expertise von
69 Architekt*innen, Stadt-, Verkehrs- und Freiraumplaner*innen.

- 70 Wohnen: Das Handlungskonzept Wohnen haben wir weiterentwickelt. Auf städtischen
71 Grundstücken für den Wohnungsbau werden nur noch bezahlbare Wohnungen gebaut.
72 (mehr zur grünen Wohnungspolitik ab Seite XY)
- 73 Nachhaltig: Wir haben die ökologischen Vorgaben im Rahmen der Bebauungspläne
74 verbessert, beispielsweise zum Schutz der Frischluftschneisen und für den Erhalt
75 von Bäumen. Die Standards für Baumpflanzung, Dach- und Fassadenbegrünungen haben
76 wir erhöht, die Zahl der PKW Stellplätze bei Neubauten – zugunsten von mehr
77 Fahrradstellplätzen – reduziert.
- 78 Im Quartier: Mit dem Rahmenkonzept zur integrierten Quartiersentwicklung haben
79 wir eine wichtige Basis geschaffen, um wirksame Projekte für die jeweiligen
80 Herausforderungen in den Düsseldorfer Quartieren zu entwickeln. In mehreren
81 Stadtteilen haben wir bereits vorhandene Projekte fortgeführt (z. B. Rath und
82 Wersten) und neue gestartet (z. B. Garath).
- 83 GRÜN denkt weiter
- 84 Unser Leitbild ist eine sozial- und umweltgerechte Stadtentwicklung, die den
85 Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verfolgt.
- 86 Grundlage der Planung stärken: Das „Raumwerk D“ mit dem „Mobilitätsplan D“
87 wollen wir weiterführen und zur Basis des städtischen Handelns werden lassen.
88 Gemeinsam mit Bürger*innen und Expert*innen wollen wir die Umsetzung und Wirkung
89 überprüfen und die Konzepte bei Bedarf nachjustieren.
- 90 Strukturierte Prozesse: Die Planungen einzelner Projekte ist oft von den
91 Interessen der jeweiligen Eigentümer*innen und Investor*innen abhängig. Wir
92 wollen von der Planung für einzelne Grundstücke hin zu mehr strukturierten
93 Prozessen, die das gesamte Quartier und die Bedürfnisse der Stadtgesellschaft
94 und Nutzer*innen bearbeiten.
- 95 Dem Klimawandel anpassen: Stadtplanung muss noch stärker auf die
96 Herausforderungen des Klimawandels antworten. Unser Ziel ist eine grünere Stadt,
97 die kommende Hitzesommer abkühlt, und eine „Schwammstadt“, die Starkregen und
98 andere Extremwetter meistern kann. Zu den Grundlagen gehören eine aktualisierte
99 Klimaanalyse (auch „Planungshinweiskarte“) sowie die Bodenfunktionskarte. Zu den
100 Instrumenten gehören intensiv begrünte Dächer und Fassaden, Wasserflächen,
101 begrünte Straßenräume und Vorgärten, die Entsiegelung und Begrünung von Plätzen
102 und ein grünes Wegenetz sowie öffentliche Wasserspender. Für die Koordination
103 setzen wir uns für eine*n Klimaanpassungsbeauftragte*r bei der Stadt ein (Hier
104 Verweis auf Kapitel Grün und Klimaanpassung).
- 105 Klimaszenarien bewerten: Wir wollen bei Planungsvorhaben zukünftig die
106 Klimaszenarien und die Auswirkung auf Menschen, Gebäude und städtische
107 Infrastruktur schon in den frühen Planungsschritten berechnen lassen und
108 bewerten, beispielsweise mit der GREENPASS®-Methode oder vergleichbaren
109 Instrumenten.
- 110 Klimaneutral planen: Ab dem ersten Planungsschritt für Neubau oder
111 Nachverdichtung muss das Ziel sein, das Quartier klimaneutral zu machen, also
112 mit netto Nullemissionen. Nur so können entsprechende Ansätze zu Energie- und
113 Mobilitätskonzepten, Baustruktur und Baumaterialien in den Planungsverfahren
114 gesichert werden. (Hier Verweis auf Kapitel Klimaschutz)

- 115 Neue bezahlbare Wohnungen schaffen: Bei der Entwicklung neuer Baugebiete
 116 profitieren die Eigentümer*innen und Investor*innen davon, dass die Grundstücke
 117 durch neues Baurecht enorm im Wert steigen. Wir wollen einen wesentlichen Teil
 118 dieses Planungsgewinns konsequent für die Stadtgesellschaft abschöpfen und
 119 einsetzen.
- 120 Das Handlungskonzept Wohnen wollen wir GRÜNE für mehr bezahlbare Wohnungen im
 121 Neubau weiter verschärfen. Als neues Instrument wollen wir, dass wahlweise ein
 122 Teil der zukünftigen Wohnbauflächen an die Stadt abgetreten wird („Münsteraner
 123 Modell“, alternativ zur Vorgabe von Quoten für geförderte und preisgedämpfte
 124 Wohnungen). Dies würde einerseits die spekulativen Weiterverkäufe bremsen und
 125 andererseits die städtische Bodenvorratspolitik stärken.
- 126 Vorhandene bezahlbare Wohnungen sichern: Noch wichtiger als der Neubau sind die
 127 über 300.000 vorhandenen Wohnungen in Düsseldorf. Hier im Wohnungsbestand müssen
 128 wir alle planungsrechtlichen Mittel nutzen, um die vorhandenen noch bezahlbaren
 129 Wohnungen vor Spekulanten und Profitjägern zu sichern. (mehr zur grünen
 130 Wohnungspolitik ab Seite XY)
- 131 Die menschengerechte Stadt: Der Umbau der autogerechten Stadt zu einer
 132 menschengerechten Stadt ist auch für die Stadtplanung eine Herausforderung. Wir
 133 wollen die Straßenräume wieder zu Lebensräumen machen, indem Quartiere autoarm
 134 oder autofrei geplant bzw. umgeplant werden.
- 135 Planung mit Kinderaugen: Für eine zukunftsfeste und menschengerechte Stadt sind
 136 Kinder die vielleicht wichtigsten Ideengeber*innen. Wir wollen Kinder und
 137 Jugendliche noch stärker einbeziehen – sowohl bei grundsätzlichen Planungen als
 138 auch bei konkreten Bauvorhaben. Leben im Alter: heißt nicht nur Barrierefreiheit
 139 im Quartier, sondern bedeutet auch das Einplanen und Bereitstellen von
 140 Grundstücken und nutzbaren Räumen, um genügend altersgerechte Wohnungen,
 141 Pflegewohnungen und ggf. auch Pflegeheime zu ermöglichen.
- 142 Arbeiten in der Stadt: In der Stadtplanung müssen auch Handwerk, Industrie- und
 143 produzierende („laute“) Gewerbegebiete berücksichtigt und weiterentwickelt
 144 werden. Wir GRÜNE stehen zum Konzept der „Kernzonen“. Industrie und Handwerk
 145 werden wir vor dem oft dominierenden Bürobau schützen. Auch gegenüber dem
 146 Wohnungsbau wägen wir nachhaltig und sinnvoll ab. Wir setzen uns für "laute"
 147 Flächen mit einem Mix aus Handwerk, Produktion, Kreativen, Gründer*innen, Probe-
 148 , und Veranstaltungsräumen ein.
- 149 Kultur in der Stadt: Wachstum und Nachverdichtung verursachen oft auch Druck auf
 150 Kulturorte oder verdrängen sie komplett wie zuletzt bei der „Brause“ und der
 151 „Botschaft“. Wir setzen uns dafür ein, dass Räume der Kultur – von der Musik-
 152 und Clubkultur über Ateliers bis zur freien Szene und Off-Szene – strukturell in
 153 der Stadtentwicklung mitgedacht werden. Damit können vorhandene Räume geschützt
 154 und im Rahmen von Planungsprojekten auch neue Räume geschaffen werden. Schutz
 155 und Erhalt des Hofgartens als erster deutscher Bürgerpark, zentrale Grünfläche
 156 und Denkmal stehen für uns nicht zur Disposition.
- 157 Regional planen: Nur gemeinsam mit den Städten und Kreisen im Rheinland können
 158 wir das Düsseldorfer Wachstum gestalten. Wir GRÜNE wollen dabei nicht einzelne
 159 Probleme auf die Region abwälzen, sondern gemeinsam und integrativ die
 160 Herausforderungen angehen. Dazu gehören neben einem regionalen

161 Flächennutzungsplan insbesondere ein gemeinsamer Mobilitätsplan und eine echte
162 Kooperation in der Wirtschaftsförderung.

163 Hoch hinaus? Wir GRÜNE sind offen für Hochhausplanungen. Sie müssen aber wie
164 alle anderen Projekte auch konkreten Nutzen für das Quartier und die Stadt
165 haben. Dazu gehört, dass die Quoten öffentlich geförderter und preisgedämpfter
166 Wohnungen erfüllt werden müssen. Dazu gehört auch, dass Maßnahmen für den ÖPNV,
167 den Fuß- und Radverkehr mitfinanziert und realisiert werden, um die zusätzlichen
168 Verkehre nachhaltig zu lenken. Für eine hohe Qualität der Architektur, des
169 Städtebaus und der Freiraumplanung stärken wir den Hochhausbeirat.

170 Baukultur schützen und schaffen: Zum Schutz von prägenden Gebäuden und
171 städtebaulichen Bereichen wollen wir GRÜNE den Denkmalschutz aktiv und präventiv
172 einsetzen. Der Verlust der ehemaligen „Brause“ trotz laufendem Prüfverfahren
173 zeigt, dass wir die Baukultur notfalls auch gegen Eigentümer*innen und
174 Investor*innen durchsetzen müssen. Für neue Bauprojekte von städtebaulicher
175 Relevanz wollen wir einen beratenden, mit Expert*innen besetzten
176 Gestaltungsbeirat schaffen.

177 Bei der Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes streiten wir weiter für den
178 Erhalt möglichst vieler Bäume, für ein echtes Fahrradparkhaus mit mehr als 1.500
179 Stellplätzen und für mehr Aufenthaltsqualität statt Autoparkplätzen.

180 Eine neue Verkehrsplanung am Heinrich-Heine-Platz ohne Durchgangsverkehr zur
181 Elisabethstraße begrüßen wir. Die vom Eigentümer des Carsch-Hauses gewünschte
182 offene Treppe zum Untergeschoss sehen wir sehr kritisch. Die vorhandenen alten
183 Bäume müssen erhalten werden. Der Platz muss in seiner Gänze öffentlich bleiben.

184 Mit der Umgestaltung des Belsenplatzes und der anschließenden Luegallee werden
185 wir darstellen, wie sich die autogerechte Stadt in die menschengerechte Stadt
186 entwickeln kann, in dem wir mehr Flächen an Fußgänger*innen und Radfahrer*innen
187 und zum Verweilen einplanen werden.

188 Für die mögliche Herstellung eines Openair-Geländes auf dem Messeparkplatz P1
189 haben wir GRÜNE die Hauruck-Planung für ein einzelnes Konzert gestoppt und ein
190 transparentes Verfahren mit einer umfassenden Beteiligung der Bürger*innen
191 durchgesetzt. Nur wenn die Vorgaben des gesetzlich verankerten Natur- und
192 Artenschutzes sowie die Belange des Lärmschutzes strikt berücksichtigt, die Zahl
193 der Baumfällungen auf das absolut unumgängliche Maß (max. 60) reduziert und der
194 Ausgleich über das Stadtbaumkonzept mit 1.000 zusätzlichen neuen Bäumen
195 weitergeht, stimmen wir zu.

196 Beim Neubau des Technischen Rathauses wollen wir ein echtes Vorbild schaffen:
197 moderne und gesunde Arbeitsplätze für die Mitarbeiter*innen, grün und begrünt
198 für das Stadtklima im Quartier, klimaneutral, wiederverwertbar im Sinne des
199 „Cradle to Cradle“ Prinzips. Alle städtischen Neubauten sollen grundsätzlich so
200 geplant werden, dass sie ohne fossile Energieträger auskommen.

201 Stadtverwaltung stärken: Für die Gestaltung des Wachstums und die beschriebenen
202 Aufgaben braucht die Stadt eine starke Fachverwaltung. Wir wollen die
203 notwendigen Stellen schaffen und die Gewinnung von neuen qualifizierten
204 Mitarbeiter*innen unterstützen (Hier Verweis auf das Kapitel Düsseldorf gut
205 regiert).

206 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

207 • 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur

208 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

209 • 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

Beschluss Wohnen

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.8. Wohnen

Text

1 Wohnen ist die zentrale soziale Gerechtigkeitsfrage in allen deutschen
2 Großstädten. Auch in Düsseldorf ist der Wohnungsmarkt im unteren und mittleren
3 Preissegment extrem angespannt. Die Sicherung und die Schaffung von bezahlbarem
4 Wohnraum sind zwei unserer wichtigsten Aufgaben. Wir GRÜNE setzen uns für eine
5 gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein, die sowohl soziale als auch
6 ökologische Aspekte im Fokus hat. In einer Wohnung zu leben, die bezahlbar ist,
7 die lebenswert ist und die genug Platz bietet, verstehen wir als Grundrecht.
8 Niemand in Düsseldorf soll mit der Sorge leben müssen, keinen Wohnraum zu finden
9 oder gar seine bestehende Wohnung zu verlieren. Gleichzeitig wollen wir
10 ökologische Standards garantieren. Bei der Schaffung von neuem Wohnraum wollen
11 wir Grün- und Freiflächen erhalten und eine hohe Lebensqualität für alle
12 Düsseldorfer*innen sichern.

13 Der rasante Anstieg der Mieten und Wohneigentumspreise ist nur zum Teil durch
14 die wachsende Bevölkerung in unserer Stadt zu erklären. Gründe sind im
15 Wohnungsbestand vor allem aggressive Mieterhöhungen der börsennotierten und
16 kapitalmarktgesteuerten Wohnungsunternehmen. Im Neubau ist insbesondere die
17 Spekulation mit Bauland dafür verantwortlich, dass ein Großteil der neuen
18 Wohnungen am Bedarf vorbei geht.

19 Darüber hinaus sind die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit auf
20 Bundesebene, die Privatisierung von landeseigenen Wohnungsbeständen und der
21 jahrzehntelange Rückzug von Bund, Land und Kommunen aus dem sozialen Wohnungsbau
22 wesentliche Ursachen für den fehlenden preisgünstigen Wohnraum im ganzen Land.

23 GRÜN wirkt

24 In den letzten sechs Jahren haben wir GRÜNE wichtige Maßnahmen durchgesetzt, um
25 die Wohnungssituation in Düsseldorf zu verbessern:

- 26 • Schon aus der Opposition heraus hatten wir jahrelang für ein
27 Handlungskonzept Wohnen (HKW) gestritten. 2013 haben wir es zusammen mit
28 der damaligen Ratsmehrheit beschlossen und damit endlich eine feste Quote
29 von insgesamt 40 % für öffentlich geförderte und preisgedämpfte Wohnungen
30 in Neubaugebieten festgelegt. Anschließend haben wir das HKW mit der
31 Ampel-Mehrheit weiterentwickelt.
- 32 • Für städtische Grundstücke haben wir durchgesetzt, dass sie ausschließlich
33 für öffentlich geförderte und preisgedämpfte Wohnungen oder für spezielle

34 Zielgruppen wie Menschen mit Behinderung, Senior*innen, Baugruppen oder
35 Auszubildende vergeben werden.

36 • Die Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf (SWD) haben wir in den
37 letzten Jahren reaktiviert und in die Lage versetzt, jetzt jährlich ca.
38 200 Wohnungen fertigzustellen.

39 • Die Düsseldorfer Genossenschaften und andere Akteur*innen, die sich einer
40 gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik verschrieben haben, haben wir
41 ebenfalls gestärkt. Durch die Vergabe städtischer Grundstücke haben wir
42 Wohnungsbau für mittlere und niedrige Einkommensgruppen ermöglicht.

43 • Für gemeinschaftliche Wohnprojekte und Baugruppen haben wir eine Agentur
44 innerhalb der Verwaltung initiiert, die unterstützt, berät und Grundstücke
45 speziell für Wohn- und Baugruppen vergibt.

46 • Schutz von Wohnraum: Gegen spekulativen Leerstand und kommerzielle
47 Kurzzeitvermietungen wie beispielsweise über AirBnB haben wir die
48 Wohnraumschutzsatzung durchgesetzt.

49 Bei allen Anstrengungen auf kommunaler Ebene wird jedoch deutlich, dass
50 entscheidende Hebel durch bundes- und landespolitische Gesetzgebungen gesetzt
51 werden müssen, um eine wirksame Mietbremse, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit
52 und weitere Maßnahmen gegen die immer rasantere Immobilienspekulation zu
53 ermöglichen.

54 GRÜN denkt weiter

55 Bodenspekulationen vermeiden, aktive Bodenvorratspolitik betreiben

56 Boden ist eine wertvolle und endliche Ressource. Dass er zu einem
57 Spekulationsobjekt geworden ist und Grundstücke unbezahlbar macht, ist einer der
58 Hauptgründe, weshalb günstiges Bauen kaum mehr möglich ist. Eine Kommune, die
59 wohnungspolitisch handlungsfähig sein will, muss über ihren Boden bestimmen
60 können. Deshalb setzen wir uns für eine aktive Bodenvorratspolitik ein, in der
61 die Stadt aktiv Grundstücke ankauft und eine gemeinwohlorientierte Entwicklung
62 sichert. Weiterhin setzen wir uns für eine langfristige
63 Immobilienbewirtschaftung ein, die im Sinne eines gemeinwohlorientierten
64 Bestandshalters agiert.

65 Bestehende Vertragsverhältnisse sollen auf Rückkaufsoptionen geprüft werden.
66 Ebenso müssen Vorkaufsrechte konsequent genutzt werden. Die Finanzierung kann
67 durch Bürgerfonds unterstützt werden. Auch über die Aufnahme des „Münsteraner
68 Modells“ in das HKW erhält die Stadt Zugriff auf Grundstücke. (Verweis
69 Stadtentwicklung)

70 Zu einer nachhaltigen Wohnungspolitik gehört, dass städtische Grundstücke den
71 folgenden Generationen erhalten bleiben. Wir wollen, dass Grundstücke der
72 öffentlichen Hand vorwiegend im Erbbaurecht und mit Auflagen vergeben werden.

73 Eigentümer*innen, die mit unbebauten Grundstücken spekulieren, wollen wir durch
74 das Baugebot verpflichten oder andernfalls die entsprechenden Grundstücke als
75 Kommune ankaufen. Hierzu braucht es begleitend Änderungen auf Bundesebene, damit
76 das Vorkaufsrecht der Kommunen gestärkt wird.

77

78 Um die Spekulation mit bebauten und unbebauten Grundstücken unattraktiver zu
79 machen, soll die Stadt Druck auf Bund und Land ausüben, um für die Länder die
80 Möglichkeit zu schaffen die Grunderwerbsteuer progressiv auszugestalten. Wenn
81 Wohnungskonzerne große Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere
82 Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn Privatpersonen ein Wohneigentum
83 erwerben.

84 Dauerhaft preiswerten Wohnraum sichern

85 Die Quoten für sozialen sowie preisgedämpften Wohnungsbau im Handlungskonzept
86 Wohnen wollen wir deutlich erhöhen, um den Anteil an preisreduziertem Wohnen in
87 Düsseldorf mittelfristig stabil zu halten. Als neues Instrument wollen wir, dass
88 wahlweise ein Teil der zukünftigen Wohnbauflächen an die Stadt abgetreten wird
89 („Münsteraner Modell“). (Verweis Stadtentwicklung)

90 Es ist nicht nur wichtig, dass preisreduziert gebaut wird, sondern auch wo
91 preisreduziert gebaut wird. Um in einem Neubaugebiet für alle eine gute
92 Lebensqualität zu gewährleisten, fordern wir eine Anpassung des HKW, die eine
93 Durchmischung von verschiedenen Bauformen, gefördertem Wohnraum und Wohneigentum
94 in verschiedenen Preisstufen vorsieht.

95 Die SWD und andere gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen wie
96 Genossenschaften, „Immovilien“ (Zivilgesellschaftliche Initiativen, die
97 gemeinwohlorientierte Immobilien- und Quartiersprojekte zusammen mit der
98 Nachbarschaft entwickeln) und soziale Träger wollen wir weiterhin stärken sowie
99 ihre Rolle am Wohnungsmarkt spürbar erhöhen. Außerdem wollen wir eine
100 Gründungsoffensive für neue Gesellschaften initiieren.

101

102 Jeder Mieter soll erfahren können, wer sein wirtschaftlicher Vermieter ist.
103 Eigentlich hat der Bund mit dem Transparenzregister ein Verzeichnis geschaffen,
104 in dem Gesellschaften (auch Grundstücks- und Investmentgesellschaften) die
105 natürlichen Personen angeben müssen, die letztlich hinter ihnen stehen.
106 Allerdings erweist sich dieses oftmals als „zahnloser Tiger“, da Gesellschaften
107 Eintragungen nicht vornehmen. Die Stadt wird sich gegenüber der zuständigen
108 Bundesbehörde dafür einsetzen, dass dies nicht hingenommen wird und notfalls
109 Bußgelder gegen solche Gesellschaften verhängt werden.

110 Wir wollen für Düsseldorf eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Dies liegt
111 vorläufig in der Kompetenz bundesrechtlicher Regelungen. Nichtsdestotrotz werden
112 wir alle sozial- und gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen und ähnliche
113 Träger in der Stadt weiter und auch verstärkt unterstützen. Wir haben auch das
114 Ziel, neue gemeinnützige Akteure zu etablieren, um die Vielfalt der Wohnformen
115 weiter auszuweiten. Nicht zuletzt, weil es Träger in der Wohnungswirtschaft
116 braucht, die antizyklisch zum Marktgeschehen aktiv werden wollen und können.
117 Hierbei haben wir bereits viel Erfahrung mit dem Aufbau der Agentur für Wohn-
118 und Baugemeinschaften gesammelt. Zukünftig soll das Kompetenzspektrum der
119 Agentur auch den Aufbau neuer gemeinwohlorientierter Akteur*innen begleiten.

120 Die 2019 von uns eingeführte Wohnraumschutzsatzung gegen die Zweckentfremdung
121 von Wohnungen wollen wir konsequent umsetzen, evaluieren und wo nötig
122 nachschärfen, um bestehenden Wohnraum wieder der Wohnnutzung zuzuführen.

123 Mit sogenannten Milieuschutzsatzungen wollen wir die Menschen in Quartieren mit
124 hohem Verdrängungsdruck schützen, indem die Umwandlung von Mietwohnungen in

- 125 Eigentumswohnungen, sowie die Umnutzung von Wohnungen in Gewerbe beschränkt,
126 Modernisierungen gesteuert und Vorkaufsrechte ausgeübt werden.
- 127 Studierende und Auszubildende haben es sehr schwer, Wohnungen oder Zimmer zu
128 finden, die ihrem Budget und ihren Anforderungen entsprechen. Wir wollen das
129 Studierendenwerk, die SWD, Genossenschaften und andere soziale Träger deshalb
130 beim Bau von Studierenden- und Azubiwohnheimen verstärkt unterstützen.
- 131 Für die Rechte der Mieter*innen ist der Mietspiegel, in dem die ortsüblichen
132 Vergleichsmieten ermittelt werden, ein zentrales Instrument. Wir wollen einen
133 qualifizierten Mietspiegel, der beispielsweise auch die energetischen Standards
134 enthält und der viel mehr als nur die neuen Mietverträge der letzten sechs Jahre
135 berücksichtigt.
- 136 Wir erwarten von Bund und Land endlich wirksame Instrumente gegen die rasanten
137 Mietsteigerungen gerade im Wohnungsbestand. Das sollte auch die Möglichkeit
138 eines temporären Mietendeckels umfassen, zu dem beispielsweise ein Mietestopp
139 (keine Mieterhöhungen über Inflationsrate), Mietobergrenzen (gestaffelt nach
140 Alter und Ausstattung der Gebäude), Mietkappungen (Absenkung von Mieten auf die
141 Mietobergrenzen) sowie eine Begrenzung der Modernisierungsumlage gehören können.
142 Wichtig ist uns, dass Bund und Land diese Maßnahmen ermöglichen und die Stadt
143 individuell die passenden Maßnahmen ergreifen kann.
- 144 Die Wohnungsnachfrage wird nicht allein in den Düsseldorfer Stadtgrenzen
145 bewältigt. Wir brauchen mehr regionale Zusammenarbeit, um auch mit unseren
146 Nachbarkommunen urbanen Wohnungsbau zu schaffen und das Pendeln mit Bus, Bahn
147 und Fahrrad nach Düsseldorf zu verbessern (Verweis Regionale Kooperation).
- 148 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung hängen eng miteinander zusammen. Wir wollen
149 nicht „bauen, bauen, bauen“ ohne nachzudenken, sondern intelligente und
150 innovative Stadtentwicklung mit dreifachem Nutzen: Bauprojekte bringen nicht nur
151 neue bezahlbare Wohnungen und Gewerbeflächen, sondern auch mehr Grün und eine
152 Verbesserung der Mobilität. (Verweis Stadtentwicklung)
- 153
- 154 Die anstehende Reform der Grundsteuer kann zu einer Erhöhung des
155 Steueraufkommens im Stadtgebiet und damit zu einer Verteuerung des Wohnens
156 führen. Wir werden eine Aufkommensneutralität der Grundsteuer in Düsseldorf
157 sicherstellen.
- 158 Obdachlosigkeit bekämpfen, Wohnungslosigkeit präventiv vermeiden
- 159 Wir wollen die Prävention gegen Wohnungslosigkeit ausbauen und das
160 Präventionskonzept mit den zuständigen städtischen Stellen und Trägern der
161 Wohnungslosenhilfe weiterentwickeln. Dabei sollte Quartiersarbeit eine wichtige
162 Rolle spielen, um von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen besser zu erreichen
163 (Verweis Quartier und Soziales und Gesundheit).
- 164 Die Zahl der durch die Stadt angemieteten „Probewohnungen“ für obdachlose
165 Menschen soll vergrößert werden und wir werden überprüfen, inwieweit heutige
166 Unterkünfte in mietvertragliches Wohnen umgewandelt werden können. In diesem
167 Zuge soll es auch weitere innovative Wohn-Projekte geben, um auf
168 unterschiedliche Bedarfe eingehen zu können.
- 169 Verstärkte Wohnraumakquise für obdachlose und wohnungslose Menschen ist zwingend
170 erforderlich. Deshalb wird die "Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit –

171 endlich ein Zuhause" weiterhin unterstützt. Mit dem Land soll die Weiterführung
172 über 2020 hinaus thematisiert werden.

173 Housing First ist ein Baustein von diversen Angeboten, die man aufgrund der
174 vielfältigen Herausforderungen von obdachlosen Menschen benötigt, um Menschen
175 ohne Wohnung zu unterstützen. Wir wollen diesen guten Ansatz stützen.

176 Die bisherige, neu gestaltete Kooperationsvereinbarung mit den
177 Wohnungsunternehmen wird gemeinsam regelmäßig überprüft und wenn möglich
178 weitergeführt. Wir wollen die Kooperation konkretisieren, indem wir eine
179 Zielgröße für die Vermittlung von Wohnungen an obdachlose und wohnungslose
180 Menschen setzen.

181 Barriere- und altersgerechtes Wohnen für ein selbstbestimmtes Leben

182 Altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ist für ein selbstbestimmtes und
183 unabhängiges Leben erforderlich. Neben einem inklusiven und barrierefreien
184 Quartier der kurzen Wege wollen wir auch Wohngemeinschaften und
185 Mehrgenerationenwohnen unterstützen, damit sowohl ältere als auch Menschen mit
186 Behinderungen in ihrer gewohnten und gewünschten Umgebung leben können.

187 Oftmals leben ältere Menschen in Wohnungen und Häusern, die zu groß für sie sind
188 und in denen sie sich nicht wohl fühlen. Wir wollen ältere Menschen auf Wunsch
189 dabei unterstützen, in kleinere Wohnungen oder Wohngemeinschaften umzuziehen
190 oder ihren Wohnraum mit Familien zu tauschen, die eine größere Wohnung dringend
191 benötigen.

192 Klimafreundliches und ressourcensparendes Wohnen

193 Zentraler Baustein für klimafreundliches Wohnen ist die Wärmewende: weniger
194 Heizbedarf durch energetische Sanierungen und Umstellung der Heizung auf CO2-
195 neutrale oder -arme Brennstoffe. Dafür wollen wir alle städtischen Hebel nutzen.
196 (Verweis Kapitel Klimaschutz)

197 Wir wollen ökologisches und wiederverwertbares Baumaterial. Holz als
198 nachwachsender Rohstoff ist nachhaltig, speichert CO2 und schützt das Klima. Wir
199 wollen die Nutzung von Holz als Baustoff bei Neubauten und der Gebäudesanierung
200 fördern. Das „Cradle-to-Cradle“-Prinzip wollen wir auch im Wohnungsbau
201 forcieren. Denn auch andere Baumaterialien sind potenziell wiederverwendbar,
202 wenn Gebäude entsprechend konzipiert und verbaut werden: Eisenträger, Steine,
203 Betonplatten, Glas und sogar Kunststoffteile. (Verweis Kapitel Umwelt)

204 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

205 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

206 • 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

Beschluss Quartier

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.9. Quartier

Text

1 Deine Straße, deine Gegend, dein Quartier.

2 Quartiere sind im Wandel: dort, wo Einzelhandel angesiedelt ist, ist der Druck
3 des Online-Handels vor allem am Leerstand im Quartier zu erkennen. Supermärkte,
4 Bankfilialen und kirchliche Einrichtungen schließen. Viele Menschen, die ihre
5 wohnliche Situation verändern wollen, müssen ihre Quartiere verlassen, ob sie
6 wollen oder nicht. Grund sind Gentrifizierung und ein Mangel an passendem und
7 bezahlbarem Wohnraum – vor allem für ältere Menschen und Familien. Quartiere
8 sind nicht selten durch sehr unterschiedliche, jeweils sehr homogene Bauweisen –
9 Einfamilienhäuser auf der einen, Hochhäuser auf der anderen Seite – de facto
10 durch ihre jeweilige Milieuzusammensetzung geradezu gespalten. Das alles
11 schwächt Nachbarschaft und den sozialen Zusammenhalt im Quartier und somit auch
12 in Düsseldorf als Ganzes.

13 Wir GRÜNE wollen das Quartier weiter stärken. Denn hier ist Düsseldorf Dorf und
14 Großstadt in Einem. Im Quartier gehen die Kinder zur Schule, im Quartier werden
15 Besorgungen erledigt und Sport getrieben. Im Quartier findet der Alltag statt.
16 Vor allem für Menschen, die weniger mobil sind, ist es wichtig, dass das
17 Quartier weiterhin viel zu bieten hat. Kinder erleben Selbstständigkeit und
18 multikulturelle Normalität im Quartier und sind so eben ‚Großstadtkinder‘ und
19 auch Kinder ihres Quartiers. Ältere Menschen pflegen Kontakte vor allem in der
20 Nachbarschaft und Menschen mit körperlichen Einschränkungen sind um kurze Wege
21 glücklich. Alle Menschen profitieren von einer wohnortnahen Versorgung mit
22 Apotheken, Ärzt*innen und Einzelhandel.

23 Quartiere der Zukunft

24 Ein Quartier ist dann dynamisch und zukunftsfest, wenn es auf Demografie und
25 technologischen Wandel zügig reagieren kann, statt in Schockstarre zu verharren.

26 Wir GRÜNE haben den Blick auf die Quartiere gestärkt. Neben den drei konkreten
27 Projekten aus der Städtebauförderung (Rath, Wersten, Garath) haben wir das
28 „Rahmenkonzept Quartiersentwicklung“ initiiert. Diese grundlegende Arbeit wollen
29 wir fortführen und daraus Projekte entwickeln, die zu den jeweiligen
30 Herausforderungen der Quartiere passen. Dies gelingt am besten mit den starken
31 Partner*innen vor Ort aus Wohlfahrt und Handel, den Bildungsträgern und der
32 dauerhaften Einbindung der Bürger*innen. Nur wenn wir die integrierte
33 Quartiersentwicklung ernst nehmen, wird es uns gelingen alle Quartiere in
34 Düsseldorf nachhaltig und inklusiv zu gestalten.

35 Mittelfristig braucht es ein Monitoring der Quartiersentwicklung. Denn der
36 Wandel kommt selten überraschend. Kinder werden lange vor ihrer Einschulung
37 geboren, Ältere waren auch mal jung und soziale Einrichtungen oder Bankfilialen
38 schließen auch nicht über Nacht. Die Politik in den Bezirken aber auch im Rat
39 muss frühzeitig ganz konkret wissen, was es im Stadtteil braucht, um
40 entsprechend unterstützend Politik gestalten zu können. Dazu soll sie auch die

41 Mittel an die Hand bekommen, Bürger*innen frühzeitig zu befragen und
42 einzubinden. (Verweis Kapitel Beteiligung)

43 Lebendige Quartiere der Zukunft brauchen:

- 44 • Kurze Wege zur Kita und zur Schule schaffen Selbstständigkeitserfahrungen
45 und tragen zur Sicherheit im Alltag sowie zum Umweltschutz bei.
- 46 • Kinder- und Jugendeinrichtungen sind geschützte Räume jenseits des
47 Elternhauses, unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer
48 Persönlichkeitsentwicklung und schützen sie vor Kriminalität und Drogen.
- 49 • Auch pflegebedürftige Menschen möchten gerne im Quartier bleiben, auch
50 wenn sie in eine Einrichtung ziehen müssen, denn dort leben Bekannte und
51 Familie. Deshalb braucht es in jedem Quartier Pflegestützpunkte, von denen
52 aus von ambulanter bis stationärer Pflege alles rund um die Pflege
53 organisiert werden kann.
- 54 • Wer erst lange mit der Bahn fahren muss, bevor es mit dem Sport losgehen
55 kann, fängt vielleicht gar nicht erst an. Deshalb brauchen alle Quartiere
56 ausreichend Sport- und Bewegungsangebote für Jung und Alt.
- 57 • Menschen aus allen Generationen brauchen ab und an Unterstützung im Leben,
58 welche die Verwandtschaft, der Freundeskreis oder die Nachbarschaft nicht
59 bieten können, deshalb braucht es in allen Quartieren langfristig
60 aufsuchende oder institutionell gebundene Soziale Arbeit für alle
61 Generationen und Bedarfe.
- 62 • Der Klimawandel ist global und hat lokale Auswirkungen – deswegen brauchen
63 wir viele kühle Orte - cooling areas - für die immer heißeren Sommer.
- 64 • Gesundheitsstützpunkte sichern mit ihrem vielfältigen Angebot und kurzen
65 Wegen die gesundheitliche Nahversorgung und tragen zur Lebensqualität im
66 Quartier bei.
- 67 • Orte der Begegnung für alle Altersstufen – je besser man sich im Quartier
68 kennt, desto einfacher das Miteinander.
- 69 • Kultur im Quartier – Kindertheater, Kultkneipe und Kunstprojekt – sie
70 brauchen Platz und politischen Rückhalt.
- 71 • Raum schaffen mit grünen Adern: Straßen ohne Autos oder autofreie Zeiten
72 schaffen Platz für Bewegung, Begegnung und Nachbarschaft. Anwohner*innen
73 werden z. B. zu gemeinsamer, verbindender, gärtnerischer Tätigkeit
74 motiviert.
- 75 • Egal wie sehr man sein Quartier auch mag, manchmal will man Großstädter*in
76 sein - deshalb braucht jedes Quartier selbstverständlich eine gute
77 Anbindung an den ÖPNV.

78 Einer für alle – Alles in einem: die Stadtteilläden

79 Ein Modell, das in Frankreich seit einigen Jahren immer beliebter wird und
80 vieles von dem mit anpackt, was wir uns für ein lebendiges Viertel wünschen, ist

81 eine Art Stadtteilladen, in Frankreich genannt "Concièrgerie de Quartier". In
82 diesem Sozialunternehmen – es arbeitet betriebswirtschaftlich, aber nicht
83 profitorientiert - können Mitglieder gegen eine jährliche Gebühr viele Dienste
84 kostenlos und andere gegen eine zusätzliche Gebühr in Anspruch nehmen.
85 Mitglieder können z.B. Pakete abholen, sich gemeinsam gegen
86 Lebensmittelverschwendung engagieren, Dinge verschenken, Jobs im Viertel finden.
87 In der "Concièrgerie de Quartier" können VHS-Kurse stattfinden,
88 Kleinstgewerbetreibende können hier eigene lokale Produkte vertreiben, Dienste
89 wie Wäschereinigung oder das Vermitteln von Handwerker*innen können in Anspruch
90 genommen werden. Bei einem Tee zum Selbstkostenpreis lässt sich entspannt mit
91 den Nachbar*innen plaudern.

92 Diese Läden können helfen, die Verfügbarkeit von Diensten im Stadtteil zu
93 erhalten, auch wenn die Nachfrage sinkt. Sie können Recyclingstation, repair-
94 café und Orte des gemeinsamen Lernens oder gemeinsamer Hobbys werden.
95 Kooperationen mit Post- oder Bankfilialen können zum Erhalt von Infrastruktur
96 beitragen, die vielleicht anderswo schon aufgegeben werden musste. Je nach Lage
97 können diese Läden auch Co-Working Spaces zur Verfügung stellen und somit
98 Menschen, die selbstständig arbeiten, ein Büro im Viertel bieten.

99 Die Stadt hat mit der Zukunftswerkstatt eine Tochtergesellschaft, die solche
100 Läden als Pilot starten könnte - passend zu ihrem Auftrag, berufliche
101 Perspektiven zu schaffen und an der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu
102 arbeiten.

103 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 104 • 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 105 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 106 • 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

Beschluss Gesundheit und Soziales

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.10. Gesundheit und Soziales

Text

1 Düsseldorf ist eine Stadt, in der alle miteinander gut leben können. Unsere
2 Ziele sind eine solidarische Sozialpolitik und ein gesundes und vielfältiges
3 Düsseldorf, das sich aktiv gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellt. Wir
4 GRÜNE wollen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können,
5 unabhängig von Alter, Einkommen oder möglichen körperlichen und geistigen
6 Einschränkungen. Das ist für uns soziale Teilhabe und soziale Verantwortung. Wir
7 setzen uns für frühzeitige und präventive Maßnahmen gegen soziale Spaltung und
8 für Menschen in besonderen Lebenslagen ein.

9 Auch für die gesunde Stadt Düsseldorf sind präventive Ansätze zur
10 Gesundheitsförderung und -erhaltung entscheidend. Dazu gehören
11 Gesundheitsförderung in KITAs, Schulen, Betrieben, Verwaltung und öffentlichen
12 Einrichtungen, z.B in den Bereichen Ernährung, Bewegung, Arbeitsabläufen etc.
13 Dabei ist Gesundheit für uns GRÜNE ein echtes Querschnittsthema, das sowohl mit
14 den Umweltbedingungen als auch den sozialen Bedingungen der Bürger*innen
15 zusammenhängt.

16 GRÜN wirkt

17
18 Wir sind stolz darauf, dass wir bereits in 2015 mit der Ampel die Mittel für die
19 Einrichtung der (bundesweit) ersten städtisch geförderten Hebammenzentrale
20 Düsseldorf bereit gestellt haben. Die Hebammenzentrale ist ein wichtiger
21 Baustein zur Versorgung von Schwangeren und frischgebackenen Eltern mit einer
22 Hebamme während der Schwangerschaft, Geburt und Nachsorge. Durch die zentrale
23 Vermittlung werden Hebammen und Eltern entlastet.

24 Mit der Beschäftigungsförderung haben wir die städtische Unterstützung von
25 Langzeitarbeitslosen wieder neu aufgebaut und insbesondere mit den Projekten der
26 „Sozialen Stadt“ in Rath und Wersten verknüpft. Die Angebote der
27 Schuldnerberatung haben wir ausgebaut.

28 Die wachsende Alterseinsamkeit und -armut haben wir zum Thema gemacht. Ebenso
29 ist die Weiterentwicklung der „Zentren Plus“ für bessere Beratung und Begegnung
30 von Senior*innen angestoßen und das Projekt „Altern unter'm Regenbogen“, das für
31 LSBTTI-Senior*innen als Zielgruppe sensibilisiert, gestartet.

32 Darüber hinaus haben wir viele kleinere und größere Projekte initiiert und
33 finanziert, beispielsweise die Ehrenamtskarte, die interkulturelle
34 Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe, die Richtlinien HIV / Aids für respektvolles
35 und aufgeklärtes Miteinander in der Verwaltung, die Hebammenzentrale, die
36 medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere, eine professionelle Beratung
37 bei Trans*Geschlechtlichkeit, das neue Suchthilfekonzert und die Prüfung einer
38 lizenzierten Cannabis-Abgabe, für die wir uns weiter auf Bundesebene einsetzen.

39 GRÜNE Vision

40 Beratung niedrigschwellig anbieten: Menschen, die in unterschiedlichen
41 Lebenslagen Hilfe und Unterstützung benötigen, müssen sich ohne Zugangshemmnisse
42 umfassend informieren und beraten lassen können. Deshalb wollen wir
43 ganzheitliche und zugehende Beratungsangebote, die kultursensibel und inklusiv
44 sind, entwickeln und ausbauen. Die schriftlichen Informationen der Stadt wollen
45 wir bedarfsgerecht auch in Leichter Sprache zur Verfügung stellen.

46 Im Quartier leben: Soziale Teilhabe und Verantwortung beginnt im Quartier und
47 hier können die Menschen in allen Lebenslagen am besten erreicht werden. Von der
48 Krabbelgruppe über die Beschäftigungsförderung bis zur Altenpflege: Wir wollen
49 die integrierte Quartiersentwicklung zum zentralen Baustein der Düsseldorfer
50 Sozial- und Gesundheitspolitik machen. Die Gesundheitsversorgung sollte
51 dezentral durch Gesundheitsstützpunkte im Quartier gestaltet werden. (Hier
52 Verweis auf das Kapitel Quartier)

53 Als Familie in Düsseldorf leben: Kinder, Eltern, Großeltern brauchen besondere
54 Unterstützung. Für einen guten Start ins Leben setzen wir uns für eine
55 Verbesserung der Situation der Hebammen und die Sicherung der Finanzierung der
56 Hebammenzentrale Düsseldorf sowie den Ausbau der präventiven Dienste und Hilfen
57 ein. Wir wollen die Betreuungsangebote in Kitas und Schulen weiter verbessern
58 und die Anlaufstellen und Treffpunkte für Jugendliche weiter ausbauen (Hier
59 Hinweis auf Kapitel Jugend und Schule). Darüber hinaus sind uns beispielsweise
60 auch familienfreundliche Sprech- und Öffnungszeiten in städtischen Einrichtungen
61 sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Alleinerziehende wichtig.

62 Älter werden in Düsseldorf – selbstbestimmt bleiben. Wir stehen für eine
63 Politik, die gemeinsam mit den Düsseldorfer*innen die Lebensrealität älter
64 werdender Menschen positiv gestaltet und das Miteinander der Generationen
65 fördert. Dabei nehmen wir nicht nur die Probleme, sondern vor allem die
66 Kenntnisse und Fähigkeiten älterer Menschen in den Blick.

67 Die Düsseldorfer*innen werden - zum Glück - immer älter. Deshalb halten wir es
68 für zwingend notwendig, künftig ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse
69 dieser Menschen zu richten.

70 Im Miteinander der Generationen wollen auch die älteren Menschen in unserer
71 Stadt würdevoll ihre Rechte wahrnehmen können. Hierbei müssen wir insbesondere
72 auf die Vielzahl der alleinlebenden Senior*innen achten und entsprechende
73 Angebote vorhalten. Die "Zentren Plus" sind eine Erfolgsgeschichte, die wir
74 weiter ausbauen werden.

75 Ältere Menschen möchten auch im Falle von Pflegebedürftigkeit im häuslichen
76 Umfeld bleiben. Deshalb wollen wir in die verbindliche Pflegebedarfsplanung
77 einsteigen, die alle Angebote, von vielfältigen ambulanten Möglichkeiten wie
78 beispielsweise Pflegewohnungen oder betreuten Wohngruppen bis hin zu stationären
79 Einrichtungen, aus den Bedarfen im Quartier heraus entwickelt und aufeinander
80 abstimmt. Die entsprechende Bindung städtischer Grundstücke spielt dabei eine
81 ebenso große Rolle wie der Aufbau eines Pflege- und Hilfemixes aus
82 professioneller Pflege und Unterstützung, sozialen Netzwerken und
83 Nachbarschaften im Quartier. (Hier Verweis auf das Kapitel Quartier)

84 Für die Entlastung pflegender Angehöriger wollen wir die Angebote der
85 Hilfeinrichtungen weiter ausbauen, Beratungsangebote, Selbsthilfegruppen,
86 Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege verstärken.

87 Gemeinsam mit den Verbänden und Trägern der Seniorenarbeit kann die Stadt das
88 Thema Pflegeberufe noch weiter nach vorne bringen.

89 Die Begegnungs- und Beratungsstellen "Zentren Plus" werden wir weiterentwickeln,
90 auch um das Thema Senior*innen mit Migrationshintergrund aufzugreifen, aber auch
91 um die Einbindung ins Quartier stärker voranzutreiben. Geprüft werden muss in
92 diesem großen Zusammenhang auch, ob die bisherigen "Zentren Plus" personell
93 aufgestockt werden müssen. Auch das gerade initiierte Wohnungstauschprogramm
94 sollte in diesem Rahmen umgesetzt werden.

95 Große Aufmerksamkeit werden wir auf die Gestaltung der barrierefreien Quartiere
96 und Plätze, Haltestellen, Straßen, Wohnungen und Begegnungsorte legen. Gerade im
97 Straßenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr ist noch viel zu tun:
98 viele Ampelschaltungen haben zu kurze Grünphasen für Fußgänger*innen, der Ausbau
99 der Haltestellen mit Audioansagen und besserer Beleuchtung muss vorangetrieben
100 werden.

101 Menschen mit Behinderungen müssen noch mehr Gehör für ihre Belange in unserer
102 Gesellschaft finden und ihre Bedürfnisse müssen noch besser berücksichtigt
103 werden. Dazu stärken wir den Beirat für die Belange von Menschen mit
104 Behinderungen und berücksichtigen das Thema noch stärker als Querschnitt in
105 allen Fachbereichen. Im öffentlichen Nahverkehr, im Straßenraum und auf
106 öffentlichen Plätzen wollen wir bei allen Planungen und Baumaßnahmen die
107 vollständige Barrierefreiheit erreichen. Im Bestand setzen wir uns für einen
108 schnelleren Umbau und für konsequentere Kontrollen ein, beispielsweise gegen
109 Gehwegparken. Bei der Beschäftigungsförderung werden wir Menschen mit
110 Behinderungen ebenfalls stärker in den Blick nehmen.

111 Das Düsseldorfer Suchthilfekonzept mit seinen drei Bausteinen "Prävention",
112 "Überlebenshilfen" und "ausstiegsorientierte Hilfen" werden wir konsequent
113 umsetzen und weiterentwickeln. Die Angebote der Präventionsarbeit sollen
114 verstärkt in Schulen vorgestellt werden. So bietet beispielsweise das Trebecafé
115 (ein Angebot für wohnungslose und von Sucht und Gewalt betroffene Mädchen) ein
116 Programm für Schulklassen an. Dort wird die Persönlichkeit der Schüler*innen
117 gestärkt und dabei werden gleichzeitig die Hilfesysteme in der Stadt
118 vorgestellt. Die Erweiterung des Drogenkonsumraums ist bereits auf den Weg
119 gebracht, zwei dezentrale Hilfeinrichtungen für Diamorphin- bzw.
120 Methadonsubstituierte befinden sich in der Aufbauphase. Die Beratungsangebote
121 stellen sich zunehmend darauf ein, dass die Zielgruppe mehrsprachig ist bzw.
122 älter wird.

123 Hilfen für Menschen ohne Wohnung: Die Zahl der obdachlosen und wohnungslosen
124 Menschen steigt wieder. Durch den hohen Bedarf an Wohnungen wächst die Gefahr,
125 dass Menschen mit geringen Einkünften und besonderen persönlichen Problemen kaum
126 noch Wohnungen finden. (Mehr zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit im Kapitel
127 Wohnen)

128 Für die Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen obdachlos oder
 129 wohnungslos geworden sind, wollen wir die Hilfesysteme bedarfs- und
 130 zielgruppenorientiert ausbauen:

- 131 • Das Streetwork-Konzept, das größtenteils kommunal finanziert ist, wollen
 132 wir mit den Trägern der Streetwork-Angebote und der Wohnungslosenhilfe
 133 überprüfen und bei Bedarf neu aufstellen.
- 134 • Der "Runde Tisch" gegen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit soll ebenso
 135 wie andere Beteiligungsformate weiterhin stattfinden. Hierbei sind
 136 Fachleute neben möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen in den Prozess
 137 einzubeziehen.
- 138 • Die Plätze in den Notschlafstellen und Unterkünften sollen so gut
 139 ausgebaut werden, dass die Winternothilfe zukünftig überflüssig wird.
 140 Insgesamt muss es genügend Reserveplätze geben, auch abgestimmt mit
 141 Unterkunftsplätzen für geflüchtete Menschen.
- 142 • Digitale Informationen können neben den bereits existierenden Broschüren
 143 und Flyern zur Information obdachloser und wohnungsloser Menschen helfen,
 144 beispielsweise eine „Kälte-App“ nach Wiener Vorbild. Regelmäßige Kampagnen
 145 für die Belange obdachloser und wohnungsloser Menschen sind ein weiterer
 146 Ansatz.
- 147 • Die Hilfen und Angebote für obdachlose und wohnungslose Frauen wollen wir
 148 entsprechend des gestiegenen Bedarfs ausbauen, mit einem neuen Standort
 149 für die Frauen-Notschlafstelle inklusive eines Tagesaufenthalts,
 150 speziellem Streetwork und zusätzlichen Frauenplätzen im Obdach.
- 151 • Für wohnungslose Menschen aus EU Staaten, die formal keinerlei Hilfen in
 152 Anspruch nehmen können, haben wir 2019 erste städtische Not-Angebote
 153 aufgebaut, die wir verbessern und ausbauen wollen.
- 154 • Für psychisch erkrankte Menschen müssen besondere Plätze in den
 155 Unterkünften ausgebaut werden, in Kooperation zwischen den zuständigen
 156 Ämtern und Trägern.

157 Menschen mit psychischen Erkrankungen/Auffälligkeiten und ihren Familien wollen
 158 wir Krisenanlaufstellen bieten, die neben den bestehenden Landeskrankenhäusern
 159 und ihren ergänzenden ambulanten Strukturen unbürokratisch erste Hilfen
 160 schaffen. Auch in den Quartiersstrukturen muss dies Berücksichtigung finden.

161 Auf dem guten Erfolg des Düsselpasses aufbauend, können wir das Angebot zusammen
 162 mit den Kooperationspartnern erweitern und bürokratische Hürden beseitigen.

163 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 164 • 1 Keine Armut
- 165 • 2 Kein Hunger
- 166 • 3 Gesundheit und Wohlergehen

Beschluss Sport

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.11. Sport

Text

1 Von der Breite in die Spitze – Sport- und Bewegungspolitik in Düsseldorf

2 Sport und Bewegung sind wichtig für die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen,
3 Erwachsenen und Senior*innen. Im Sportverein zählen Teamgeist und
4 Leistungsbereitschaft. Sport bringt Freude, neue Kontakte und fördert den
5 sozialen Zusammenhalt und die Persönlichkeitsentwicklung. Gute Möglichkeiten für
6 Sport und Bewegung können viel zu einem lebenswerten Düsseldorf beitragen. Dafür
7 muss die Politik die Rahmenbedingungen schaffen: ausreichend Platz und sichere
8 Wege für Bewegung im Alltag, gute Infrastrukturen für Vereine, öffentliche
9 Angebote, die gut nutzbar und bezahlbar sind.

10 11 Grün wirkt

12 Breitensportpolitik in Düsseldorf läuft, wie in jeder Kommune, vor allem über
13 den Stadtsporthund und die Vereine. Sie organisieren das Sportleben der
14 Landeshauptstadt und bemühen sich um finanzielle Unterstützung bei der Stadt für
15 konkrete Vorhaben. Wir GRÜNE haben erreicht, dass über Förderanträge
16 transparenter entschieden wird.

17 Wir haben uns dafür eingesetzt, dass jede Schule eine eigene Sporthalle bekommt
18 und bestehende Hallen saniert werden. Im Rahmen der Schulbauoffensive haben wir
19 zahlreiche Projekte umgesetzt. Damit ist ein wichtiger Schritt getan.

20 Mit dem Bäderkonzept 2020 gibt es erstmalig einen umfassenden Sanierungsplan für
21 die Düsseldorfer Stadtbäder. Auch, wenn noch nicht alles fertig ist: in neuen
22 oder sanierten Bädern am Flinger Broich, in Oberkassel, Benrath und Unterrath
23 lässt es sich (bald) gut schwimmen.

24 Multifunktionsflächen sind Einladungen zu Sport und Bewegung, vor allem für
25 Jugendliche und junge Erwachsene. Schon in vier Stadtteilen gibt es solche
26 Flächen mit unterschiedlichen Schwerpunkten: von Basketball über Fußball bis zu
27 Parcour und Pump-Track. Weitere Flächen folgen – immer mit Beteiligung der
28 Jugendlichen aus dem Stadtteil.

29 Der Skatepark Eller ist eine bundesweite Sensation und ein Magnet für junge
30 Skater*innen aus Düsseldorf und Umgebung.

31 Mit Sport im Park wurde ein kostenloses, regelmäßiges Sportangebot geschaffen,
32 das alle Altersstufen gleichermaßen erreicht. Auf diesen Erfolg wollen wir
33 aufbauen, das Programm weiter ausbauen und durch Sportgeräte im Park für
34 Erwachsene ergänzen.

35 36 Grüne Vision

37 Es ist Zeit, dass wir in Düsseldorf den Blick für Sport- und Bewegungspolitik
38 noch einmal erweitern. Sport und Bewegungsangebote müssen für alle Menschen
39 zugänglich sein, egal wie es um die körperliche oder geistige Gesundheit, den

40 Geldbeutel oder die geschlechtliche Identität bestellt ist. Männer, Frauen und
41 LSBTTIQ*, Junge und Alte, Alteingesessene und Zugezogene: Sport kann integrativ
42 sein, wenn man die Rahmenbedingungen dafür schafft. Wir wollen deswegen in den
43 nächsten fünf Jahren weiter vor allem dafür sorgen, dass Sport- und
44 Bewegungsmöglichkeiten barriereärmer werden. Dafür müssen wir auch erfassen, wie
45 es um die Barrierefreiheit in Düsseldorfer Sporteinrichtungen bestellt ist und
46 welche Angebote es für all die gibt, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind.
47 Zur Barrierefreiheit gehört auch, dass möglichst ein breites Angebot an
48 Sportarten in unmittelbarer Nähe, im Quartier, erreichbar ist. (Bezug Quartier).

49 Im Sport ist in Punkto Gleichberechtigung viel passiert. Erstmals richtet
50 Düsseldorf im Sommer 2020 die Eurogames – ein Sportevent für Sichtbarkeit und
51 Akzeptanz von LSBTTIQ* im Sport - aus. Wir haben uns mit der Initiative für
52 geschlechtergerechten Sportstättenbau für gleichberechtigte Nutzungsmöglichkeiten
53 eingesetzt und bleiben weiter dran, damit der Beschluss auch zügig umgesetzt
54 wird. Außerdem haben wir eine Sportwirksamkeitsstudie in Auftrag gegeben: nun
55 lässt sich einfacher erkennen, wer wo von kommunaler Sportförderung profitiert
56 und wer nicht. Sie ist eine gute Grundlage für zukünftige Förderentscheidungen
57 und schafft Transparenz für antragsstellende Vereine und Verbände. Für uns GRÜNE
58 ist es wichtig, dass am Ende alle Geschlechter von den ausgegebenen Geldern in
59 diesem Bereich gleichermaßen profitieren – ganz im Sinne des Gender Budgeting.

60 Sport bleibt trotzdem eines der Felder, in denen sich Vorurteile über angebliche
61 genderspezifische Vorlieben mit am längsten halten. Auch im Breitensport gibt es
62 gelegentlich die Tendenz der Vereine, Sportarten für Jungen oder für Mädchen
63 anzubieten, aber nicht für alle Geschlechter. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich
64 dafür eingesetzt, dass endlich das Versprechen, den Mädchenfußball in Düsseldorf
65 zu fördern, eingelöst wird. Die Vereine öffnen sich erst vorsichtig, weil bisher
66 die Förderung und ausreichend Trainer*innen fehlten und es Konkurrenz um Plätze
67 gibt. Dies wird nicht der letzte Kampf um eine gendergerechte Verteilung von
68 Ressourcen sein, aber es ist ein wichtiger und wir sind stolz auf das, was wir
69 erreicht haben.

70 Die Debatte um die Vor- und Nachteile von Kunstrasen hat in der Düsseldorfer
71 Fußballwelt hohe Wellen geschlagen. Wir haben durchgesetzt, dass Kunstrasen nur
72 noch mit Sand oder Kork statt mit Plastikgranulat gefüllt und abgenutzter
73 Kunstrasen umweltgerecht entsorgt wird. So leistet Düsseldorf auch in dem
74 Bereich immer mehr einen Beitrag zu Schutz von Umwelt und Natur und der
75 Gesundheit der Kinder.

76 Wir fordern außerdem:

- 77 • Mehr feste und mobile Trinkwasserspender: Gut bei Bewegung, gut bei Hitze,
78 gut für die Reduzierung von Plastikmüll – im sportlichen Düsseldorfer
79 Alltag und bei sportlichen Großereignissen
- 80 • Mehr Bewegungskitas: Um die Bewegung bereits im jungen Alter in den Alltag
81 einzubauen
- 82 • Starkes Ehrenamt, starker Sport: Trainer*innenmangel angehen!
- 83 • Sportaction-Bus Angebot verstetigen: Niedrigschwellige
84 Bewegungsmöglichkeiten stärken!

85 Bäderpolitik

86 Sicherheit und ein freundlicher Umgang miteinander sind im Schwimmbad besonders
87 wichtig. Bäder sind Orte, an denen sich alle wohlfühlen sollen: Jugendliche
88 genauso wie Senior*innen oder Familien mit kleinen Kindern. Wir unterstützen die
89 Bädergesellschaft in ihrem Vorhaben durch Prävention und Deeskalation für
90 Sicherheit zu sorgen.

91 Wir wollen, dass alle Kinder in Düsseldorf schwimmen lernen. Die Kapazitäten in
92 den Bädern sind stark ausgelastet. Die neuen und sanierten Bäder werden hier
93 Abhilfe schaffen. Darüber hinaus braucht es innovative Konzepte, damit
94 Schulkinder möglichst effektiv schwimmen lernen. Auch Schwimmkurse für
95 Erwachsene wollen wir verstärkt ermöglichen.

96 Sportevents können die Begeisterung für Sport fördern, Düsseldorf über die
97 Stadtgrenzen hinaus sichtbar machen und wichtige Impulse für bessere
98 Infrastruktur setzen. Leider haben sich bei der Tour de France aber die
99 Befürchtungen, die mit Großveranstaltungen einhergehen, bestätigt: die Tour
100 wurde teurer und die versprochenen Impulse für den lokalen Radsport und den
101 Radverkehr im Alltag wurden nicht geschaffen. Der Pétit Départ ist gut, aber
102 kein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Radsport und Radverkehr in Düsseldorf.

103 So wie alle anderen größeren Vorhaben sollten sich auch Sportevents in Zukunft
104 durch eine frühzeitige Beteiligung und transparente Verfahren auszeichnen. Die
105 nächste Debatte, die es auch in Düsseldorf zu führen gilt, ist die um eine
106 gemeinsame Bewerbung für Olympische Spiele in der Ruhrregion 2032 („Rhein Ruhr
107 City 2032“). Düsseldorf könnte sich mit Spielstätten beteiligen und würde als
108 Hotelstandort auch viele Besucher*innen aufnehmen können. Es sollen die
109 nachhaltigsten Spiele der Olympiageschichte der Moderne werden. Doch jedes
110 Großevent ist auch mit vielen Veränderungen und Kosten verbunden. Ein spezieller
111 Diskussionspunkt wird dabei auch der Standort des Olympischen Dorfes sein. Für
112 uns GRÜNE gilt, dass auch ein solches herausragendes Projekt zur Stadt- und
113 Quartiersentwicklung passen muss (Hier Hinweis auf Kapitel Stadtentwicklung).
114 Bei der Planung müssen die Bürger*innen frühzeitig und umfassend beteiligt
115 werden. Das Ergebnis muss auch nach den Olympischen Spielen einen Mehrwert für
116 das Quartier und für Düsseldorf haben.

117 Nur, wenn die Bürger*innen in der Region und in jeder beteiligten Stadt dahinter
118 stehen, kann ein solches Event das leisten, was es verspricht. Eine
119 Bürgerbefragung auf Basis belastbarer Planungen und Kostenschätzungen ist daher
120 Pflicht.

121 Die D.LIVE veranstaltet in Düsseldorf publikumsintensive und
122 stadtmakingrelevante Sportgroßevents. Wir wollen, dass sie sich noch mehr als
123 bisher den Zielen der Nachhaltigkeit verpflichtet und dem vom Deutschen
124 Olympischen Sportbund entwickelten Konzept „Green Champions“ folgt. Die Events
125 müssen zu Düsseldorf passen und positive Impulse für das Düsseldorfer Sportleben
126 mitbringen.

127 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 128 • 3 Gesundheit und Wohlergehen

Beschluss Kultur

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.12. Kultur

Text

1 Düsseldorf ist eine historisch gewachsene, lebendige und vielfältige Kunst- und
2 Kulturstadt. Mit unseren Bühnen und Museen, der selbstverwalteten Freien Szene,
3 diversen Festivals und zahlreichen Initiativen und Projekten von Künstler*innen
4 und Bürger*innen verfügt unsere Stadt über einen großen Reichtum an kulturellen
5 Erfahrungs- und Erlebnismöglichkeiten für alle Bürger*innen und Besucher*innen.
6 In den bestehenden Werken der Kunst und Kultur bildet sich die Geschichte
7 unserer Stadt und ihrer Bewohner*innen ab, zeitgenössische und neue Kunstwerke
8 und Kunstproduktionen befähigen uns, unsere Zeit und unsere Gesellschaft aus
9 unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten, zu befragen und uns zu
10 orientieren. Dabei sind die „großen“ Institutionen wie Schauspielhaus und Oper
11 genauso wichtig, wie zum Beispiel die vielen „kleinen“ Initiativen aus der
12 Freien Szene.

13 Dabei geht es auch um die gesamte Stadt: Stadtraum ist Kulturraum.

14 GRÜN wirkt

15 Wir haben der Kultur-Debatte, den Künstler*innen und allen Interessierten in der
16 letzten Wahlperiode mehr Raum und mehr Unterstützung ermöglicht:

- 17 • Mit dem Kulturentwicklungsplan, bei dem sich viele Kulturschaffende
18 eingebracht haben, konnten wir uns eine Übersicht über die drängenden
19 Aufgaben für die Zukunft von Kunst- und Kultur in Düsseldorf verschaffen.
- 20 • In einem ersten Schritt ist daraus der neue „Rat der Künste“ als
21 demokratisch gewählte starke Stimme für Kunst und Kultur entstanden. In
22 einem weiteren Schritt werden gerade die Förderrichtlinien für den Bereich
23 der Kultur hinsichtlich ihrer Transparenz und ihrer Nachhaltigkeit
24 überarbeitet.
- 25 • Mit höherer Förderung für die Freie Szene und Zakk, FFT und tanzhaus nrw
26 und mit einer neuen Stelle für die Off-Szene im Kulturamt.
- 27 • Mit der ersten „Hall of Fame“, einer legalen Fläche für Graffiti, an der
28 Vennhauser Allee.
- 29 • Mit der Kunstkommission für faire Wettbewerbe bei Kunst am Bau und im
30 öffentlichen Raum.
- 31 • Mit großen Investitionen in die Sanierung der Kulturgebäude:
32 Schauspielhaus, Kunstpalast, Aquazoo, neue Zentralbibliothek und neues FFT
33 am Konrad-Adenauer-Platz und viele mehr. Darüber hinaus haben wir dafür
34 gesorgt, dass es erstmals eine Übersicht über den Sanierungsbedarf aller
35 Kulturbauten gibt.

36 GRÜNE Vision

37 Kulturbauten: Der Sanierungsbedarf ist weiterhin extrem hoch. Wir GRÜNE setzen
38 uns für die Sanierung der großen Bühnen und Museen ein, kämpfen aber genauso für
39 die dringenden Maßnahmen für die Freie Szene und die kleineren Häuser. Wir
40 wollen das tanzhaus nrw zügig sanieren und die überfällige Erweiterung schaffen.
41 Für das Zakk wollen wir über die Möglichkeiten von Sanierung oder Neubau
42 entscheiden.

43 Ob Sanierung oder Neubau der Oper: wir GRÜNE wollen unabhängig davon, dass die
44 Oper sich noch stärker für die Stadtgesellschaft öffnet. Zum Beispiel als Ort
45 der Begegnung zu den spielfreien Tageszeiten für alle Altersklassen und alle
46 Schichten der Stadtgesellschaft oder als Labor für ungewöhnliche
47 interdisziplinäre Kulturprojekte.

48 Kultur braucht Raum: Düsseldorfs Stärke war immer eine Stadt der Kunst- und
49 Kulturschaffenden zu sein. Wir wollen, dass das so auch in Zukunft so bleibt. In
50 der wachsenden Stadt stehen viele Produktions-, Aufführungs- und andere
51 Kulturorte unter Druck und verschwinden zum Teil. Wir GRÜNE wollen die
52 bestehenden Räume für die Freie Szene und Off-Szene, für Musiker*innen und
53 Künstler*innen sichern. In der Stadtentwicklung setzen wir uns dafür ein, dass
54 beim Um- und Neubau von Quartieren neue Kulturräume, insbesondere
55 Künstler*innen-Ateliers und Ausstellungsräume geschaffen werden.

56 Mit dem von den Düsseldorfer Künstler*innen konzipierten und gewünschten
57 Werkkunsthaus werden wir die Produktionsbedingungen für Künstler*innen deutlich
58 verbessern. Dort werden Künstler*innen aus Düsseldorf und ganz Nordrhein-
59 Westfalen die Werkstätten temporär für ihre Arbeit nutzen können.

60 Die Kammerspiele in der Jahnstraße wollen wir nach dem Umzug des FFT als
61 Kulturraum sichern, beispielsweise für Proben und Aufführungen sowie als Heimat
62 der Off-Szene. Den Konrad-Adenauer-Platz 1 (KAP1) direkt am Hauptbahnhof wollen
63 wir mit der neuen Zentralbibliothek, dem FFT und dem Theatrumuseum zu einem
64 lebendigen und vielfältigen Kulturort machen, insbesondere durch Kooperationen
65 mit anderen Bühnen, Museen, Instituten und Akteur*innen der Freien Szene.

66 Darüber hinaus wollen wir Künstler*innen an der Stadtplanung und
67 Quartiersentwicklung stärker beteiligen, um eine qualitativ bessere Kultur beim
68 Bauen und Planen zu erzielen. Zur Unterstützung der freischaffenden
69 Künstler*innen möchten wir Konzepte entwickeln, wie deren Arbeit und deren
70 öffentliche Ausstellungen honoriert werden können.

71 Kulturelle Bildung: Ob für jung oder alt, Kunst und Kultur sind ein wichtiger
72 Baustein für die Bildung der gesamten Persönlichkeit. Sich selbst kulturell zu
73 bilden bietet die Möglichkeit zur aktiven Teilhabe am kulturellen und
74 politischen Leben in der Stadt und schafft einen Reichtum an Beziehungen zur
75 Welt. Wir GRÜNE wollen, dass kulturelle Bildung integraler Bestandteil in
76 Schulen, Museen und Kulturinstituten in Düsseldorf wird. Unabhängig von der
77 sozialen Herkunft sollen alle Bürger*innen Zugang zu Kultur und kultureller
78 Bildung haben. Dazu werden wir in einem partizipativen Verfahren ein tragfähiges
79 gesamtstädtisches Konzept erarbeiten und umsetzen.

80 Wir wollen die Angebote der musikalischen (Früh-) Erziehung weiter ausbauen. Die
81 Clara-Schumann-Musikschule braucht neben zusätzlichen Lehrer*innen Unterstützung
82 beim Ausbau von Kooperationen mit Kitas und Schulen.

83 Mit einem neuen Beirat für die kulturelle Bildung, der mit Fachleuten besetzt
84 wird, wollen wir neue Wege gehen und für die Umsetzung des gesamtstädtischen
85 Konzepts sorgen.

86 Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden im Bereich
87 der kulturellen Bildung ein, nach vielen Jahren des Stillstands in der
88 Honorierung und Sozialversicherungspflicht.

89 Städtische Museen: von Heine bis Goethe, von Keramik bis Schifffahrt, von
90 Kunsthalle bis Kunst im Tunnel – die Stadt hat selbst unglaublich vielfältige
91 und spannende Institute. Wir GRÜNE wollen sie stärken, öffnen und bekannter
92 machen. Dazu sind Kooperationen untereinander oder mit den größeren Häusern von
93 Stadt und Land ebenso nötig wie eine Überprüfung der Öffnungszeiten und
94 Eintrittspreise.

95 Wir möchten Angebote der städtischen Institute, die dem Beispiel des
96 Schauspielhauses folgen ("Schaupiel to go") und kleinere Projekte
97 (Ausstellungen, Konzerte, Vorträge etc.) in die Stadtbezirke bringen,
98 unterstützen, da diese aufsuchende und niedrigschwellige Kulturarbeit vor Ort
99 eine zusätzliche Klientel in die Häuser bringen kann.

100 Kultur ist divers und vielfältig: Dies muss sich auch in den Kulturangeboten und
101 geförderten Kulturprojekten in Düsseldorf deutlicher abbilden. Wir GRÜNE
102 streiten für Geschlechtergerechtigkeit in der Kultur. An vielen Stellen im
103 Kulturbereich dominieren nach wie vor Männer: Deshalb werden wir da, wo wir
104 Einfluss nehmen können, darauf achten, dass Frauen stärker als bisher zum Zuge
105 kommen: Sei es bei der Besetzung von Jurys, von Aufsichtsräten oder auch
106 leitenden Funktionen in städtischen Kultureinrichtungen.

107

108 Auch Menschen mit Migrationshintergrund sind sowohl bei den Akteur*innen im
109 Kulturbetrieb, als auch bei den Besucher*innen in Kultureinrichtungen
110 unterrepräsentiert. Das heterogene kulturelle Erbe der Bürger*innen und ihre
111 ebenso heterogenen kulturellen Anliegen und Themen sollen Zugang zu allen
112 Strukturen und Programmen der städtischen Kultur finden.

113 Musikstadt: Die legendäre popmusikalische Avantgarde Düsseldorfs hat weltweit
114 wichtige Impulse gegeben und wirkt bis heute fort. Wir haben in Düsseldorf
115 weiterhin eine lebendige Musikszene in nahezu allen Genres. Wir wollen den
116 „Sound Of Düsseldorf“ stärker fördern, Räume und Auftrittsorte sichern und
117 schaffen.

118 Gemeinsam mit der Musikbranche und den Musiker*innen wollen wir ein Konzept für
119 ein Popbüro/Musikzentrum entwickeln. Es soll alle Bedarfe einer bedeutenden
120 Musikstadt berücksichtigen: Sicherung und/oder Neuschaffung von Proberäumen,
121 Förderprojekten, Schall- und Lärmschutz Fonds, SoundLabs, Konzertstätten, Clubs,
122 Studios. Popkulturell bedeutende Orte für Düsseldorf wollen wir erhalten und für
123 die Öffentlichkeit erlebbar machen. Die städtische Clara-Schumann Musikschule
124 erfüllt hierbei die öffentliche Aufgabe der Musikalischen Frühbildung und
125 Talentförderung und soll ebenso wie die Robert Schumann-Hochschule eingebunden
126 werden.

127 Die Belange der Musikförderung müssen auch in der Stadtplanung berücksichtigt
128 werden. Handlungsempfehlungen aus einer von uns angeregten und bereits
129 beauftragten Studie zur Nachtökonomie (siehe Kapitel Wirtschaft) sollen hierbei
130 ebenfalls einfließen.

131 Fotostadt: Mit dem Ankauf der „Sammlung Kicken“ für den Kunstpalast und der
132 Unterstützung des aus der Szene heraus entstandenen Fotofestivals "Photo+" haben
133 wir Düsseldorf als Standort für Fotografie gestärkt. Mit der Ansiedlung eines
134 bundesweiten Fotoinstituts wollen wir Düsseldorf zu einem Zentrum für die
135 Bewahrung des kulturellen Erbes der Fotografie, aber auch der Forschung und
136 Innovation für die Zukunft der Fotografie machen.

137 Gedenkkultur: Gegen das Erstarken von rechtsradikalen und menschenfeindlichen
138 Kräften stärken wir die Kultur insgesamt und die Gedenkkultur im Besonderen.
139 Dazu gehören ein weiterer Ausbau der Angebote der Mahn- und Gedenkstätte, eine
140 genauere Betrachtung der Täterorte des Nationalsozialismus, eine ernsthafte
141 Diskussion über Straßenbenennungen und die städtische Unterstützung der
142 Kolonialismus-Forschung. Dazu gehören aber auch umfassende Provenienz-Forschung,
143 der sensible und transparente Umgang mit Raubkunst und die zügige
144 Digitalisierung der Kunstwerke und Artefakte, deren Eigentümerin die Stadt ist.

145
146 Volkshochschule: Die VHS ist eine der größten Weiterbildungsinstitutionen der
147 Stadt und bietet mit ihrem Angebot der Stadtbevölkerung eine Grundlage für
148 lebenslanges Lernen. Die anstehenden Veränderungen am Hauptsitz Berta-von-
149 Suttner-Platz möchten wir Grünen nutzen, um die VHS durch den Bau von modernen
150 und einladenden Räumlichkeiten zu stärken, damit die VHS ihrem Bildungsauftrag
151 auch in der Zukunft gerecht werden kann. Für die Zeit der Bauphase muss dafür
152 gesorgt werden, dass der Unterricht ohne Abstriche an Qualität und Komfort
153 durchgeführt werden kann.

154 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 155 • 4 Hochwertige Bildung
- 156 • 5 Geschlechtergerechtigkeit
- 157 • 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion
- 158 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Integration und Teilhabe

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.13. Integration und Teilhabe

Text

- 1 Unsere Stadt ist weltoffen, vielfältig und international. Düsseldorf profitiert
2 kulturell, wirtschaftlich und gesellschaftlich von seiner Internationalität und
3 Multikulturalität.
- 4 Migration ist ein dauerhafter Prozess, der unsere Gesellschaft stetig verändert.
5 42 % aller Düsseldorfer*innen haben einen sogenannten Migrationshintergrund, 180
6 Nationalitäten sind hier beheimatet. Deshalb ist unser Ansatz postmigrantisch:
7 Grüne Politik berücksichtigt, dass Düsseldorf schon lange eine
8 Einwanderungsstadt ist.
- 9 People of Colour, Migrant*innen und Menschen aus zugewanderten oder geflohenen
10 Familien sind in ihrem Alltag, bei der Wohnungssuche, in der Schule, bei der
11 Arbeit und bei der sozialen Teilhabe häufiger Diskriminierung ausgesetzt. Für
12 sie ist es oft schwer, Arbeit zu finden, die auch ihrer Qualifikation
13 entspricht. Außerdem verzeichnen wir eine massive Repräsentationslücke von
14 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Politik, Medien, Institutionen und
15 Verwaltung. Wir GRÜNE wollen konkrete Maßnahmen ergreifen, um eine
16 diskriminierungsfreie Gesellschaft zu gestalten, in der Herkunftsgeschichte oder
17 Herkunftsfamilie nicht mehr über Zukunft und Chancen entscheiden.
- 18 Wichtig ist nicht, woher ein Mensch kommt, sondern wohin er will.
- 19 Wir GRÜNE setzen uns für ein friedliches, gleichberechtigtes und inklusives
20 Zusammenleben in Vielfalt und gegenseitiger Wertschätzung ein. Ziel unserer
21 grünen Politik ist gleiche Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrations- oder
22 Fluchtgeschichte an Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft in unserer
23 Stadt. Alle Düsseldorfer*innen sollen ihre Individualität und ihre Fähigkeiten
24 frei und selbstbestimmt entfalten können.
- 25 Alle Menschen, die in Düsseldorf leben, sind Düsseldorfer*innen.
- 26 In Düsseldorf überwiegt eine Willkommenskultur für zugewanderte und geflüchtete
27 Menschen, die wir wachsam und entschlossen gegen rechtsradikale und
28 menschenfeindliche Tendenzen verteidigen – auf den Straßen und in der Politik.
29 Wir setzen uns weiterhin für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein, durch die
30 sich alle geflüchteten Menschen in Düsseldorf sicher und wohl fühlen können.
- 31 GRÜN wirkt
- 32 In den letzten sechs Jahren hat Düsseldorf einen großen integrationspolitischen
33 Wandel erlebt. Zusammen mit Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in
34 Flüchtlingsinitiativen und Migrant*innenorganisationen haben wir einen
35 Politikwechsel eingeleitet, der sich an den Bedürfnissen von Menschen mit
36 Migrations- oder Fluchthintergrund ausrichtet und Integration als städtische
37 Querschnittsaufgabe definiert. Wir haben unmittelbar nach der Kommunalwahl 2014
38 den Runden Tisch für Asyl- und Fluchtfragen initiiert - den Rahmen für Haupt-
39 und Ehrenamtliche aus Politik, Verwaltung, Flüchtlingsinitiativen, Kirchen und

40 Wohlfahrtsverbänden, um sich auszutauschen, Aufgaben zu verteilen und gemeinsam
41 Lösungen für akute Probleme zu erarbeiten. 2015 wurde eine Grüne die erste
42 Flüchtlingsbeauftragte der Stadt und hat ein neues Konzept entwickelt, durch das
43 langfristige und menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden
44 konnten.

45 Am 1. Januar 2018 startete das neu geschaffene Amt für Migration und Integration
46 unter der Leitung der bisherigen Flüchtlingsbeauftragten. Hier wurden die
47 verschiedenen Verwaltungszuständigkeiten für Flucht, Migration und Integration
48 fusioniert und bieten nun eine gemeinsame Anlaufstelle, die sich um die Belange
49 von Ausländer*innen, Migrant*innen und geflüchteten Menschen kümmert. Mit dem
50 Umzug des Amtes für Migration und Integration in die Erkrather Straße eröffnet
51 sich die Chance, den Eingangsbereich von einem ServicePoint mit Terminvergabe zu
52 einem einladenden WelcomeCenter mit vielfältigen Angeboten - von ausgelegten
53 Flyern bis hin zu offenen Sprechstunden anderer Ämter, Institutionen, Verbände
54 und Organisationen - weiterzuentwickeln.

55 Die WelcomePoints in jedem der zehn Düsseldorfer Stadtbezirke bilden eine Brücke
56 zwischen geflüchteten Menschen und der Nachbarschaft im Quartier. Sie
57 koordinieren die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe, bieten geflüchteten Menschen
58 Beratung und Unterstützung und beantworten die Fragen der Anwohner*innen. Die
59 städtische finanzielle Förderung der WelcomePoints haben wir erfolgreich
60 eingeführt und somit ein wichtiges Instrument zur Förderung der Begegnung
61 zwischen den „neuen“ und „alten“ Düsseldorfer*innen im Quartier geschaffen.

62 Menschen, die vor Krieg, Terror und Menschenrechtsverletzungen fliehen, tragen
63 oft schwere Traumatisierungen davon und können auch noch Jahre nach der Flucht
64 psychische Störungen entwickeln. Zur frühzeitigen Erkennung haben wir die
65 dauerhafte finanzielle Förderung der Stabilisierungshelfer*innen durchgesetzt,
66 die in Unterkünften Screenings durchführen und psychisch belastete Menschen an
67 die therapeutische Hilfe vermitteln, die sie dringend benötigen. Das
68 Psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf e.V. ist eine Beratungs- und
69 Therapieeinrichtung für traumatisierte Geflüchtete, die interkulturell und
70 mehrsprachig arbeitet und psychologische, medizinische und sozialarbeiterische
71 Hilfe vereint. Hier haben wir die finanzielle Förderung durch die Stadt
72 sichergestellt. Zur besseren gesundheitlichen Versorgung haben wir die
73 Krankenkassen-Karte für Geflüchtete eingeführt.

74 Sogenannte Nachtabschiebungen, bei der Einzelpersonen oder Familien nachts ohne
75 Ankündigung zur sofortigen Abreise abgeholt werden, sind insbesondere für Kinder
76 traumatisierend. Gegen diese menschenunwürdige Abschiebep Praxis haben wir uns
77 erfolgreich eingesetzt. Sie wird in Düsseldorf nicht mehr praktiziert. Auch
78 Abschiebungen nach Afghanistan werden in Düsseldorf auf unsere grüne Initiative
79 hin mit allen rechtlichen Möglichkeiten vermieden.

80 Das von den Migrant*innenorganisationen seit vielen Jahren geforderte „Haus der
81 Kulturen“ wird nun endlich konkret auf der Münsterstraße geplant. Die
82 Migrant*innenorganisationen, die als Trägerverein das Haus betreiben werden, können
83 dort individuelle Beratungen, Seminare und Veranstaltungen anbieten und ein
84 vielfältiges kulturelles Angebot auch in Kooperation mit der Düsseldorfer Kunst-
85 und Kulturszene realisieren. Das Haus der Kulturen ist nicht nur in den
86 Stadtteil hinein geöffnet, sondern wird darüber hinaus Wirkung erzielen.

87 GRÜNE Vision

88 Mitgestalten durch politische Partizipation

- 89 • Für die kommunale Demokratie ist die politische Beteiligung von Menschen
90 mit Migrationshintergrund unverzichtbar. Grüne Politik heißt hier nicht
91 nur Verstärkung des Dialogs mit den Migrantenorganisationen sondern auch
92 Öffnung zur aktiven politischen Mitgestaltung im Integrationsrat, Stadtrat
93 oder Fachausschüssen unserer Stadt.
- 94 • Alle Düsseldorfer*innen sollen gleichberechtigt an der Politik der Stadt
95 teilhaben können. Deshalb muss sich die Stadt dafür einsetzen, dass alle
96 Einwohner*innen mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit als sachkundige
97 Bürger*innen mit Stimmrecht in Ausschüssen tätig sein können. Außerdem
98 soll sich Düsseldorf mit verbündeten Städten für das kommunale Wahlrecht
99 für Nicht-EU-Ausländer einsetzen.
- 100 • Der Integrationsrat vertritt die Interessen von Menschen mit
101 Migrationshintergrund in Düsseldorf. Wir wollen, dass er seine vom
102 Landesgesetzgeber zugestandenen Kompetenzen voll ausschöpft.

103 Sprachhürden überwinden und Mehrsprachigkeit fördern

- 104 • Für uns steht eine aktive und schnelle Integration zugewanderter Menschen
105 an erster Stelle. Dafür ist der Zugang zu qualifizierten Sprachkursen
106 oberste Priorität. Wir wollen weiterhin Angebote fördern, bei denen
107 Menschen auch ohne rechtlichen Anspruch kostenlose Sprachkurse erhalten.
- 108 • Vereine und Dienste, die verschiedenen Einrichtungen kultursensible
109 Beratungen und Sprachmittlungen anbieten, müssen Standardangebot werden.
110 Von diesen Diensten sollen auch kleine Initiativen, Vereine und
111 Einzelpersonen profitieren.
- 112 • Für junge Menschen kann das Erlernen einer zweiten Muttersprache eine
113 wertvolle Ressource sein, von der sie ein Leben lang profitieren. Doch
114 Bilingualität entsteht nicht von alleine. Wir wollen, dass
115 Mehrsprachigkeit in Schulen, Kitas und Verwaltung geschätzt und gefördert
116 wird. Zur Förderung der Bilingualität sollen in Düsseldorfer Kitas und
117 Schulen mehrsprachige Angebote mit Fokus auf Kinder mit
118 Migrationshintergrund gezielt ausgebaut und die Eltern für dieses große
119 Potenzial sensibilisiert werden.
- 120 • Die gesetzlichen Rahmenbedingungen ermöglichen schon jetzt die Einführung
121 der zweiten Muttersprache als zweite Fremdsprache in der Schule. Die Stadt
122 soll für die Schulen Anreize schaffen, solche Kurse anzubieten.
123 Schüler*innen und Eltern sollen über diese Angebote aktiv informiert
124 werden.

125 Teilhabe ermöglichen

- 126 • Einige Migrant*innen leben in Düsseldorf isoliert und haben
127 Schwierigkeiten, die deutsche Sprache zu erlernen. Das kann beispielsweise
128 Frauen betreffen, die auf Grund ihrer zu betreuenden Kinder keine
129 Sprachkurse wahrnehmen können. Hier ist der Ausbau von Diensten nötig, die
130 solche Menschen gezielt aufsuchen, sie über vorhandene Sprach- und

- 131 Integrationsangebote informieren und sie unterstützen, an den
132 entsprechenden Angeboten teilzunehmen.
- 133 • Bürgerschaftliches Engagement, Vereinsleben und Sport sind Orte des
134 Miteinanders, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken. Da
135 Menschen mit Migrationshintergrund hier oft unterrepräsentiert sind,
136 sollte die Stadt die Vereine dabei unterstützen, sich interkulturell zu
137 öffnen und gezielt auf Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte
138 zuzugehen, insbesondere durch die Teilnahme an bestehenden Landes- und
139 Bundesprogrammen zur Einbindung dieser Zielgruppe.
 - 140 • Migrantenorganisationen bleiben oft in niedrigschwellige Projektarbeit
141 eingegrenzt und stoßen nicht selten auf Zugangsbarrieren zur kommunal
142 finanzierten Förderstruktur der freien Wohlfahrtspflege (Regelförderung).
143 Wir wollen das sozialpolitische Engagement migrantischer Organisationen
144 würdigen und diese Zugangsbarrieren abbauen; insbesondere dort, wo
145 Migrantenorganisationen einen Transformationsprozess zum professionellen
146 Träger sozialer Arbeit angestossen haben.
 - 147 • Wir wollen die vielfältige Arbeit der muslimischen Community, die
148 insbesondere auch für Geflüchtete unschätzbare Hilfe geboten hat,
149 verstärkt unterstützen - auch finanziell. Dazu wollen wir mit dem
150 Kommunalen Integrationszentrum und dem Kreis der Düsseldorfer Muslime
151 (KDDM - der Arbeitsgemeinschaft zahlreicher muslimischer Institutionen und
152 Moscheen) ein Konzept zur Förderung entwickeln, an der alle Vereinigungen,
153 muslimische Institutionen, Moscheevereine und Einzelpersonen teilhaben
154 können.
 - 155 • Immer mehr Menschen der sogenannten Gastarbeiter*innen-Generationen kommen
156 nun in das Alter, in dem Gesundheit und Pflege eine wichtige Rolle
157 spielen. Die Stadt soll bei den entsprechenden Institutionen kultur- und
158 religionssensible Angebote fördern, um den Bedürfnissen dieser Menschen
159 gerecht zu werden.
 - 160 • Lücken im Informationsstand über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem
161 sind immer noch ein entscheidender Faktor für verpasste Chancen. Diese
162 Lücken können durch niedrigschwellige Angebote geschlossen werden. Die
163 Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund an den Düsseldorfer Kitas
164 und Schulen muss gefördert werden, von der Sprechstunde bis zur
165 Elternpflegschaft.
 - 166 • Junge Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchtgeschichte sind in
167 Ausbildungsbetrieben unterrepräsentiert. Durch eine Ausbildungsoffensive
168 soll die Stadt Düsseldorf Vorreiterin bei der Gewinnung von Jugendlichen
169 mit Migrationshintergrund oder Fluchtgeschichte werden und auf die
170 Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer und andere
171 Berufsverbände mit Netzwerksangeboten zugehen.
 - 172 • Die städtische Wirtschaftsförderung sollte die größere
173 Gründungsbereitschaft von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte
174 als Chance begreifen und spezifische Beratungsangebote, die bei der
175 Bewältigung der bürokratischen Hürden unterstützen, entwickeln.

176 Integration gemeinsam durch Stadt und Ehrenamt

177 • Das 2017 aktualisierte gesamtstädtische Integrationskonzept, das einen
 178 gemeinsamen Orientierungsrahmen für Integrationsarbeit schafft und
 179 Handlungsanweisungen formuliert, wollen wir weiterhin gemeinsam mit Haupt-
 180 und Ehrenamtlichen Schritt für Schritt umsetzen und weiterentwickeln.

181 • Auf Wunsch vieler Ehrenamtlicher in Flüchtlings- und Migrationsverbänden
 182 wollen wir ein "Forum für Integration" unter breiter Beteiligung der
 183 Ehrenamtlichen in Flüchtlingsorganisationen, Verbänden, Welcome Points,
 184 Migrantenorganisationen und Hauptamtlichen in der Verwaltung etablieren
 185 und weiterentwickeln.

186 • Wir wollen, dass sich die städtische Verwaltung interkulturell öffnet und
 187 Menschen mit Migrationshintergrund besser repräsentiert. Potenzielle
 188 Mitarbeiter*innen und Auszubildende sollen durch anonyme
 189 Bewerbungsverfahren, die direkte Ansprache von Menschen mit
 190 Migrationshintergrund und eine Diversität in der Außendarstellung der
 191 Verwaltung gezielt geworben werden. Evaluierungs- und
 192 Personalentwicklungsmaßnahmen sowie ein selbstverpflichtendes Leitbild
 193 sollen den Prozess begleiten.

194 • Die kommunale Ausländerbehörde im Amt für Migration und Integration muss
 195 gestärkt werden, damit ein besserer Bürger*innenservice und längere
 196 Öffnungszeiten möglich werden. Dies kann unter anderem durch eine
 197 schnellstmögliche Digitalisierung der Arbeitsabläufe und durch externe
 198 Quereinsteiger*innen für die vielen vakanten Stellen gelingen.

199 Asylpolitik, bei der der Mensch zählt

200 • Die Stadt muss sich weiterhin dafür einsetzen, dass geduldete Geflüchtete,
 201 die die deutsche Sprache gelernt haben und hier Arbeit gefunden haben oder
 202 sich in Ausbildung befinden, eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten.

203 • Die Stabilisierungshelfer*innen sind unverzichtbar für die psychische
 204 Gesundheit geflüchteter Menschen und werden dauerhaft in allen
 205 Unterkünften benötigt.

206 • Die Stadt Düsseldorf hat sich 2018 mit weiteren Städten zur Aufnahme aus
 207 Seenot geretteter Geflüchteter - über die gesetzliche Quote hinaus -
 208 bereit erklärt. Wir wollen, dass Düsseldorf nicht nur symbolisch ein
 209 „sicherer Hafen“ bleibt. Die Stadt soll weiterhin Druck auf Bund und Land
 210 ausüben, gesetzliche Lösungen für eine kommunale Aufnahme zu schaffen und
 211 Worten Taten folgen zu lassen. Des Weiteren unterstützen wir GRÜNE alle
 212 Initiativen von Städten, die sich in ganz Europa für eine humanitäre
 213 kommunale Flüchtlingspolitik stark machen und nicht auf einen europaweiten
 214 Konsens warten wollen.

215 • Nur 1 % der Geflüchteten bekommen die Chance, im Rahmen eines
 216 Resettlement-Programms in ein sicheres Land umzusiedeln. Diese Programme
 217 müssen auf Landes- und Bundesebene dringend ausgebaut und um landeseigene

218 Aufnahmeprogramme ergänzt werden, so lange eine direkte Beteiligung der
219 Kommunen an solchen Aufnahmeprogrammen noch nicht vorgesehen ist.

220 • Da trotz aller Bemühungen nicht alle anerkannten Geflüchteten sofort in
221 Wohnraum vermittelt werden können, wollen wir perspektivisch von
222 Modulbauten zu Unterkünften in festen Häusern weiter entwickeln.

223 • Die Beratung in den Unterkünften wollen wir qualitativ mit einem
224 verbesserten Beratungsschlüssel weiter entwickeln, um die
225 Integrationsleistung (z.B die Wohnungsvermittlung) zu optimieren.

226 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

227 • 1 Keine Armut

228 • 4 Hochwertige Bildung

229 • 5 Geschlechtergerechtigkeit

230 • 10 Weniger Ungleichheiten

231 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Gleichstellung und Vielfalt

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.14. Gleichstellung und Vielfalt

Text

1 Selbstbestimmt und frei leben – Düsseldorf divers und geschlechtergerecht

2 Anspruch grüner Politik ist es, geschlechtergerecht, kultursensibel,
3 diskriminierungsfrei und inklusiv zu sein. Wir stellen uns konsequent gegen den
4 rechtspopulistischen Rollback, der sich mit seiner antifeministischen,
5 menschenfeindlichen Politik auf der ganzen Welt ausbreitet. Nie waren die
6 Errungenschaften von Emanzipation und Dekolonialisierung so sichtbar, allerdings
7 waren sie auch nie so sehr in Gefahr.

8 In der Kommune zählt's - Religions- und Weltanschauungsfreiheit

9 In Düsseldorf ist die Zusammenarbeit zwischen der jüdischen Gemeinde, dem Kreis
10 der Düsseldorfer Muslime (KDDM) und den christlichen Gemeinden so gut wie kaum
11 anderswo. Es ist ein besonderer Verdienst der Aktiven, dass dies so gut gelingt.
12 Der interreligiöse Dialog ist wichtig, um den Zusammenhalt in der Stadt zu
13 stärken und Brücken zwischen Muslim*innen, Jüd*innen und Christ*innen zu bauen.

14 Religiöse Menschen – allen voran Jüd*innen und Muslim*innen – sind auch in
15 Düsseldorf von Beleidigungen, Angriffen und Diskriminierung betroffen. Wir
16 stellen uns dem als GRÜNE entschieden entgegen und setzen uns weiter im Stadtrat
17 dafür ein, dass Menschen in Düsseldorf ihren Glauben frei und in Sicherheit
18 ausüben können. (Verweis Gegen Rechts und Inklusion)

19 Ohne Barrieren durch Düsseldorf – Selbstbestimmung für eine inklusive
20 Gesellschaft

21 Seit 2009 ist die UN-Behindertenkonvention durch die Bundesregierung
22 ratifiziert. Sie formuliert umfangreiche Teilhabe und soziale Rechte für
23 Menschen mit Einschränkungen. Wir GRÜNE streiten für die „Verwirklichung aller
24 Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede
25 Diskriminierung aufgrund von Behinderung“ (UN-Behindertenrechtskonvention) und
26 setzen uns für die Umsetzung vor Ort in Düsseldorf ein. Barrierefreiheit und
27 Antidiskriminierung betreffen alle Lebensbereiche: Mobilität, Bildung und
28 Arbeit, politische Teilhabe, Wohnen und Freizeit.

29 Vielfalt der Herkunft

30 In Düsseldorf leben Menschen aus dutzenden Nationen, die unzählige
31 Muttersprachen und vielfältige kulturelle und religiöse Identitäten haben.
32 Sogenannte „Gastarbeiter*innen“ aus z.B. Italien, der Türkei, Griechenland,
33 Marokko und Spanien haben sich seit den 50er Jahren in ganz Deutschland und auch
34 in Düsseldorf ein neues Leben aufgebaut. Ihre Enkelkinder sind längst Deutsche,
35 keine Gäste mehr und Düsseldorf ist ihre Heimat. Trotzdem sind sie und andere
36 People of Colour, Frauen mit Kopftuch, Menschen mit ausländischen Familiennamen
37 oder fremdsprachigem Akzent häufig Diskriminierung ausgesetzt. Insbesondere bei
38 der Wohnungssuche, Bewerbungsgesprächen, Polizeikontrollen und sogar in der
39 Freizeit sind sie in besonderem Maße von Diskriminierung und Ausgrenzung

40 betroffen. Rassistische Beleidigungen gehören in der Altstadt zum Alltag und
 41 auch in Schule, Ausbildung, Universität oder im Job werden Menschen ausgegrenzt,
 42 benachteiligt oder sogar angegriffen. Diese Angriffe gelten einerseits den
 43 Betroffenen, die dann auf Schutz angewiesen sind - sie gelten aber auch unserer
 44 pluralistischen Gesellschaft als Ganzes. Dort, wo Benachteiligung strukturell
 45 ist, muss Politik handeln.

- 46 • Eine unabhängige Stelle für Anti-Diskriminierung mit dem Schwerpunkt
 47 Rassismus soll Hilfe bei Rechtsfragen und Beratung nach dem
 48 Gleichbehandlungsgesetz leisten, an die richtigen Stellen vermitteln,
 49 aktive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Lösungen bei systemischer
 50 Diskriminierung ersuchen und wissenschaftliche Untersuchungen zu
 51 diskriminierten Gruppen in Düsseldorf betreiben.
- 52 • Genauso müssen wir für Verleumdungsnetzwerke sensibilisieren und ihnen
 53 entgegenwirken. (Verweise auf Kapitel Integration und gegen Rechts)

54 Frauen und Gleichstellung

55 Auch im Jahr 2020 bestehen Benachteiligungen von Frauen fort: noch immer
 56 verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer, noch immer sind sie in
 57 vielen Berufen und Karriereebenen deutlich unterrepräsentiert. Noch immer sind
 58 es vor allem Frauen, die „Sorgearbeit“ beispielsweise in der Pflege und der
 59 Erziehung leisten und die als Alleinerziehende für ihre Kinder Verantwortung
 60 übernehmen. Frauen sind häufiger von Armut, von häuslicher Gewalt und
 61 Übergriffen in der Öffentlichkeit betroffen.

62 Feminismus muss nach wie vor sein. Vor allem jetzt, wo rechtspopulistische
 63 Kräfte die Errungenschaften der Emanzipation zurückdrehen wollen und versuchen,
 64 antifeministische Diskurse für ihre rassistischen Zwecke zu instrumentalisieren.

65 Heute haben wir in Düsseldorf ein lebendiges frauenpolitisches Leben - auch und
 66 insbesondere wegen der vielfältigen Arbeit des Gleichstellungsbüros. Im Stadtrat
 67 haben wir GRÜNE uns unter anderem für eine geschlechtergerechte und eine
 68 geschlechtersensible pädagogische Betreuung von Anfang an eingesetzt. Das gilt
 69 für die Kita ebenso wie für außerschulische Angebote im Nachmittagsbereich. Den
 70 Mädchentreff Leyla unterstützen wir genauso wie spezielle Arbeit an der
 71 Schnittstelle Mädchen und Inklusion. Neben der Förderung im Sport, z. B. beim
 72 Mädchenfußball, ist es uns gelungen, eine Mädchenzuflucht in Düsseldorf zu
 73 realisieren, welche Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 21 Jahren, die von
 74 Gewalt betroffen oder bedroht sind, Schutz bietet.

- 75 • Gleichheit fängt beim Geld an: das höchste Recht der kommunalen
 76 Selbstverwaltung ist das Haushaltsrecht. Doch wir wissen heute gar nicht,
 77 welche Mittel welchem Geschlecht zugute kommt. Deshalb braucht es ein
 78 kommunales Gender-Budgeting, damit Finanzen geschlechtergerecht geplant
 79 werden können.
- 80 • Düsseldorf braucht einen Gleichstellungsmonitor, der Daten und Zahlen zu
 81 Themen, die Frauen, Mädchen und LSBTTIQ* in Besonderem betreffen, erfasst

82 und Diskriminierung und Fortschritte in der Gleichstellung so regelmäßig
83 festhält.

84 • Frauen und LSBTTIQ* mit Migrationshintergrund haben häufig besondere
85 Bedarfe, wenn es um Schutz, Teilhabe oder Antidiskriminierung geht. Ihre
86 Perspektiven müssen verstärkt einbezogen werden!

87 • Der internationale Mädchentag soll im Kalender der Stadt mehr
88 Aufmerksamkeit erfahren und jährlich mit einem Fest von
89 Gleichstellungsbüro und Jugendamt gefeiert werden.

90 • Bestehende Städtepartnerschaften sind wie dafür gemacht, mehr aus der
91 Perspektive von Frauen- und Gleichstellungspolitik bespielt zu werden. Der
92 Feminismus kann noch internationaler werden!

93 • Das Gleichstellungsbüro sollte personell um eine Stelle für Konzeption
94 aufgestockt werden.

95 • Es sollen vom Gleichstellungsbüro Kriterien geschaffen werden, die in
96 Entscheidungen zur regionalen Wirtschaftsförderung zu berücksichtigen
97 sind. Unternehmen müssen selbstverständlich ihren gesellschaftlichen
98 Auftrag wahrnehmen und ein diskriminierungsfreies und inklusives
99 Arbeitsumfeld schaffen.

100 Häusliche Gewalt – Frauen nicht allein lassen, Schutz verbessern

101 Häusliche Gewalt betrifft nach wie vor allem Frauen und LSBTTIQ*. Dagegen
102 anzugehen bedarf des Engagements aller Ebenen. Gerade vor Ort kann Politik viel
103 tun, um Betroffenen zu helfen. Die Istanbul-Konvention muss auf die kommunale
104 Ebene runtergebrochen werden und nächste Schritte im Schutz vor Gewalt müssen im
105 Rahmen eines Aktionsplanes definiert werden.

106 • Es braucht eine Anlaufstelle für psychosoziale Hilfen,

107 • eine Clearing-Stelle, die das Notfallmanagement bei akuten Fällen
108 übernimmt und

109 • dauerhaft verfügbare Übersetzer*innen, die nicht-deutschsprachigen Frauen
110 im Krisenfall bei der Inanspruchnahme von kommunalen Hilfsangeboten
111 helfen.

112 • Die Kapazitäten für Frauenhäuser müssen weiter ausgebaut werden und die
113 Stadt muss helfen, anonymen Wohnraum für von Gewalt betroffene Frauen zu
114 finden. Es darf nicht sein, dass in Düsseldorf hilfeschuchende Frauen und
115 LSBTTIQ* aus Kapazitätsgründen zurückgewiesen werden.

116 • Das Bundesweite „Hilfe-Telefon Gewalt gegen Frauen“, das entsprechende
117 Chat-Angebot und die mehrsprachigen Angebote des Hilfe-Telefons müssen bei
118 Düsseldorfer Frauen noch bekannter gemacht werden.

119 Die Stadtverwaltung, die städtischen Töchter und Beteiligungen sollten bei der
120 Frage von Gleichstellung und Vielfalt mit gutem Beispiel voran gehen und bei
121 Stellenbesetzungen noch mehr als bisher auf eine paritätische und diverse
122 Besetzung in allen Ebenen achten. Um zu sehen, welche Entwicklungen es gibt,

123 wollen wir die Verwaltung verpflichten, jährlich einen Bericht zu
124 veröffentlichen, aus dem ersichtlich ist, wie die Verwaltung personell im Bezug
125 auf Diversität und Gleichstellung ausgestattet ist und eingestellt hat.
126 Städtische Tochtergesellschaften sollen in diese Aufstellung mit einbezogen
127 werden. Außerdem fordern wir eine Vereinbarkeitsoffensive, damit Menschen mit
128 Kindern und vor allem Frauen* in der Stadtverwaltung bessere Karrierechancen
129 haben. (Verweis. „Düsseldorf gut regiert“)

130 Queer Leben in Düsseldorf

131 Gerade in der Antidiskriminierungsarbeit für Lesben, Schwule, Bisexuelle,
132 trans*, inter* und Queer-Personen hat sich in Düsseldorf seit der letzten Wahl
133 viel getan. Seit 2018 hat die Stadt eine Diversity-Beauftragte, die eine klare
134 Ansprechperson für die Bürger*innen unserer Stadt ist. Bei zahlreichen
135 Veranstaltungen geht es um Sichtbarkeit und Sensibilisierung – mit Erfolg. Für
136 zusätzliche Antidiskriminierungsarbeit steht auch das von uns mitgeförderte
137 Projekt „SchLau macht Vielfalt“ Düsseldorf, welches in Schulen gegen Vorurteile
138 und Mobbing in diesem Bereich angeht. Beim queeren Jugendzentrum PULS haben
139 Heranwachsende die Möglichkeit eines pädagogischen Nachmittagsangebots und mit
140 der Trans*Beratungsstelle eine Anlaufstelle zum Austausch, zur Beratung und
141 Unterstützung. Diese Unterstützung von trans*- und inter*-Personen werden wir
142 weiter festigen und vor allem die Beratungssituation der Familien verbessern.

143 Wir wollen den bestehenden Beratungsangeboten ermöglichen, langfristiger zu
144 planen und sich weiter zu professionalisieren. Dazu braucht es eine finanzielle
145 Basis, die nicht nach Kassenlage von Jahr zu Jahr neu entschieden wird. Neuen
146 Angeboten stehen wir offen gegenüber und wollen es Initiativen erleichtern, in
147 Düsseldorf ihre wertvolle Arbeit zu machen. Wir werden einen Aktionsplan
148 auflegen, der allen Maßnahmen im LSBTTIQ*-Bereich einen konzeptionellen Rahmen
149 gibt, Lücken identifiziert und einen Fahrplan zur Umsetzung weiterer Angebote
150 definiert.

151 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 152 • 4 Hochwertige Bildung
- 153 • 5 Geschlechtergerechtigkeit
- 154 • 10 Weniger Ungleichheiten
- 155 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Für Demokratie, gegen Rechts

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.15. Für Demokratie, gegen Rechts

Text

- 1 Düsseldorf ist eine weltoffene und vielfältige Stadt – das soll auch so bleiben!
2 Wir alle sind aufgerufen, unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie zu schützen,
3 zu stabilisieren und auszugestalten.
- 4 Wir stellen fest, dass es auch in Düsseldorf antidemokratische und
5 menschenfeindliche Tendenzen gibt, dass insbesondere in einzelnen Stadtteilen
6 rechte Aufmärsche stattfinden und Bewohner*innen eingeschüchert werden sollen.
7 Rechte Akteur*innen versuchen Menschen, die sich benachteiligt fühlen,
8 gegenandere aufzuhetzen. Dies darf nicht gelingen – Rassismus, Antisemitismus,
9 Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Homo- und Trans*feindlichkeit
10 sowie Obdachlosen- und Behindertenfeindlichkeit werden wir entschieden
11 bekämpfen.
- 12 In den zurückliegenden Jahren haben wir im Stadtrat und auf der Straße gezeigt,
13 dass in unserer Stadt kein Platz für Hass und Hetze ist:
- 14 • Zusammen mit vielen Düsseldorfer*innen, Initiativen und Vereinen in einem
15 breiten Bündnis sind wir gegen den „PEGIDA“-Ableger „DÜGIDA“ viele Monate
16 auf die Straße gegangen – erfolgreich.
 - 17 • Im Rat haben wir den Grundsatzbeschluss initiiert, keine städtischen Räume
18 für Hetze zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls im Rat haben wir
19 beschlossen, dass ein Düsseldorfer Handlungskonzept gegen
20 Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit unter
21 Beteiligung von Stadt, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kirchen und
22 Wohlfahrtverbänden sowie den in diesem Bereich tätigen Vereinen entwickelt
23 und umgesetzt wird.
 - 24 • Das Fest für Frieden, Freiheit und Demokratie am 1. September 2019 im
25 Ehrenhof hat die Demokrat*innen bestärkt und die vielfältigen
26 Möglichkeiten des Engagements in unserer Stadtgesellschaft sichtbar
27 gemacht.
 - 28 • Die Arbeit gegen Antisemitismus haben wir mit einer stärkeren
29 Unterstützung der Servicestelle bei der Jüdischen Gemeinde (SABRA) und der
30 Bildungsarbeit der Mahn- und Gedenkstätte personell und finanziell
31 gestärkt.
 - 32 • Für die Überprüfung von historisch belasteten Straßen- und Platznamen in
33 Düsseldorf haben wir eine wissenschaftliche Untersuchung und eine
34 gemeinsame Kommission aus Wissenschaftler*innen und Politiker*innen
35 beauftragt, die inzwischen erste Ergebnisse vorgelegt hat.
- 36 Eine der wichtigsten Grundlagen für die Verteidigung unserer Demokratie und der
37 Düsseldorfer Weltoffenheit stellt die Vermittlung und das Lernen aus unserer

38 Geschichte dar. Wir müssen uns kritisch mit unserer Vergangenheit
39 auseinandersetzen und diese mit unserer Gegenwart in Beziehung setzen.
40 Düsseldorfer Bürger*innen müssen vielfältige Möglichkeiten haben, sich mit der
41 Geschichte unserer Stadt zu beschäftigen. Wir müssen Orte schaffen, die die
42 Geschichte der Stadtteile erlebbar machen. Geschichte fand ihre Umsetzung in der
43 direkten Nachbarschaft, dort wo Menschen sich solidarisierten oder wo sie
44 wegsahen.

- 45 • Demokratie praktisch: In allen Bildungseinrichtungen sollten demokratische
46 Strukturen nicht nur gelehrt, sondern auch praktisch angewendet und gelebt
47 werden. Deshalb setzen wir Düsseldorfer GRÜNE uns dafür ein, dass die
48 Demokratieförderung und Antirassismusbearbeitung gestärkt werden.
- 49 • Erinnerungskultur pflegen: Wir müssen uns mit dem Erbe der Stadt kritisch
50 auseinandersetzen und es ggf. kommentieren: Erklärungstafeln,
51 künstlerische Kommentierungen (beispielsweise am Reeser Platz),
52 Hervorhebungen und Geschichtspfade. In der kritischen Auseinandersetzung
53 sollen auch die Täterorte des Nationalsozialismus mit einbezogen werden.
54 Die für die Stadt(teil)geschichte bedeutenden Geschichtsorte wollen wir
55 sichtbar machen und möglichst in jeder Bezirksvertretung einen
56 Arbeitskreis „Orte der Erinnerung“ einrichten, der sich parteiübergreifend
57 mit der Geschichte des Bezirkes auseinandersetzt und diese ggf. im
58 öffentlichen Leben darstellt. Die Düsseldorfer Kolonialgeschichte wollen
59 wir wissenschaftlich und partizipativ aufarbeiten. Die Diskussion über die
60 (Um)Benennung von Straßen und Plätzen werden wir fortführen und für neue
61 Straßenbenennungen klare Kriterien und Verfahren entwickeln.
- 62 • Die Angebote der Mahn- und Gedenkstätte und des Erinnerungsortes Alter
63 Schlachthof wollen wir weiter ausbauen, ebenso die Arbeit für
64 Demokratieförderung und Antirassismus, beispielsweise durch Beauftragte,
65 die sie vernetzen und ausweiten.
- 66 • Bildungsangebote und Demokratieprojekte: Demokratie und Partizipation
67 wollen wir schon in den Kitas und Grundschulen lehren und lernen. Dazu
68 sollten Partizipationsmodelle für alle Bildungsformen entwickelt und
69 unterstützt werden, die beispielsweise gewaltfreie Kommunikation an
70 Schulen sowie Fortbildung- und Vernetzungsprogramme umfassen.
- 71 • Beteiligungsprojekte unterstützen: Wir müssen weiterhin Aktionen und
72 Veranstaltungen ermöglichen - vom Demokratiefest bis zum Putzen von
73 Stolpersteinen. Dazu braucht es neben einer finanziellen Unterstützung
74 auch Vernetzungsplattformen und fachliche Unterstützung. Mit einem
75 Demokratiepreis wollen wir gute Projekte und Initiativen noch sichtbarer
76 machen.
- 77 • Klare Kante zeigen: Keine städtischen Räume für Hass und rechte Hetze. Wir
78 schöpfen für die Durchsetzung unseres Grundsatzbeschlusses alle
79 rechtlichen Möglichkeiten aus. Gemeinsam mit den Düsseldorfer
80 Bürger*innen, den Vereinen und Initiativen zeigen wir auch auf der Straße
81 weiter in aller Deutlichkeit: Hier ist kein Platz für Rassismus,
82 Rechtsradikalismus, Antisemitismus und weitere Formen der
83 Menschenfeindlichkeit. Wir stehen zusammen für die Sicherheit und Teilhabe

84 aller Menschen in unserer Stadt.. Aufklärungs- und Informationskampagnen
85 sowie Aussteigerprogramme wollen wir fördern, bewerben und unterstützen.
86 Wir wollen, wenn nötig, über das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus
87 hinaus ein Forderungspapier erarbeiten und umsetzen.

88 • Mit der Jüdischen Gemeinde werden wir die enge Zusammenarbeit weiter
89 ausbauen. Jüdisches Leben in Düsseldorf soll in der Stadtgesellschaft noch
90 sichtbarer und selbstverständlicher werden. Antisemitischen Angriffen in
91 Wort oder Tat treten wir gemeinsam mit allen Demokrat*innen entschlossen
92 entgegen

93 Um Rassismus und Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten müssen wir u.a. gegen
94 Alltagsrassismus vorgehen, zivilgesellschaftliche Initiativen stärken und unsere
95 politische Bildungsarbeit deutlich ausbauen. Daher wollen wir zusätzliche
96 Stellen schaffen, die Präventionsangebote und Beratungen verstärken.

97 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

98 • 10 Weniger Ungleichheiten

99 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Ordnung

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.16. Ordnung

Text

1 Sicherheit und Ordnung tragen maßgeblich zur Lebensqualität in unserer Stadt
2 bei. In Düsseldorf sollen alle Bürger*innen sicher leben und sich sicher fühlen.
3 Wer sich nicht sicher fühlt, meidet mitunter offene Plätze, öffentliche
4 Verkehrsmittel oder verzichtet auf die Teilnahme am Nachtleben. Das schränkt
5 individuelle Freiheiten und die selbstbestimmte Gestaltung des Alltags massiv
6 ein. Ziel unserer grünen Politik ist es Angst- und Sorgenfreiheit sowie
7 gegenseitige Rücksichtnahme zu fördern, um die Lebensqualität und die
8 individuellen Freiheiten der Düsseldorfer Bürger*innen zu gewährleisten. Dabei
9 ist für uns klar, dass Sicherheit eine von mehreren Voraussetzungen für Freiheit
10 ist, viele Sicherheitsmaßnahmen jedoch gleichzeitig Freiheitsrechte
11 einschränken. Die Maßnahmen müssen daher sehr gut abgewogen werden: sie müssen
12 erforderlich, wirksam und verhältnismäßig sein. Grundsätzlich haben für uns
13 präventive Arbeit, städtebauliche Maßnahmen und personelle Präsenz Priorität.

14 GRÜN wirkt

- 15 • Der Ordnungs- und Servicedienst (OSD) hat vielfältige Aufgaben vom
16 Jugendschutz über Lärmbeschwerden bis zur Überwachung von öffentlichen
17 Plätzen. Wir haben eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Bezahlung
18 und der Aus- und Fortbildung angestoßen, soweit es die rechtlichen und
19 tariflichen Rahmenbedingungen aktuell erlauben.
- 20 • Für die Verkehrsüberwachung haben wir zusätzliche Schwerpunkte
21 beschlossen, insbesondere die Kontrolle von Falschparkern auf Rad- und
22 Gehwegen. In der Umsetzung müssen wir erkennen, dass hier mehr und
23 dauerhafter Druck notwendig ist.
- 24 • Die Ausweitung der Videoüberwachung haben wir kritisch begleitet. Die
25 Umsetzung ist begrenzt auf Bereiche der Altstadt, in denen die Polizei je
26 nach beobachteter Situation innerhalb kürzester Zeit eingreifen kann.

27 GRÜNE Vision

28 Angsträume vermeiden und sichere Heimwege schaffen

- 29 • Städtebauliche Maßnahmen können die Lebensqualität und das
30 Sicherheitsgefühl in unserer Stadt verbessern. Wir wollen maroder
31 Infrastruktur, verwahrlosten Plätzen, Vandalismus und Vermüllung
32 entgegenwirken. Stattdessen setzen wir auf Übersichtlichkeit, Sauberkeit
33 und ausreichend beleuchtete Plätze und Wege. (Verweis auf Kapitel Umwelt)
- 34 • Unterführungen oder Tiefgaragen werden oft als Räume von Bedrohung und
35 Gefahr wahrgenommen. Durch angemessene Beleuchtung, Sichtverbindungen und

36 die Schaffung von Übersichtlichkeit wollen wir solchen Angsträumen
37 entgegenwirken.

- 38 • Damit Fußgänger*innen nachts gar nicht erst auf die Nutzung von
39 Unterführungen oder Parks angewiesen sind, soll die Errichtung von
40 alternativen Um- und Überwegen geprüft werden.
- 41 • Besonders Frauen und ältere Menschen fühlen sich auf dem Nachhauseweg im
42 Dunkeln teilweise unsicher. Damit niemand auf den dunklen Fußweg nach
43 Hause angewiesen ist, wollen wir das Angebot im Öffentlichen
44 Personennahverkehr (ÖPNV) in den Abend- und Nachtstunden ausbauen. Da sich
45 viele Menschen im Bus sicherer fühlen als in der U-Bahn, werden wir einen
46 besonderen Fokus auf den Ausbau von nächtlichen Busverbindungen legen.
- 47 • Neben dem ÖPNV benötigen wir weitere Mobilitätskonzepte, die den
48 nächtlichen Weg zwischen Bus- oder Bahnhaltestelle und den eigenen vier
49 Wänden überbrücken. On-Demand-Dienste, also Services auf Abruf, sind dabei
50 eine moderne Alternative, die wir insbesondere für die Außenbezirke und
51 die Nachtzeiten nutzen wollen. Projekte der Rheinbahn und der Stadtwerke
52 unterstützen wir. Kooperationen mit dem Taxigewerbe wollen wir anstoßen.
- 53 • Damit sich Passagiere bei der Nutzung von Bus und Bahn zu späten und
54 nächtlichen Stunden sicherer und wohler fühlen, sollen Mitarbeiter*innen
55 der Rheinbahn als Fahrbegleiter*innen in den Bahnen mitfahren und für die
56 Passagiere ansprechbar sein.

57 Umwelt- und tierfreundliche Beleuchtung

- 58 • Eine ausreichende Beleuchtung muss kein Widerspruch zu Umwelt- und
59 Klimaschutz sein. Energiesparende und insektenfreundliche
60 Straßenbeleuchtung sollten eingesetzt werden, um Klima und Tier zu
61 schonen. (Verweis auf Kapitel Umwelt)
- 62 • Der Nutzen von Beleuchtung mit dimmbaren und in der Lichtfarbe
63 veränderbaren Leuchtmitteln sollte ebenfalls auf weniger genutzten Wegen
64 geprüft werden, um auch in abgelegenen Gebieten Angsträume zu vermeiden
65 und gleichzeitig Energie zu sparen.

66 Mehr Lebensqualität durch eine saubere Umwelt

- 67 • Gezielte Öffentlichkeitskampagnen sollen eingesetzt werden, um über
68 Umweltverschmutzung aufzuklären, ein Bewusstsein für ihre Problematiken
69 und Konsequenzen zu schaffen und Bürger*innen und Gäste für ein
70 solidarisches Miteinander im öffentlichen Raum zu gewinnen.
- 71 • Vermüllte Plätze, Wege und Parks sind nicht nur schlecht für unsere
72 Umwelt, sondern beeinflussen auch maßgeblich, wie wohl wir uns in unserer
73 Stadt fühlen. Wir wollen, dass Vermüllung und Umweltverschmutzung zum
74 Wohle von Mensch und Umwelt streng kontrolliert und konsequent geahndet
75 werden.
- 76 • Die Entsorgung von Müll in Natur und Gewässern gefährdet Mensch, Tier und
77 Umwelt. Wir fordern eine strenge Ahndung solcher Ordnungswidrigkeiten

78 gegen die Umwelt und die Errichtung eines Naturschutzfonds, in den Mittel
79 in Höhe dieser Bußgelder fließen sollen. Die Einnahmen des
80 Umweltschutzfonds sollen genutzt werden, um städtische
81 Naturschutzmaßnahmen zu finanzieren. (Verweis auf Kapitel Umwelt)

- 82 • Weggeworfene Zigarettenkippen auf Straßen und Wiesen sind nicht nur
83 hässlich, sondern gefährden auch unsere Gesundheit, wenn sie in Gewässer
84 gelangen und unser Grundwasser verunreinigen oder sogar Brände entfachen.
85 Wir fordern Aufklärungskampagnen sowie eine Erhöhung des Bußgeldes für
86 weggeworfene Zigaretten auf 100 Euro.

87 Sicherheit durch personelle Präsenz

- 88 • Videobeobachtung im öffentlichen Raum ist ein großer Eingriff in die
89 individuelle Freiheit. Sie soll nur eingesetzt werden, wenn die Polizei
90 auch ein umgehendes Eingreifen garantieren kann. Wir wollen vor allem auf
91 ausreichende personelle Präsenz der Polizei und des städtischen Ordnungs-
92 und Sicherheitsdienstes (OSD) setzen, die für Bürger*innen ansprechbar
93 sind und in gefährlichen Situationen tatsächlich eingreifen können.
- 94 • Die alltägliche Arbeit des OSD erfordert Sensibilität und viel
95 Fingerspitzengefühl. Wir wollen die Attraktivität dieses Berufes durch
96 eine gute Ausbildung, ein faires Gehalt sowie berufliche Perspektiven
97 steigern, um qualifiziertes Personal für den OSD zu gewinnen. Des weiteren
98 benötigen die Mitarbeiter*innen qualifizierte Fortbildungen und die
99 Gelegenheit zur Supervision. „Doppelstreifen“ von OSD und Polizei haben
100 sich bewährt und sollen ausgebaut werden.
- 101 • Wir fordern einfache Kontaktmöglichkeiten und zentrale Ansprechstellen,
102 bei denen Bürger*innen ordnungspolitische Fragen und Probleme zu
103 Baustellen, Lärm, Staub und Verkehr klären und melden können – unabhängig
104 davon, welches Fachamt formal zuständig ist.
- 105 • OSD-Mitarbeiter*innen müssen sich gegen Gewalt und potenzielle Übergriffe
106 gut schützen können. Strategien der Deeskalation sowie Techniken zur
107 Selbstverteidigung haben dabei für uns immer Vorrang. Deshalb setzen wir
108 auch in diesem Zusammenhang vor allem auf die Stärkung von Aus- und
109 Fortbildungen. Die Ausrüstung des OSD mit Waffen, etwa durch Schlagstöcke,
110 lehnen wir ab.
- 111 • Ordnungspolitische Maßnahmen, die obdachlose Menschen grundsätzlich von
112 öffentlichen Plätzen fernhalten sollen, sind menschenunwürdig und
113 verlagern Obdachlosigkeit nur. Wir wollen die differenzierten Angebote für
114 obdachlose Menschen ausbauen, von Notschlafstellen über Unterkünfte bis
115 zur Vermittlung in Wohnungen (Verweise auf Kapitel Wohnen und Soziales).
116 Dies soll auch öffentlichkeitswirksam vertreten werden.
- 117 • Für eine Überarbeitung der Düsseldorfer Straßenordnung wollen wir einen
118 partizipativen Prozess anstoßen. Insbesondere zum umstrittenen § 6, der
119 „störendes Verhalten“ definiert, wollen wir die Perspektiven und
120 Bedürfnisse aller Betroffenen im Verfahren berücksichtigen.

121 Sicherheit im Straßenverkehr

- 122 • Wir setzen uns für die personelle Aufstockung der Fahrradstaffel des
123 Ordnungsamtes ein, die mit mindestens drei Streifen täglich überwachen
124 soll, ob Fahrradstraßen, Radwege, Gehwege und barrierefreie Überwege
125 zugeparkt werden.
- 126 • Falschparkende Autos, die Rettungswege versperren oder Fußgänger*innen und
127 Fahrradfahrer*innen zwingen, auf die Straße auszuweichen, gefährden
128 konkret Menschenleben. Hier darf es keine Toleranz geben. Wir fordern mehr
129 Kontrollen, eine strenge Ahndung und konsequentes Abschleppen von
130 verkehrsgefährdenden Falschparker*innen. (Weitere verkehrspolitische
131 Maßnahmen zur Erhöhung Sicherheit im Straßenverkehr, Verweis auf Kapitel
132 Mobilität.)

133 Schutz vor Gewalt und Diskriminierung

- 134 • Häusliche Gewalt betrifft nach wie vor vor allem Frauen und LSBTTIQ*
135 Gerade vor Ort kann Politik viel tun, um Betroffenen zu helfen. Die
136 Kapazitäten für Frauenhäuser müssen weiter ausgebaut werden und die Stadt
137 muss helfen, Wohnraum für von Gewalt betroffene Frauen zu finden. (Verweis
138 Kapitel Gleichstellung und Vielfalt)
- 139 • Zur öffentlichen Sicherheit gehört auch Schutz vor Diskriminierung auf
140 Grund der Religion, der Hautfarbe, der Herkunft oder der sexuellen
141 Identität. Eine Stelle für Anti-Diskriminierung mit dem Schwerpunkt
142 Rassismus soll Hilfe bei Rechtsfragen und Beratung nach dem
143 Gleichbehandlungsgesetz leisten, an die richtigen Stellen vermitteln,
144 aktive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Lösungen bei systemischer
145 Diskriminierung ersuchen und wissenschaftliche Untersuchungen zu
146 diskriminierten Gruppen in Düsseldorf betreiben. (Verweis Kapitel
147 Gleichstellung und Vielfalt)

148 Weniger Werbung, mehr Platz für Grün

- 149 • Außenwerbungen können die Gestaltung der Stadt überlagern und
150 kommerzialisieren den öffentlichen Raum. Wir wollen kommerzielle Werbung
151 auf städtischen Werbeflächen im öffentlichen Raum verringern und den
152 Ausblick auf städtisches Grün und die Stadtgestaltung öffnen. Den
153 freigewordenen Platz wollen wir u.a. für Begrünung sowie für Ankündigungen
154 politischer, kultureller und gemeinnütziger Veranstaltungen und Aktionen
155 nutzen.
- 156 • Sexistische und menschenverachtende Werbung darf im Stadtbild keinen Platz
157 haben. Darüber hinaus sollen für städtische Werbeflächen klare Richtlinien
158 für u.a. Tabak-, Alkohol- und Glückspielwerbung erarbeitet werden.

159 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 160 • 3 Gesundheit und Wohlergehen
- 161 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Schule

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.17. Schule

Text

1 Wir nehmen Kinder und Jugendliche sowohl in den Kindertagesstätten als auch in
2 den Schulen ganzheitlich in den Blick und setzen auf die Wertschätzung ihrer
3 Vielfalt sowie auf individuelle Förderung.

4 Bildung ist mehr als die Vermittlung von Wissen und von grundlegenden
5 Fähigkeiten wie Rechnen, Schreiben und Lesen. Es geht um die Lernfähigkeit an
6 sich, den Erhalt von Neugierde, Wissensdurst und Kreativität. Und es geht darum,
7 Menschen die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und sie
8 zu kritischem Denken, nachhaltigem Handeln und verantwortungsvollem Entscheiden
9 im Sinne humanistischer Bildung zu befähigen. Hierfür sind individuelle
10 Förderung und ein gemeinsames Lernen, das kein Kind zurücklässt, entscheidend.

11 Die zentralen bildungspolitischen Entscheidungen werden in der Landes- und
12 Bundespolitik getroffen. Die Stadt Düsseldorf kann aber wichtige
13 Rahmenbedingungen beeinflussen: Schulgebäude, Betreuung im Ganzttag,
14 Schulsozialarbeit und mehr.

15 GRÜN wirkt

16 Schulsanierung: Nach jahrzehntelangem Sanierungsstau haben wir für die
17 Düsseldorfer Grundschulen und weiterführenden Schulen ein massives
18 Investitionspaket von über einer Milliarde Euro auf den Weg gebracht.

19 Schul(aus)bau: Mit neuen und erweiterten Grundschulen, Gesamtschulen,
20 Berufsschulen, Haupt- und Realschulen und Gymnasien tragen wir der stark
21 steigenden Zahl der Schüler*innen Rechnung. Mit der Schulbauleitlinie haben wir
22 einen guten Standard dafür definiert.

23 Beteiligung: Für die weiterführenden Schulen haben wir die Elternbefragung
24 eingeführt. Im Schulausschuss haben wir die Mitsprache der Schüler*innen und
25 Eltern ermöglicht.

26 Schulsozialarbeit: Für die soziale pädagogische Unterstützung und soziale
27 Begleitung wird es bis zum Schuljahr 2020/2021 an allen Grund-, Haupt- und
28 Förderschulen Schulsozialarbeit geben.

29 Ganzttag: Wir haben die Plätze an Grundschulen um 1.750 Plätze auf über 15.000
30 Plätze ausgebaut und bei stark steigenden Schülerzahlen die Betreuungsquote auf
31 65 % gesteigert. Zusammen mit alternativen Betreuungsangeboten liegt die Quote
32 bei 75 %.

33

34 Bildung für nachhaltige Entwicklung: Wir haben Schulen unterstützt, wenn sie
35 Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihr Schulprofil integrieren wollten.
36 Diese Arbeit ist inzwischen mehrfach, unter anderem von der UNESCO,
37 ausgezeichnet worden.

38

39 Digitalisierung: Wir haben inzwischen fast alle Schulen mit schnellen

40 Internetverbindungen ausgestattet und investieren massiv in Hardware für die
41 Schulen.

42 GRÜNE Vision

43 Schulbau: Wir GRÜNE stehen für eine Fortsetzung der hohen Investitionen in
44 Schulsanierungen, Neu- und Ausbauten. Neben dem reinen Platzangebot geht es
45 dabei auch um innovative pädagogische Raumkonzepte, um nachhaltiges und
46 klimaangepasstes Bauen und um gesunde Lernräume. In der Planung wollen wir die
47 Schüler*innen und Pädagog*innen noch stärker beteiligen.

48 Grundschule im Quartier: Die Düsseldorfer Grundschulen sind aufgrund ihrer
49 Standorte und der Stärke oder Schwäche der jeweiligen Quartiere sehr
50 unterschiedlich beliebt. Grüne wollen die Schulen in Quartieren mit sozialen
51 Herausforderungen stärken, beispielsweise mit besonderer Ausstattung, mehr
52 Schulsozialarbeit und innovativen Ganztagsangeboten.

53 Weiterführende Schulen: Düsseldorf braucht weitere Gesamtschulen. Wir GRÜNE
54 streiten dafür, möglichst vielen Schüler*innen ein längeres gemeinsames Lernen
55 bei individueller Förderung und mit allen Abschlusschancen zu ermöglichen. Daher
56 wollen wir zusätzlich zur geplanten Gesamtschule im Linksrheinischen auch
57 weitere, kleinere Standorte in den Stadtteilen prüfen, die über Kooperationen
58 auch Abschlüsse der Sekundarstufe II anbieten können.

59 Auf Grund der starken Nachfrage brauchen wir ein weiteres neues Gymnasium und
60 wir haben uns für eine neue Realschule eingesetzt. Gleichzeitig müssen wir
61 anerkennen, dass die Gymnasien mit der wachsenden Zahl der Schüler*innen auch
62 vielfältiger werden und mehr Differenzierung und individuelle Förderung
63 benötigen. Auch die zunehmende Zahl der Schüler*innen, die am Gymnasium starten,
64 im Laufe der Jahre aber wechseln (müssen), sehen wir kritisch. Im Rahmen unserer
65 städtischen Zuständigkeiten wollen wir die Zahl dieser „Abschulungen“ reduzieren
66 und gleichzeitig die Gesamt-, Real- und Hauptschulen dabei unterstützen, die
67 Schüler*innen, die im Laufe der Jahre dazu kommen, optimal zu fördern. Wichtig
68 ist uns, Schüler*innen vielfältige Wege und Perspektiven für ihren persönlichen
69 Bildungserfolg zu ermöglichen. Wir unterstützen die bestehenden Düsseldorfer
70 Haupt- und Realschulen.

71 Die Berufskollegs: Die berufliche Bildung und das vielseitige Bildungsangebot
72 der Düsseldorfer Berufskollegs unterstützen wir voll umfänglich, indem wir die
73 Modernisierung der Gebäude und der Ausstattung weiter vorantreiben. Neben der
74 Berufsschule des dualen Systems bieten die Düsseldorfer Berufskollegs mit ihrem
75 vielfältigen Bildungsangebot eine Vielzahl von beruflichen und schulischen
76 Abschlüssen. Um den künftigen Anforderungen, die an die Jugendlichen in den
77 jeweiligen Berufen gestellt werden, gerecht zu werden, befürworten wir diese
78 Vielfalt und stehen für die stetige Weiterentwicklung der Berufskollegs.

79 Ganzttag: Den Ausbau der Plätze im offenen und im gebundenen Ganzttag wollen wir
80 GRÜNE vorantreiben und die pädagogische Qualität dabei weiter verbessern. In den
81 Gesamtschulen ist der gebundene Ganzttag schon Standard, bei Grundschulen und
82 weiterführenden Schulen wollen wir GRÜNE den Ausbau vorantreiben. Kinder- und
83 Jugendfreizeiteinrichtungen verfügen über Räume, die für die Ganztagsbetreuung
84 als Alternativen zu Schulräumen gut geeignet sind. Sie sollen verstärkt
85 einbezogen werden.

86

87 Gesunde Schulverpflegung: Eine gesunde, regelmäßige Mahlzeit ist wichtig für die
88 Entwicklung unserer Kinder und Basis für ein gutes Lernen. Allen Schüler*innen
89 soll deshalb ein warmes Mittagessen im Rahmen einer verlässlichen, attraktiven
90 Schulverpflegung angeboten werden. Neben einer vielfältigen Wahlmöglichkeit,
91 auch von vegetarischer Kost, befürworten wir Produkte aus biologischer, fairer
92 und regionaler Landwirtschaft. Mehrausgaben dürfen nicht zu Lasten von Kindern
93 aus Familien mit niedrigeren Einkommen gehen. Bei baulichen Erfordernissen gibt
94 die Stadt Hilfestellungen und leistet so ihren Beitrag zu einer nachhaltigen und
95 gesunden Ernährung. Wir befürworten einen flächendeckenden Ausbau von
96 Trinkwasserausgabestellen bzw. -brunnen in allen Düsseldorfer Schulen.

97 Digitalisierung: Die digitale Transformation in den Schulen muss mehr als neue
98 Tablets und Tafeln sein. Wir GRÜNE wollen die Schüler*innen, die heute in einer
99 medialisierten Welt aufwachsen, befähigen, sich auch in der digitalen Welt
100 kompetent, selbstbestimmt und frei bewegen zu können. Dazu gehört die Prävention
101 zum Schutz vor Risiken genauso wie die Vorbereitung auf Chancen und Berufe, die
102 wir heute noch gar nicht kennen. Mit dem Medienentwicklungsplan haben wir ein
103 Instrument geschaffen, um die Digitalisierung in den Schulen zu verankern. Um
104 die Ziele des Plans und die dort beschriebenen Maßnahmen zu verwirklichen, ist
105 es uns wichtig, die zuständige Verwaltung, die für die Bereitstellung und
106 Wartung der Hardware zuständig ist, mit zusätzlichen Stellen zu erweitern. Neben
107 der Hardware geht es uns jedoch insbesondere um die Förderung pädagogischer
108 Konzepte, um die nötigen Kompetenzen und um passende Fortbildungen. Die
109 Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Hardware darf nicht vom Einkommen
110 der Eltern abhängen.

111 Sichere Schulwege: Wir wollen, dass noch mehr Schüler*innen zu Fuß, mit dem Rad
112 oder dem Roller zur Schule kommen können, ohne dass sich die Eltern Sorgen
113 aufgrund der Verkehrssituationen machen müssen. Wir wissen, wie wichtig für
114 Kinder das frühzeitige Erlernen ist, selbstständig zur Schule zu kommen. Den
115 „Elterntaxis“, die aufgrund dieser Sorgen fahren und die Situation doch nur
116 verschlimmern, wollen wir durch bessere Geh- und Radwege, mehr
117 Verkehrsüberwachung und Aufklärung begegnen. Je nach Schulstandort kann auch
118 eine etwas entfernt liegende Hol- und Bringzone den Kreislauf durchbrechen. Wir
119 GRÜNE schlagen vor, mehrere Modellschulen zu entwickeln, um die
120 unterschiedlichen Herausforderungen und mögliche Lösungen zu testen.

121 Die Sonderfahrten zu außerschulischen Lernorten wie Sportstätten, Kultur- oder
122 Naturorten wollen wir erhalten.

123 Demokratie lernen: Selbstbestimmung, Teilhabe und Demokratie lernen Kinder
124 weniger durch theoretischen Unterricht als durch Handeln. Wir wollen Schulen
125 dabei unterstützen, indem wir die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in
126 der Kommune stärken: über den Jugendrat, die Einrichtung von
127 Stadtteilparlamenten in allen Stadtbezirken und Beteiligung an Planungsprozessen
128 (z.B. Renovierung bzw. Neubau von Schulen oder im Stadtbezirk). Wir wollen
129 Lehrerinnen und Lehrer durch Förderprogramme und Auszeichnungen
130 (Umweltprojektförderung, Demokratieförderprogramm) ermutigen, mit ihren
131 Schüler*innen Projekte für unsere Stadt zu entwickeln, welche dann – wenn eben
132 möglich – auch realisiert werden sollen.

133

134 Kulturelle und erinnerungspolitische Bildung: Wir werden die kulturelle und
135 erinnerungspolitische Bildung, z.B. über die Museen und die Mahn- und

136 Gedenkstätte, weiter fördern. (Verweis Kapitel Kultur)

137

138 Bildung für nachhaltige Entwicklung: Wir unterstützen weiterhin die Schulen in
139 Düsseldorf, die Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihr pädagogisches Angebot
140 integrieren wollen. Dafür können Schulen auf Erfahrungsaustausch, Beratung und
141 Begleitung bei Schulentwicklungsprozessen zurückgreifen.

142 Inklusion: Gemeinsames Lernen bedeutet für uns GRÜNE auch, dass Kinder mit und
143 ohne sonderpädagogischen Förderbedarf zusammen unterrichtet werden. Inklusion
144 ist kein netter Gefallen, sondern ein verbrieftes Menschenrecht. Um die Chancen
145 zu nutzen und die Herausforderungen zu meistern, muss insbesondere die
146 Landespolitik für die nötigen Voraussetzungen und für Sonderpädagog*innen,
147 Inklusionshelfer*innen, Fortbildungen etc. sorgen. Inklusion ist nach unserer
148 Auffassung Aufgabe aller Schulformen.

149 Als Stadt Düsseldorf müssen wir barrierefreie Schulen mit Pflege-, Therapie- und
150 Differenzierungsräumen schaffen. Dies werden wir beim Schulbau noch stärker
151 einfordern.

152 Wir setzen uns weiter für die bekenntnisfreien Schulen ein, damit Eltern und
153 Kinder in allen Stadtteilen neben den konfessionell gebundenen Schulen ein
154 solches Angebot haben.

155 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

156 • 3 Gesundheit und Wohlergehen

157 • 4 Hochwertige Bildung

158 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

Beschluss Kinder und Jugendliche

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.18. Kinder und Jugendliche

Text

1 Für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtpolitik müssen wir die
2 jüngsten Einwohner*innen in den Mittelpunkt stellen. Wir GRÜNE setzen uns für
3 eine kinder-, jugend- und familiengerechte Stadt ein, die auf die Bedürfnisse
4 der jungen Generationen ausgerichtet ist. Chancengleichheit, gesundes
5 Aufwachsen, Teilhabe und Partizipation in vielfältigen altersgerechten Formaten
6 gemäß der UN-Kinderrechtskonvention sind hierfür wesentliche Voraussetzungen.

7 Durch die Schüler*innen von "Fridays for Future" wurde für alle sichtbar, dass
8 die junge Generation bestimmt nicht politikverdrossen ist und ihr
9 Mitspracherecht aktiv einfordert. Wir wollen nicht nur die Bedürfnisse der
10 Kinder und Jugendlichen berücksichtigen, sondern junge Menschen als
11 Vertreter*innen ihrer Interessen ernst nehmen und eine aktive Partizipation in
12 Politik und allen Lebensbereichen ermöglichen.

13 Familien leisten unglaublich viel. Im Alltag ist es für Eltern jedoch oft
14 schwierig, Familie und Beruf erfolgreich zu verbinden. Sie wollen mit voller
15 Aufmerksamkeit für die Kinder da sein, sich im Beruf und im Ehrenamt engagieren,
16 sich den eigenen Eltern widmen – oder einfach mal Zeit für sich haben. Besonders
17 Alleinerziehende verdienen unseren Respekt. Wir wollen sie entlasten, indem wir
18 passende Angebote schaffen.

19 GRÜN wirkt

20 • Mit der Servicestelle Partizipation bei Jugendamt und Jugendring haben wir
21 sichergestellt, dass Kinder und Jugendliche in alle Projekte einbezogen
22 werden, die sie betreffen. Zentral dabei sind die Bezirks-Checks – „Jugend
23 checkt Düsseldorf“, bei denen Kinder und Jugendliche die Stadtteile
24 analysieren und beispielsweise die Gestaltung von Freiflächen oder
25 Spielplätzen beeinflussen. Durch die intensive Kinder- und
26 Jugendbeteiligung im Rahmen von „Garath 2.0 – den Wandel gestalten“
27 konnten wir im März 2019 das erste Düsseldorfer Kinderparlament in Garath
28 realisieren.

29 • Wir haben mehrere Jugendfreizeiteinrichtungen saniert, einige Neubauten
30 auf den Weg gebracht und die Öffnungszeiten erweitert. So haben viele
31 Einrichtungen nun auch am Abend geöffnet.

32 • 2018 haben wir den größten Skaterpark Deutschlands in Eller fertiggestellt
33 - eine Initiative des Jugendrates. Nachdem unter schwarz-gelb neun Jahre
34 lang darüber geredet wurde, haben wir den Skaterpark innerhalb von drei
35 Jahren umgesetzt.

36 • Schulsozialarbeit hilft dabei, Auswirkungen sozialer Unterschiede
37 abzufedern und fördert die Selbstentfaltung von Kindern und Jugendlichen.
38 Sie ist eine unverzichtbare Unterstützung für unsere Schulen in Düsseldorf
39 geworden. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass jede Schule in

40 Düsseldorf durch Sozialarbeiter*innen unterstützt wird. In einem weiteren
41 Schritt wird der individuelle Bedarf an Sozialarbeit erfasst und
42 ausgebaut.

- 43 • 4.000 neue Betreuungsplätze: Bis Mitte 2020 werden ca. 28.000
44 Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege zur
45 Verfügung stehen, gegenüber ca. 24.000 Plätzen in 2014. Die
46 Betreuungsquote bei Kindern unter drei Jahren konnte somit von 41 % auf
47 ca. 50 % gesteigert werden, obwohl heute 2.000 Kinder mehr in Düsseldorf
48 leben. Bei Kindern über drei Jahren konnten wir die Quote bei 100 %
49 halten, obwohl die Zahl der Kinder um ca. 1.500 gestiegen ist.
- 50 • Kita-Zeiten: in 17 städtischen Kindertagesstätten konnten wir in einem
51 ersten Schritt die Betreuungszeiten um fünf Stunden pro Woche ausbauen,
52 was für berufstätige Eltern und insbesondere für Alleinerziehende wichtig
53 ist.
- 54 • Musikalische Früherziehung bereichert das Leben von Kindern, fördert die
55 Motorik und die Sprache, schult die Wahrnehmung und macht Freude. Wir
56 haben die musikalische Bildung durch eine Ausweitung der Kooperation mit
57 der Clara-Schumann-Musikschule verbessert, indem wir in jedem Stadtbezirk
58 eine Musik-Kindertagesstätte eingerichtet haben.
- 59 • Auch wenn die Akzeptanz steigt, sind Regenbogenfamilien immer noch
60 Diskriminierung in ihrem Alltag ausgesetzt und gehen oft zurückhaltend mit
61 ihrem Familienmodell um. Wir haben eine Beratungsstelle für
62 Regenbogenfamilien eingerichtet, die diese Familien in Kitas, Schulen und
63 Jugendeinrichtungen sichtbar und selbstverständlich machen soll.

64 GRÜNE Vision

65 Kinder- und Jugendbeteiligung stärken

- 66 • Ein Pfeiler für mehr Beteiligung muss eine Stärkung städtischer Kinder-
67 und Jugendgremien sein. Das Garather Kinderparlament sehen wir als
68 Erfolgsmodell und wollen in jedem Stadtbezirk ein Kinderparlament
69 einrichten, das eine beratende Funktion in den jeweiligen
70 Bezirksvertretungen erhalten soll. Zudem soll Antragsrecht im
71 Jugendhilfeausschuss und im Jugendrat bestehen.
- 72 • Jugendbeteiligung heißt Mitreden auf höchster Ebene. Wir wollen der direkt
73 gewählten Vertretung der Düsseldorfer Jugendlichen, dem Jugendrat, ein
74 Rederecht im Stadtrat ermöglichen.
- 75 • Wir wollen einen Ausbau der Jugendbeteiligung auch über feste Gremien
76 hinaus. Die Arbeit der neu eingerichteten Partizipationsstelle in Form von
77 „Jugend checkt Düsseldorf“ ist hier wegweisend. Wir wollen eine
78 Aufstockung der Ressourcen und eine deutliche Verstärkung von
79 altersgerechten Beteiligungsprozessen mit direkter Ansprache in allen
80 Kinder- und Jugendliche betreffenden Planungen.
- 81 • Für den Jugendbeteiligungsprozess ist es wichtig, dass die Stadtverwaltung
82 für Kinder- und Jugendbeteiligung qualifiziert wird und diese in ihren

83 organisatorischen Prozessen verankert. Das geht beispielsweise durch
 84 Kooperationsvereinbarungen zwischen Ämtern und Partizipationsstelle,
 85 detaillierte Veröffentlichungen der Beteiligungsergebnisse oder durch eine
 86 Berücksichtigung von entsprechenden Erfahrungen bei
 87 Stellenausschreibungen. Jugendbeteiligung und Generationengerechtigkeit
 88 muss in der kompletten Verwaltung als Querschnittsthema berücksichtigt
 89 werden.

- 90 • Häufig empfinden Jugendliche Politik als zu trocken, die Sprache als
 91 unverständlich und unattraktiv und ihre aktive Mitbestimmung als
 92 unerwünscht. Deshalb brauchen wir mehr und besser verbreitete
 93 Informationskanäle speziell für Jugendliche, wie das Jugendportal
 94 „youpod“. Auch die Stadt selbst sollte Inhalte jugendgerecht aufbereiten
 95 und darstellen.
- 96 • Düsseldorfer Kinder und Jugendliche engagieren sich vielfältig für ihr
 97 Umfeld und bringen sich ein. Wir wollen eine Jugendprojektstelle bei der
 98 Stadt einrichten, die jungen Menschen bei der Planung und Umsetzung von
 99 demokratiefördernden, partizipatorischen, sozialen oder ökologischen
 100 Projektideen beratend zur Seite steht.
- 101 • Dass junge Menschen ab 16 Jahren in Düsseldorf bei den Stadtratswahlen ein
 102 aktives Stimmrecht erhalten ist vorbildlich. Doch uns reicht das nicht.
 103 Wir fordern, dass sich Düsseldorf gegenüber dem Land auch für ein passives
 104 Wahlrecht bei Kommunalwahlen und eine Absenkung des Wahlalters auf 14
 105 einsetzt.

106 Demokratie und Vielfalt fördern, Rechtsextremismus bekämpfen

- 107 • Gerade in Zeiten von aufstrebenden antidemokratischen Strömungen ist es
 108 zentral, demokratische Werte von klein auf zu vermitteln. Die Stadt soll
 109 sich beim Land dafür einsetzen, dass politische Bildung Querschnittsthema
 110 in allen Unterrichtsfächern wird. Darüber hinaus müssen Düsseldorfer
 111 Projekte und Initiativen weiterhin gestärkt werden, die sich die
 112 demokratische Bildung von jungen Menschen zum Ziel gesetzt haben.
- 113 • Um Vielfalt, Akzeptanz und Demokratie in unserer Gesellschaft zu fördern,
 114 sind präventive Ansätze von Anfang an unverzichtbar. Wir wollen weiterhin
 115 Schulen unterstützen, die sich Netzwerken wie Schule ohne Rassismus,
 116 Schule mit Courage oder Schule ohne Homo- und Transphobie anschließen
 117 wollen oder angeschlossen haben.
- 118 • Rassistische, islamfeindliche und antisemitische Vorfälle nehmen auch in
 119 Düsseldorf zu. Gleichzeitig wirbt die rechtsextreme Szene aktiv
 120 Jugendliche für ihre menschenfeindlichen Ideologien an. Wir nehmen diese
 121 Bedrohung sehr ernst und wollen eine zusätzliche Stelle bei der Stadt
 122 einrichten, die präventiv gegen Rechtsextremismus bei Jugendlichen
 123 arbeitet.

124 Freiräume schaffen

- 125 • Jugendplätze, legale Graffitiflächen, selbstverwaltete
 126 Jugendfreizeiteinrichtungen und von Nutzungen freizuhalten Freiflächen

- 127 auf Stadtplätzen sollen jungen Menschen den gemeinsamen, ungestörten
 128 Aufenthalt ermöglichen. Insbesondere befürworten wir den Bau von Bike- und
 129 Skateparks, als Sportanlagen und Treffpunkte des sozialen Miteinanders.
- 130 • Wir wollen prüfen, inwiefern eine freie Nutzung von Sporthallen durch
 131 Jugendliche z. B. in den Schulferien möglich ist.
 - 132 • Wir wollen mehr Orte für die künstlerische Verwirklichung junger Menschen
 133 bereitstellen. Ob Streetart oder "klassische" Kultur in Museen und auf
 134 Bühnen – die Vielfalt muss anerkannt und gefördert werden.
 - 135 • Wir wollen gut ausgestattete und erreichbare Spielplätze, die auf die
 136 Bedürfnisse der jungen Nutzer*innen abgestimmt sind. Dafür wollen wir den
 137 Masterplan Spielplätze fortführen und alle Kinder in die Ausgestaltung und
 138 Planung von Spielplätzen einbeziehen.
 - 139 • Kinder und Jugendliche brauchen auch abseits der herkömmlichen Spielplätze
 140 Raum, um sich entfalten und entwickeln zu können. Deswegen setzen wir uns
 141 für mindestens einen weiteren Abenteuerspielplatz in Düsseldorf ein, in
 142 dem Kinder betreut, aber ohne Erziehungsberechtigte elementare Erfahrungen
 143 machen, selbstständig handeln und den achtsamen Umgang mit Menschen,
 144 Tieren und Natur erproben können. Zudem wollen wir mit der Einrichtung
 145 temporärer Spielstraßen Kommunikationsorte und Spielräume für Kinder und
 146 Jugendliche im Quartier schaffen.
 - 147 • Wir wollen, dass Natur in der Stadt besonders von unseren Kindern erlebt
 148 werden kann. Deshalb brauchen wir neue grüne Plätze und Grünflächen, aber
 149 auch „verwilderte“ Flächen, auf denen die Kinder sich austoben und die
 150 Natur begreifen lernen können. Auch die Anbindung an bereits vorhandene
 151 Naturräume muss ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche müssen die
 152 Möglichkeit haben, Natur in der Stadt selbstständig aufzusuchen und zu
 153 erleben.
 - 154 • Der Zugang zu musikalischer Bildung sollte für alle Kinder und
 155 Jugendliche, unabhängig der finanziellen Möglichkeiten, möglich sein. Wir
 156 setzen uns für den Ausbau von Proberäumen mit musikalischem Equipment ein,
 157 die für junge Menschen kostenlos zur Verfügung stehen.

158 Kinder- und jugendgerechte Mobilität schaffen

- 159 • Auch zu späten Uhrzeiten muss die sichere Mobilität junger Menschen
 160 gewährleistet sein. Wir fordern einen spürbaren Ausbau nächtlicher Bus-
 161 und Bahnverbindungen, beispielsweise zu den Studierendenwohnheimen.
- 162 • Mobilität heißt Teilhabe. Wir wollen Familien entlasten und allen jungen
 163 Menschen eine klimafreundliche und selbstbestimmte Mobilität ermöglichen,
 164 dazu gehören deutlich günstigere ÖPNV-Tarife und Verbesserungen beim
 165 Schoko-Ticket. (Verweis Kapitel Mobilität)
- 166
- 167 • Kinder und Jugendliche sollen sich in Düsseldorf sicher zu Fuß und mit dem
 168 Fahrrad bewegen können. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass sich die
 169 Fahrradinfrastruktur stärker an den Bedürfnissen von Kindern und

170 Jugendlichen, die mit dem Fahrrad zur Schule oder zum Sport etc. fahren
171 möchten, ausgerichtet. (Verweis Kapitel Mobilität)

172 • Kinder und Jugendliche sollen in den Fahrgastbeirat eingebunden und an der
173 Linienplanung beteiligt werden. Eine enge Abstimmung von Schulen und
174 Rheinbahn ist unbedingt notwendig.

175 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen stärken

176 • Jugendfreizeiteinrichtungen müssen möglichst vor Ort verfügbar und gut
177 erreichbar sein. Wir wollen auch kleine Einrichtungen erhalten und
178 Öffnungszeiten weiter ausbauen – insbesondere an Wochenenden. Eine
179 Jugendfreizeiteinrichtung muss für alle Kinder und Jugendlichen in der
180 Stadt erreichbar sein.

181 • Wir wollen zusätzlich ein flexibles mobiles Jugendzentrum schaffen, das
182 all jene Menschen erreicht, die keinen Zugang zu gewöhnlichen
183 Jugendfreizeiteinrichtungen haben.

184 Kitas und Kindertagespflege brauchen Qualität und Vielfalt

185 • Mehr Platz: Wir GRÜNE wollen weiter jedes Jahr etwa 1.000 zusätzliche
186 Betreuungsplätze ermöglichen. Um geeignete Grundstücke zu finden, sollen
187 Kitas und Kindertagespflege in der Stadtplanung noch konsequenter
188 mitgedacht werden, gerade bei Projekten der Nachverdichtung (Verweis auf
189 Stadtentwicklung). Für die Umsetzung wollen wir auch auf die städtische
190 Baufirma IPM zurückgreifen. Bei Neubauten und auch bei bestehenden Kitas
191 müssen wir Maßnahmen zum Klimaschutz und gegen sommerliche Hitze
192 berücksichtigen.

193 • Mehr Flexibilität: Wir wollen die Öffnungszeiten der Kitas weiter den
194 tatsächlichen Bedürfnissen der Eltern und ihrer Kinder anpassen, was
195 insbesondere für Alleinerziehende große Bedeutung hat.

196 • Wir wollen, dass Mehrsprachigkeit in Schulen, Kitas und Kindertagespflege
197 geschätzt und gefördert wird. Für junge Menschen kann das Erlernen einer
198 zweiten Muttersprache eine wertvolle Ressource sein, von der sie ein Leben
199 lang profitieren. Doch Bilingualität entsteht nicht von alleine. Daher
200 sollen in Düsseldorfer Kitas und Schulen mehrsprachige Angebote mit Fokus
201 auf Kinder mit Migrationshintergrund gezielt gefördert und ausgebaut
202 werden sowie die betroffenen Eltern für dieses große Potenzial
203 sensibilisiert werden. (Verweis auf Kapitel Integration)

204 • Alle Angebote in den Kitas und in der Kindertagespflege sollen kultur- und
205 geschlechtersensibel ausgerichtet sein.

206 • Nachhaltigkeit fängt bei den Kleinsten an. Wir wollen weiter das Programm
207 „Mit Energie gewinnen“ in den KITAs unterstützen. Wir wollen Bildungs- und
208 Aktionsangebote für nachhaltige Entwicklung, auf die Schulen in Düsseldorf
209 schon kostenlos zugreifen können, auch für die KITAs anbieten. Wir wollen
210 flächendeckend gesunde, biologische, regionale, faire, nachhaltige und
211 bezahlbare Verpflegung, die auch in Kooperation mehrerer Kitas und

- 212 Kindertagespflegestellen im Sozialraum oder mit benachbarten Schulen
213 gelingen kann.
- 214 • Beteiligung muss bereits im Kindesalter praktiziert werden. Wir wollen
215 Erzieher*innen und Kindertagespflegepersonen dahingehend beraten, wie sie
216 altersgerechte Beteiligungsformate umsetzen und damit Kindern das
217 Bewusstsein geben, dass ihre Stimme zählt.
 - 218 • Neue Erzieher*innen und Kindertagespflegepersonen: Für den Ausbau der
219 Plätze und der Qualität wollen wir zusätzliche, motivierte und
220 qualifizierte Erzieher*innen und Kindertagespflegepersonen gewinnen. Dafür
221 sollten Stadt und freie Träger gemeinsam die Rahmenbedingungen verbessern.
222 Auch das Land ist hier in der Pflicht. Als GRÜNE wollen wir die
223 Ausbildungszahlen verbessern und auf die „weichen Standortfaktoren“ wie
224 bezahlbare Wohnungen und moderne Mobilität setzen. Wir wollen mehr junge
225 Männer als Erzieher werben, unter anderem durch den Ausbau von Angeboten
226 der Berufsorientierung zum Schwerpunkt soziale Berufe.
 - 227 • Kita-Navigator: Wir wollen den Kita-Navigator weiter ausbauen und
228 verbessern. Ein wichtiges Ziel ist dabei, die Platzvergabe der Kitas
229 weiterhin schnell und noch transparenter zu gestalten.
 - 230 • Kindertagespflege: Die Kindertagespflege ist in Düsseldorf ein
231 unverzichtbares Angebot der Kindertagesbetreuung - insbesondere für Kinder
232 unter drei Jahren, aber auch darüber hinaus, zum Beispiel in der
233 Randzeitenbetreuung. Gut ein Drittel der Kinder unter drei Jahren werden
234 von einer Kindertagespflegeperson betreut. Wir Grüne möchten, dass die
235 Kooperation zwischen Kitas und Kindertagespflegepersonen im jeweiligen
236 Quartier stärker unterstützt wird. Für die Anliegen der
237 Kindertagespflegepersonen und Eltern in Düsseldorf haben wir Grüne immer
238 ein offenes Ohr.

239 Hilfe in schwierigen Lagen

- 240 • Kinder und Jugendliche in Not brauchen - wie ihre Eltern - umfassende und
241 verlässliche Hilfe und Unterstützung von Seiten der Stadt. Jugendliche
242 brauchen Angebote, die Süchten vorbeugen, beispielsweise zur Vermeidung
243 von Alkoholkonsum. Angebote der Gewaltprävention und im Kinder- und
244 Jugendschutz müssen entwickelt und ausgebaut werden.
- 245 • Depressionen und andere psychische Erkrankungen werden immer häufiger
246 schon im Jugendalter diagnostiziert. Hier gilt es, die Problemlage junger
247 Menschen ernst zu nehmen und sie nicht als pubertäre Begleiterscheinung

248 abzutun. Wir wollen Anlaufstellen für Jugendliche in Problemlagen
249 bekannter machen und den Weg zur professionellen Behandlung vereinfachen.

250 • Ein digitales Hilfsangebot soll jungen Menschen bei Problemen und Anliegen
251 anonym den Weg zur richtigen Service- oder Beratungsstelle im Stadtraum
252 weisen.

253 • Für Mädchen und junge Frauen, die von Zwangsheirat bedroht oder betroffen
254 sind, haben wir spezialisierte Beratung und Unterbringungsmöglichkeiten
255 geschaffen und werden die Kapazitäten dem Bedarf anpassen.

256 • Wenn Familien ihren Kindern zeitweise oder regelmäßig keine
257 Grundversorgung oder gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen können, muss
258 es Aufgabe der Stadt sein, diese Familien zu unterstützen. Wir kämpfen
259 dafür, dass jedes Kind in Düsseldorf unabhängig von der finanziellen
260 Situation der Eltern die gleichen Chancen und Möglichkeiten hat.

261 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

262 • 1 Keine Armut

263 • 4 Hochwertige Bildung

264 • 10 Weniger Ungleichheiten

Beschluss Düsseldorf gut regiert

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.19. Düsseldorf gut regiert

Text

- 1 Düsseldorf ist die Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen und hier leben fast
2 650.000 Menschen. Alle Bürger*innen haben es verdient, dass Düsseldorf gut
3 regiert wird. Eine Kommune ist immer so gut, wie die Menschen, die für sie
4 arbeiten.
- 5 Fachkräfte für Düsseldorfs Verwaltung – halten und werben: Schon heute gibt es
6 einen großen Fachkräftemangel, der auch die Verwaltung betrifft. Bisher sollte
7 dieses Problem vielfach durch eine Verschlankung der Verwaltung gelöst werden.
8 Doch für die vielen Aufgaben in der Stadt, für bürger*innennahe Politik und
9 guten Service braucht es ausreichend und gut qualifizierte Mitarbeiter*innen.
10 Die letzte Verwaltungsreform war zu sehr auf das Streichen von Stellen
11 ausgerichtet. Unser Weg soll ein anderer sein.
- 12 Wir brauchen eine Kultur des Vertrauens und Zutrauens, klare Kompetenzen, gute
13 Führung und eine positive Fehlerkultur und -toleranz. Nur so kann man
14 zusammenwachsen und die beste Version der Düsseldorfer Stadtverwaltung werden.
- 15 Wir wollen eine Vereinbarkeits- und Attraktivitätsoffensive für aktuelle und
16 zukünftige Mitarbeiter*innen der Stadt starten. Wir werden die Einstellung von
17 Quereinsteiger*innen ermöglichen und prüfen, ob für die Mitarbeiter*innen der
18 Verwaltung ein so genannter "Düsseldorf-Zuschlag" gezahlt werden kann - so, wie
19 es andere Großstädte bereits tun. Die Möglichkeiten, von zu Hause aus zu
20 arbeiten, sollen verbessert und die Option dazu selbstverständlich werden. Auch
21 in Führungsjobs sollen vollzeitnahe Teilzeit und das Teilen von Jobs möglich
22 werden. In der Konkurrenz um Fachkräfte zählt es auch, adäquate, attraktive
23 Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Mit dem neuen Technischen Rathaus
24 werden wir dafür einen Meilenstein setzen. Wir GRÜNE wollen in einem zweiten
25 Schritt auch für die bürger*innennahen Ämter einen Neubau, beispielsweise an der
26 Moskauer Straße.
- 27 Verwaltungsmitarbeiter*innen wissen häufig am besten, wo der Schuh drückt, wenn
28 es um Qualitätssteigerung und effiziente Prozesse geht. Sie müssen mehr gehört,
29 ihre Kompetenzen ernster genommen werden. Zurzeit können die
30 Verwaltungsmitarbeiter*innen niedrigschwellig über eine eingerichtete E-
31 Mailadresse ‚mitreden‘. Wir wollen weitere Formen, sich jenseits der Hierarchien
32 zu Abläufen zu äußern, schaffen und streben ein verwaltungsinternes Social
33 Intranet an, auf der Verwaltungsmitarbeiter*innen proaktiv um Rückmeldung
34 gebeten und Reformvorschläge breit diskutiert werden können.
- 35 Verwaltung wird von Menschen gemacht und wo Menschen arbeiten, gibt es immer
36 einige wenige, die ihre Macht missbrauchen, Entscheidungen aus unlauteren
37 Gründen treffen oder anderweitig grobe Verstöße gegen Recht und Gesetz begehen.
38 Vorwürfe, die Verwaltung hätte nicht korrekt gehandelt, fallen auf alle
39 Mitarbeiter*innen zurück, die ihre Arbeit nach bestem Gewissen und im Dienste
40 des Allgemeinwohls machen. Wir fordern deshalb eine Whistleblowing-Stelle für
41 die Stadtverwaltung als Ergänzung zum Beschwerdemanagement der Stadt.

42

43 Wir setzen auf Transparenz - nicht nur bei Open Data, auch bei Verträgen und
44 Vereinbarungen, die die Stadt trifft. Mit allen Vertragspartner*innen soll, wann
45 immer dies rechtlich möglich ist, die Öffentlichkeit der Vereinbarungen
46 verhandelt werden.

47 Die Verwaltung und die Politik in Düsseldorf sollten mit gutem Beispiel voran
48 gehen und sich in besonderem Maße den Nachhaltigkeitszielen verpflichtet fühlen.
49 Dienstwagen, die viel verbrauchen und vergleichsweise wenig im Einsatz sind,
50 sind nicht mehr zeitgemäß. Wir fordern deshalb, dass es ab 2021 keine
51 Dienstwagenprivilegien für städtische Angestellte, Amtsleitungen und Vorstände
52 städtischer Tochterunternehmen mehr gibt.

53 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 54 • 5 Geschlechtergleichstellung
- 55 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 56 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Nachhaltige Entwicklung

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.20. Nachhaltige Entwicklung

Text

1 Global denken, lokal handeln und global wirken. Kommunalpolitik kann globale
2 Herausforderungen, seien es die Klimakrise, das Artensterben, die Migration oder
3 die Veränderungen in der Weltwirtschaft, nicht mehr ignorieren. Nachhaltige
4 Entwicklung, wie sie die Vereinten Nationen in der Agenda 2030 mit ihren 17
5 Nachhaltigkeitszielen definiert haben, sind ein Handlungsrahmen für eine
6 zukunftsfähige Politik – auch und gerade auf kommunaler Ebene.

7 Seit vielen Jahren engagieren sich Bürger*innen, Politik und Stadtverwaltung in
8 Düsseldorf für nachhaltige Entwicklung, beispielsweise lange Zeit im Rahmen der
9 „Lokalen Agenda“. Viele innovative Projekte konnten schon realisiert werden,
10 aber die allgemeine Verankerung in der Verwaltung und der Stadtgesellschaft muss
11 gestärkt werden.

12 GRÜN wirkt

13 Auf Basis der 2015 von den Vereinten Nationen beschlossenen und 2016 in Kraft
14 getretenen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals,
15 kurz: SDG) haben wir in Düsseldorf eine Neuausrichtung und Intensivierung der
16 Nachhaltigkeitspolitik angestoßen. Nachhaltigkeit ist heute deutlich als
17 Querschnittsaufgabe in der gesamten Stadtverwaltung definiert. Für den weiteren
18 Prozess haben wir eine Kleine Kommission und einen Nachhaltigkeitsbeirat
19 geschaffen, detaillierte Analysen und die darauf aufbauende Neuausrichtung von
20 Politik und Verwaltung initiiert. Eine stärkere Beteiligung der Düsseldorfer
21 Zivilgesellschaft wird durch eine zusätzliche Koordinierungsstelle angegangen.
22 Wir haben also bereits einiges anstoßen können. Insgesamt ist nach vielen
23 Debatten jedoch festzustellen, dass die Ausrichtung von Politik und Verwaltung
24 entlang der SDG noch zu langsam erfolgt.

25 GRÜNE Vision

26 Wir GRÜNE nutzen die SDG als grundlegenden Referenzrahmen für die Düsseldorfer
27 Politik und Verwaltung. Dafür müssen die Strukturen weiterentwickelt und die
28 Ziele für Düsseldorf konkretisiert werden. Die Orientierung an den SDG und an
29 den Nachhaltigkeitsstrategien von EU, Bund und Land soll für alle kommunalen
30 Konzepte und im laufenden Verwaltungshandeln Pflicht sein.

31 Wir wollen Düsseldorf in der regionalen, überregionalen und internationalen
32 öffentlichen Wahrnehmung als nachhaltige Stadt positionieren.

33 Nachhaltigkeit ist Chef*in-Sache: Als Querschnittsthema, das alle Fachbereiche
34 betrifft, muss die Steuerung bei einer Stabsstelle der*des Oberbürgermeister*in
35 liegen. Nur von dort aus kann eine dauerhafte und wirksame Arbeitsstruktur mit
36 den Dezernaten und mit Projektgruppen der Fachämter etabliert werden.

37 Nachhaltigkeit ist planbar und messbar: Wir benötigen eine geeignete Auswahl von
38 Indikatoren und konkreten Zielen, um Fortschritte messbar zu machen.

39 Nachhaltigkeits-Kennzahlen sollen auch in den städtischen Haushalt integriert

40 werden. Die Beiträge aller Fachämter und auch der städtischen Unternehmen zu den
41 jeweiligen Zielen sollen definiert werden. Vor politischen Entscheidungen soll
42 deren Beitrag zur Umsetzung der SDG erläutert werden.

43 Über die Nachhaltigkeits-Aktivitäten der Stadt soll regelmäßig in den Gremien
44 des Rates und in der Öffentlichkeit berichtet werden. Nachhaltigkeitsberichte
45 sollen alle zwei Jahre einen umfassenden Zwischenstand über die Ziele, Erfolge
46 und Schwächen geben.

47 Nachhaltigkeit geht nur gemeinsam: Wir GRÜNE wollen den Nachhaltigkeitsbeirat
48 zur Plattform der Partizipation für Zivilgesellschaft und Bürger*innen
49 weiterentwickeln. Auch die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung wollen wir
50 einbinden und stärken, u. a. mit Fortbildungen zu Fragen nachhaltiger
51 Entwicklung.

52 Regionale und internationale Kooperation: Ebenso wichtig sind überregionale und
53 internationale Kooperationen zur Weiterentwicklung des kommunalen
54 Nachhaltigkeits-Managements, beispielsweise durch aktive Mitarbeit im Städtetag,
55 Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen und durch das Engagement in
56 nationalen und internationalen Bündnissen zur nachhaltigen Entwicklung.

57 Hintergrundinformation SDGs

58 Auf dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde die
59 Agenda 21, die „Tagesordnung fürs 21. Jahrhundert“, beschlossen. Seitdem wird
60 Nachhaltige Entwicklung als Strategie zur Lösung globaler Probleme auf allen
61 Politikebenen diskutiert und umgesetzt. Sowohl die EU als auch die Bundes- und
62 viele Landesregierungen, aber auch Kommunen haben Nachhaltigkeitsstrategien
63 formuliert und berichten regelmäßig über die Umsetzung. Die teilweise
64 beachtlichen Erfolge der Millenniums-Entwicklungsziele der UN („Millennium
65 Development Goals“, Vorgänger der SDG) zeigen, dass ein weltweiter gemeinsamer
66 Handlungsrahmen nötig ist und erfolgreich sein kann.

67 Die Sustainable Development Goals (SDG), deutsch meist „17 Ziele für Nachhaltige
68 Entwicklung“ wurden 2016 beschlossen und stellen die aktuelle Vereinbarung der
69 Staaten für alle Politikebenen dar. Derzeit werden bzw. sind schon die
70 Strategien in EU, Bund, Ländern und Kommunen angepasst. Ein solches Vorgehen
71 erhöht die Erfolgsaussichten, weil alle Ebenen in einem definierten Rahmen
72 gemeinsam handeln. Die politischen und institutionellen Maßnahmen zum Erreichen
73 von Zielen werden so besser abgestimmt, Politik wird also in sich stimmiger.

74 Solche Abstimmung ist auch deshalb wichtig, weil es Zielkonflikte bei der
75 Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu berücksichtigen gilt: Die Schaffung
76 bezahlbaren Wohnraums z. B. darf nicht einfach auf Kosten des Naturschutzes in
77 unserer Stadt gehen oder die Finanzierung des Klimaschutzes sollte gerade keine
78 Ausgabenkürzungen im Bereich Soziales zur Folge haben. Aber Dilemmata nicht zu
79 ignorieren und divergierende Interessen zu berücksichtigen, gute Lösungen für
80 möglichste viele Bürger*innen zu finden, geht nur durch breite Partizipation der
81 Bürger*innen bei der nachhaltigen Entwicklung auf den verschiedenen politischen
82 Ebenen. Bürger*innenbeteiligung gilt international als wesentlicher
83 Erfolgsgarant für Nachhaltigkeitsprozesse.

84 Weitere Informationen unter [17ziele.de](https://www.17ziele.de)

Beschluss Internationale Zusammenarbeit

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.21. Internationale Zusammenarbeit

Text

- 1 Die Menschen in Düsseldorf sind international, die Unternehmen sind es, die
2 Kulturbetriebe, Schulen und Vereine. Auch die Stadtverwaltung wagt immer mehr
3 den Blick über den rheinischen Tellerrand. Das Büro für Internationale
4 Angelegenheiten hat in den letzten Jahren die Zusammenarbeit mit den
5 Partnerstädten verstärkt. Bisher kommt davon aber noch zu wenig bei den
6 Bürger*innen der Stadt an. Das wollen die GRÜNEN weiter verbessern.
- 7 • Europa kann so schön sein: Die Städtefreundschaft und der Austausch mit
8 Toulouse soll intensiviert und verstetigt werden.
 - 9 • Europa kann so nah sein: Düsseldorf soll sich um eine Partnerschaft mit
10 einer niederländischen Stadt bemühen. Der nächste Nachbar hat das
11 Potential für niedrigschwelligen, stetigen Austausch von dem viele
12 Düsseldorfer*innen profitieren.
 - 13 • Städtenetzwerke wie die Eurocities, der Rat der Gemeinden und Regionen
14 Europas (RGRE) oder den Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie
15 wollen wir stärker als Netzwerke nutzen und die Fachverwaltung der Stadt
16 einbeziehen – das ist wichtiger als Show-Auslandsreisen der Stadtpitze.
 - 17 • Internationalität wollen wir noch realer und praktischer machen durch die
18 Vermittlung von Praktika und Kurzzeitjobs für Facharbeiter*innen und
19 Verwaltungsangestellte.
 - 20 • Das Anwerben von EU-Fördermitteln wollen wir gemeinsam in der Region
21 angehen. (hier Verweis auf Kapitel Regionale Zusammenarbeit)
 - 22 • Wir feiern Europa am Europatag, aber es geht noch konkreter. Denn die
23 Europäische Union hat mit Feinstaub-, Badegewässer- und anderen Themen
24 unmittelbar Einfluss auf unsere Kommune – das muss sichtbar werden!
 - 25 • Immigrationsfreundliche Behörden: um Menschen aus Europa und der Welt in
26 Düsseldorf schnell eine neue Heimat zu geben braucht es mehrsprachige,
27 niedrigschwellige Angebote (Verweis Kapitel Integration).
 - 28 • Unterstützung von Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen, die ihre
29 Angebote mehrsprachig oder internationaler gestalten wollen.
 - 30 • Parlez-vous anglais? – die Fremdsprachenkompetenzen der Mitarbeiter*innen
31 der Stadtverwaltung wollen wir evaluieren und sie durch Fortbildungen in
32 ihren Fremdsprachenkompetenzen stärken.
 - 33 • Wer selbst international ist, kann besser international denken und
34 handeln. Wir möchten, dass die Stadtverwaltung auch die Diversität der
35 Düsseldorfer*innen widerspiegelt. (Verweis Kapitel Integration)

36 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

37 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

38 • 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Beschluss Bürger*innenbeteiligung und -service

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.22. Bürger*innenbeteiligung und Service

Text

1 Die Demokratie ist nichts, was in sich ruht, was fertig ist, was bleiben kann,
2 wie es ist. In einer Demokratie wird Macht nicht konzentriert, sie wird geteilt
3 und allen Bürger*innen muss der gleiche Zugang zum politischen Geschehen
4 ermöglicht werden. Solange Gesellschaft nicht stehenbleibt, ist Demokratie nicht
5 fertig, darf sie nicht stehenbleiben.

6 Die Gesellschaft bewegt sich schon lange viel schneller als die demokratischen
7 Prozesse sich weiterentwickeln. Bürger*innen äußern immer wieder Unverständnis
8 für politische Entscheidungen und demokratische Prozesse, die ihnen vorgelagert
9 sind. Wir wollen der Demokratie neuen Schwung verleihen und neue demokratische
10 Traditionen begründen. Wo, wenn nicht in der Kommune, kann man damit am besten
11 anfangen?

12 Demokratie ist, was wir draus machen

13 Unsere Stadtgesellschaft braucht die Beteiligung möglichst aller Bürger*innen
14 aller Altersstufen für eine lebenswerte Stadt. Dazu müssen wir verschiedene
15 Formate einsetzen, um die unterschiedlichen Gruppen zu erreichen. Es sind auch
16 die Ziele unterschiedlich, von der Gestaltung von Plätzen und Quartieren bis zur
17 Wahl in die Interessenvertretungen wie der Beirat für Senioren*innen und dem
18 Jugendrat. Anlässe müssen kreativ und niedrigschwellig zur Beteiligung angeboten
19 werden und mit Expert*innen umgesetzt werden.

20 GRÜN wirkt

- 21 • Wir haben eine neue Beteiligungskultur angestoßen. Sowohl bei
22 grundsätzlichen Themen wie dem Kulturentwicklungsplan als auch bei
23 einzelnen Projekten wie dem Lärmaktionsplan, den städtebaulichen
24 Wettbewerben oder der Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes gibt es
25 eine frühzeitige und intensive Beteiligung der Bürger*innen.
- 26 • Aufsuchende Befragungen, die gleichzeitig zielgruppenorientiert umgesetzt
27 worden sind, wie der Bauwagen zu Straßenplanung, haben große Rückläufe und
28 viele Statements erbracht, die in die weitere Planung einfließen konnten.
29 Diese vielversprechenden Methoden wollen wir weiterentwickeln und
30 einsetzen.
- 31 • Wir haben mit dem „Raumwerk D“ und mit dem „Mobilitätsplan D“ Bürger*innen
32 ermöglicht gemeinsam mit Expert*innen grundsätzlich über die
33 Stadtentwicklung und die Zukunftsvision für Düsseldorf zu diskutieren.
34 Auch der „Blau-Grüne Ring“ ist ein gutes Beispiel für den Dialog mit den
35 Bewohner*innen unserer Stadt. Diese kreativen Beteiligungsformen müssen
36 wir weiterentwickeln.

37 Agile Demokratie – jetzt!

38 Alles Politische beginnt mit der Frage nach dem, was ist. Nur so können
39 sinnvolle Debatten darüber stattfinden, was sein soll. Deshalb haben wir uns im
40 Rat dafür eingesetzt, dass die Verwaltung alle nicht-personenbezogenen Daten,
41 die sie erhebt, veröffentlicht – open data by default. So eine Umstellung geht
42 nicht von heute auf morgen, doch schon jetzt können Bürger*innen auf
43 Pendler*innenzahlen zugreifen, im Haushalt sehen, welches Geld wo ausgegeben
44 werden soll und die Bevölkerungsstatistik der Stadt einsehen. Das hilft
45 Zivilgesellschaft, Presse und Wissenschaft: wichtige Säulen der Demokratie.

46 Um Bürger*innen mit ihren Anliegen ernster zu nehmen und Demokratie neu zu
47 beleben, braucht es aber viel mehr als das.

- 48 • Jugendrat, Seniorenrat, Jugendamtselternbeirat, Beirat für Menschen mit
49 Behinderungen und Integrationsrat: hier engagieren sich Menschen
50 ehrenamtlich, investieren Zeit und Herzblut, um in ihren Themenbereichen
51 und darüber hinaus Düsseldorf lebenswerter zu machen und konkret Politik
52 mitzugestalten. Diese Gremien brauchen mehr Klarheit darüber, wohin ihre
53 Beratungen und Empfehlungen führen und welche Aktivitäten der Verwaltung
54 sie zukünftig mitgestalten können. Sie brauchen, wie jede ehrenamtliche
55 Struktur, ausreichende hauptamtliche Begleitung und Unterstützung.
- 56 • Bürger*innen vernetzen sich spontan, um ihre politischen Anliegen zu
57 formulieren. Bisher müssen sie dafür auf Angebote von Onlineplattformen
58 zurückgreifen und hoffen, so über die Presse in das Aufmerksamkeitsfeld
59 der Politik zu gelangen. Wir fordern eine eigene städtische Online-
60 Plattform für Bürger*innenanliegen und Mechanismen, nach denen sich Rat
61 und Oberbürgermeister*in mit den dort geäußerten Anliegen befassen müssen
62 – ergänzend zu den landesrechtlich möglichen Wegen der verbindlichen
63 Bürgerbeteiligung
- 64 • Landesrechtliche Möglichkeiten für verbindliche Bürgerentscheidungen
65 besser nutzen: Abstimmungen zu strittigen Fragen können eine Klarheit
66 schaffen, wie sie durch parlamentarische Entscheidungen nicht geschaffen
67 werden können. Das Landesrecht sieht Bürgerentscheide auch auf kommunaler
68 Ebene vor, doch die Stadtverwaltung muss noch besser aufgestellt sein,
69 wenn es um eine konstruktive Begleitung und Durchführung geht.
- 70 • Düsseldorf ist divers und so muss Beteiligung sein. Alles, was für die
71 aktive Mitgestaltung der kommunalen Demokratie nötig ist, sollte
72 barrierefrei und mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden. Beteiligung
73 muss durch niedrighschwellige und vielfältige Formate allen ermöglicht
74 werden, die in Düsseldorf leben und wirken.
- 75 • Nicht jede Verwaltungstätigkeit oder politische Entscheidung ist sinnvoll
76 über verbindliche Beteiligung oder Gremienarbeit zu bearbeiten. Politik
77 und Verwaltung können trotzdem in ihren Entscheidungen und Tätigkeiten auf
78 die Wünsche und Meinungen der Bürger*innen eingehen, wenn sie die
79 Meinungen denn kennen! Manche Formen des direkten Feedbacks oder der
80 Meinungsumfragen sind kostengünstig, einfach zu handhaben und können einen
81 wichtigen Baustein für eine agile Demokratie darstellen. Dafür müssen sie

82 aber anders als jetzt in ein politisches Konzept eingebettet und
83 methodisch nachvollziehbar durchgeführt werden.

- 84 • Das Gegenteil von gut ist gut gemeint: der Mängelmelder der Stadt muss
85 besser werden. Wir fordern ein transparentes, modernes Beschwerdesystem
86 bei dem Bürger*innen jederzeit online einsehen können, an welcher Stelle
87 ihre Beschwerde oder eine Mangelmeldung nun in der Verwaltung ist (zur
88 digitalen Verwaltung s. Kap. Digitalisierung).
- 89 • Bürger*innen müssen außerdem die Möglichkeit haben, sich anonym über z. B.
90 rassistisches oder sexistisches Verhalten von Verwaltungsmitarbeiter*innen
91 zu beschweren. Nur so kann schädlichem Verhalten von Wenigen nachgegangen
92 werden – zum Schutz des Ansehens der ganzen Verwaltung.
- 93 • Jedes große Unternehmen in Deutschland ist gesetzlich verpflichtet
94 Maßnahmen zu ergreifen, die Korruption, Vetternwirtschaft und Rechtsbruch
95 verhindern (compliance). Auch in der Verwaltung gibt es solche
96 Mechanismen. Doch die Compliance-Stelle für die Stadtverwaltung muss mit
97 ihrer Arbeit sichtbarer und ausgebaut werden. Wir setzen uns außerdem für
98 Whistleblower-Schutz ein.

99 Beteiligungskonzept – professionell und auf dauerhafte Weiterentwicklung
100 angelegt

101 Demokratie denkt sich nicht mal eben nebenbei neu. Die Ideen, mit denen wir
102 Beteiligung in Düsseldorf vom Kopf auf die Füße stellen wollen, sind nicht
103 gänzlich neu. Wer über den rheinischen Tellerrand hinausschaut sieht, dass
104 andere Kommunen weiter sind als wir. Von ihnen können wir lernen. Und das erste,
105 was wir von ihnen lernen können ist, dass das Ausbuchstabieren von
106 Beteiligungswegen, Feedback-Tools und Verwaltungsmechanismen nichts ist, was
107 sich im politischen Betrieb nebenbei erledigen lässt. Deswegen wollen wir eine*n
108 Beteiligungsbeauftragte*n mit einem Team an Mitarbeiter*innen, die ausführliche
109 Leitlinien für die agile Demokratie in Düsseldorf – gemeinsam mit externen
110 Expert*innen und in wissenschaftlicher Begleitung - entwickeln und umsetzen.

111 Ziel der Konzepte und der Arbeit muss dabei ein niedrigschwelliger, vielfältiger
112 Zugang sein:

- 113 • Verfahren: Online- und Offline-Befragungen, Bauwagenaktionen und breit
114 angelegte Diskussionsforen und –tage, Beiräte und ad hoc zusammengestellte
115 Arbeitsgruppen, viele Formen sind denkbar und müssen ihren festen Platz in
116 der Planung, Vorbereitung und Umsetzung der politischen Beschlüsse haben.
- 117 • Stadtteilkonferenzen als Standard: Neben den Aufforderungen zu Planungen
118 und Gestaltungen brauchen wir verlässliche Verfahren, um mit den
119 Bürger*innen im Gespräch zu bleiben. Stadtteilkonferenzen zu Themen vor
120 Ort, die gleichzeitig auch Raum bieten für spontane Fragestellungen haben
121 sich bewährt und müssen im gesamten Stadtgebiet in den Bezirksvertretungen
122 mindestens jährlich abgehalten werden.
- 123 • Orte: Wir brauchen verlässliche Orte, wo die Meinungen der Bürger*innen
124 ungefragt eingegeben werden können. Internet, Beteiligungspavillon und
125 Straßenaktionen, auch hier ist Vielfalt gefordert. Unterstützt werden

126 müssen diese Maßnahmen durch verständliche Broschüren und Flyer, durch
127 professionelle Beauftragte und nachvollziehbare Dokumentationen und
128 Wirksamkeitsüberprüfungen.

129 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 130 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 131 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Finanzen

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.23. Finanzen

Text

1 Nachhaltigkeit im Sinne der „Enkeltauglichkeit“ beinhaltet für uns GRÜNE eine
2 solide und zukunftsfeste Finanz- und Haushaltspolitik. Wir müssen den
3 nachfolgenden Generationen auch die finanziellen Handlungsspielräume für ihre
4 Bedürfnisse erhalten. Gleichzeitig sind wir unseren Kindern und Enkel*innen
5 verpflichtet, die Substanz und die Infrastruktur der Stadt zu erhalten und zu
6 verbessern. Die Schuldenfreiheit alleine ist kein Wert, wenn sie durch
7 Investitionsstau, unterlassenen Klimaschutz, fehlende soziale Teilhabe oder
8 andere kurzfristige Sparmaßnahmen erkauft wäre.

9 Gerade in der wachsenden Stadt Düsseldorf käme uns – beziehungsweise unseren
10 Kindern und Enkel*innen – die „schwarze Null“ als alleiniges Ziel teuer zu
11 stehen. Nachhaltige grüne Haushaltspolitik verbindet das Ziel der
12 generationengerechten Finanzen mit dem Ziel der dauerhaft leistungsfähigen
13 Daseinsvorsorge. Wir wollen den Haushalt der Stadt Düsseldorf in diesem Sinne
14 auf eine „grüne Null“ ausrichten, die einen Ausgleich zwischen fiskalischen,
15 ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen genauso wie zwischen heutigen
16 und künftigen Generationen symbolisiert.

17 Grundsätzlich stehen alle Städte und Gemeinden strukturell weiterhin vor großen
18 Herausforderungen, da wir von einer ausreichenden Finanzierung der kommunalen
19 Pflichtaufgaben durch den Bund und das Land NRW weit entfernt sind. Aktuelles
20 Beispiel: Die Rückkehr zum neunjährigen Abitur G9 wurde vom Land entschieden und
21 erfordert in Düsseldorf Investitionen von mehr als 100 Millionen Euro, die nicht
22 ansatzweise vom Land übernommen werden. Wir GRÜNE streiten daher auch im Land
23 und im Bund dafür, dass die kommunalen Finanzen so aufgebaut werden, dass die
24 Städte heute und in Zukunft nachhaltig investieren und haushalten können.

25 GRÜN wirkt

26 Haushaltsschwerpunkte neu gesetzt: In den vergangenen Jahren haben wir den
27 Fokus der Stadt Düsseldorf schrittweise korrigiert. Nach den schwarz-gelben
28 Prestige-Bauprojekten „Kö-Bogen“ und Wehrhahnlinie haben wir den Schwerpunkt neu
29 gesetzt: auf die Investitionen in Schulen, Schwimmbäder, Kultureinrichtungen und
30 weitere Elemente der Daseinsvorsorge.

31 Ausgleichsrücklage wieder aufgefüllt: Die Ausgleichsrücklage, also der Puffer
32 innerhalb des städtischen Eigenkapitals zum Ausgleich von negativen wie
33 positiven Jahresabschlüssen, war unter CDU und FDP von 570 Millionen Euro in
34 2009 auf nur noch ca. 160 Millionen Ende 2014 geschmolzen – mit weiter fallender
35 Tendenz. Mit unserer Unterstützung konnten die Stadtverwaltung und die
36 Stadtkämmerin umsteuern und sowohl die Rücklage wieder auffüllen als auch die
37 liquiden Mittel für Investitionen sicher. Die entscheidende Maßnahme war hierfür
38 die Übertragung des Kanalnetzes an den Stadtentwässerungsbetrieb.

39 Strukturell ausgeglichene Haushalte: Waren bei Schwarz-Gelb negative
40 Jahresabschlüsse die Regel und strukturell ausgeglichene Haushalte die Ausnahme,

41 so haben wir das Verhältnis umgekehrt. 2017, 2018 und 2019 konnten wir mit einem
42 Plus abschließen. 2020 ist erneut strukturell ausgeglichen geplant: Die
43 Ausgleichsrücklage wird erhalten und schrittweise wieder aufgefüllt.

44 Stabile Rahmenbedingungen: Wir haben die steuerlichen Eckpunkte für die
45 Düsseldorfer Bürger*innen sowie für die Wirtschaft stabil halten können.
46 Insbesondere die Gewerbesteuer ist heute und in Zukunft die wichtigste Säule der
47 städtischen Einnahmen. Hier verknüpfen wir unsere Ziele einer nachhaltigen
48 Haushalts- mit Wirtschaftspolitik (Verweis auf Kapitel Wirtschaft).

49 Keine ÖPP: Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) zur Finanzierung von
50 Investitionen sind für den Staat meist riskant und teuer. Bundesweit wird dies
51 beispielweise an Autobahnprojekten deutlich. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich
52 dafür eingesetzt, dass es nach dem von CDU und FDP beschlossenen Neubau des
53 Balletthauses keine weiteren ÖPP gibt.

54 Divestment: Auf unseren Druck hat die Stadt Düsseldorf in 2019 endlich ihre
55 letzten RWE-Aktien verkauft (Verweis auf Kapitel Wirtschaftsförderung).

56 Transparenz verbessert: Der Haushaltsplan und das laufende Controlling sind in
57 den vergangenen Jahren ein erstes Stück transparenter und lesbarer geworden. Die
58 Jahresabschlüsse der Stadt und ihrer städtischen Tochterunternehmen und
59 Beteiligungen werden deutlich schneller erstellt, beraten und beschlossen.

60 Neue Impulse: Mit der Idee, die Nachhaltigkeitsziele (SDG, siehe auch Kapitel ...) und eine geschlechtergerechte Finanzpolitik („Gender Budgeting“) auch im städtischen Haushalt zu etablieren, haben wir neue Impulse gesetzt, die in den kommenden Jahren stufenweise umgesetzt werden (Verweis auf Gleichstellung und Nachhaltige Entwicklung)

65 GRÜNE Vision

66 Nachhaltig: Wir GRÜNE wollen, dass der im städtischen Haushalt die
67 Nachhaltigkeitsziele verankert werden. Dafür kann die vorhandene Struktur
68 (Doppik) mit den Kenn- und Zielzahlen genutzt werden. Für die städtischen
69 Finanzanlagen wollen wir nachhaltige Anlagekriterien.

70 Tragfähig: Basierend auf dem Projekt des Deutschen Instituts für Urbanistik
71 (DIfU) am Beispiel der Stadt Köln wollen wir ein Tragfähigkeitskonzept für den
72 Düsseldorfer Haushalt inklusive der städtischen Tochterunternehmen und
73 Beteiligungen erarbeiten. Die Basis bildet eine Analyse, die neben den aktuellen
74 und mittelfristigen Haushaltsdaten die langfristigen Bedarfe und Risiken
75 umfasst. Darauf aufbauend werden Modelle entwickelt, die bei heutigen
76 politischen Entscheidungen unmittelbar die Auswirkungen auf die langfristige
77 finanzielle Nachhaltigkeit der Stadt abschätzen.

78 Wirkungsvoll: Die Chancen der Umstellung kommunaler Buchhaltung auf das „Neue
79 Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) inklusive der Doppik (Doppelte Buchführung in
80 Produkten und Konten) sind im Düsseldorfer Haushalt noch weitgehend ungenutzt.
81 Wir wollen die Vorteile besser nutzen, insbesondere die Steuerung über Ziele und
82 Kennzahlen.

83 Transparent: Der städtische Haushalt ist auch heute kein Buch mit sieben
84 Siegeln. Aber wir wollen insbesondere die Möglichkeiten der digitalen
85 Darstellung und Aufbereitung noch besser nutzen, um ihn für interessierte

86 Bürger*innen zugänglich zu machen. Die Open Data Projekte können hierfür
87 Vorbilder und Unterstützung liefern.

88 Bürgerhaushalt: Aufbauend auf einer verbesserten Transparenz des städtischen
89 Haushalts wollen wir GRÜNE die unterschiedlichen Ansätze von Bürgerhaushalten
90 weiterverfolgen. Denkbar sind sowohl partizipative Elemente zum Gesamthaushalt
91 als auch sogenannte Bürgerbudgets auf Quartiers-, Stadtbezirks- oder Stadtebene,
92 angelehnt an die erfolgreichen Verfügungsfonds in der integrierten
93 Stadtentwicklung.

94 Keine ÖPP: Auch in Zukunft lehnen wir Öffentlich-Private-Partnerschaften als
95 Projektfinanzierung ab. Wir wollen die Stadt und ihre Tochterunternehmen so
96 aufstellen, das sie ihre Stärken nutzen können und die Projekte stemmen können.

97 Engagement der Bürger*innen: Bei besonderen Projekten wie der Sanierung des
98 Schauspielhauses oder dem Neubau der Waldschule haben Bürger*innen sich
99 finanziell stark engagiert. Wir GRÜNE haben für diese Verbundenheit der
100 Düsseldorfer*innen mit ihrer Stadt und den besonderen Orten große Dankbarkeit
101 und hohen Respekt. Wir möchten dieses Engagement auch in Zukunft für
102 entsprechende Projekte ermöglichen und um Unterstützung werben. Denkbar wären
103 beispielsweise spezielle Bürgeranleihen, die auch einen nicht finanziellen
104 Gegenwert erhalten können.

105 Kommunales Wirtschaften: Wir Grüne wollen die Prioritäten bei den städtischen
106 Tochterunternehmen und den Unternehmensbeteiligungen überprüfen und neu
107 ausrichten. Der Verkauf der RWE-Aktien war richtig. Einen möglichen Verkauf der
108 städtischen Flughafenanteile schließen wir nicht aus. Für die Daseinsvorsorge in
109 Düsseldorf sind die Beteiligungen an den Stadtwerken und der Awista strategisch
110 wichtig. Hier streben wir eine Erhöhung der städtischen Anteile an.

111 Fördermittel: Für zahlreiche Themen gibt es projektbasierte Fördermittel der
112 Europäischen Union, des Bundes oder des Landes. Wir wollen die Beratung und die
113 konkrete Akquise durch eine zentrale Stelle in der Finanzverwaltung stärken.

114

115 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 116 • 7 Bezahlbare und saubere Energie
- 117 • 12 Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster
- 118 • 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Beschluss Digitale Transformation

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.24. Digitale Transformation

Text

1 Die digitale Transformation betrifft alle Lebensbereiche und sie ist die wohl
2 wichtigste technologische Veränderung der letzten Jahrzehnte. Die Arbeitswelt
3 hat sich in den letzten 30 Jahren durch sie enorm verändert, die Kommunikation
4 und auch das soziale Miteinander gestaltet sich anders als noch vor einer
5 Generation. Die Stadt muss diese Transformation aktiv mitgestalten, selber
6 Themen setzen, statt sich an Trends abzuarbeiten und auf Veränderungen nur zu
7 reagieren.

8 Smart City Düsseldorf - kommunale digitale Transformation

9 Im Düsseldorfer Nahverkehr sind die Ticket-App und die Echtzeitanzeige nicht
10 mehr wegzudenken. Eltern, die ihre Kinder über den Kita-Navigator anmelden
11 profitieren von einer vergleichsweise einfachen Abwicklung. Ein Termin im
12 Bürgerbüro kann mittlerweile online gebucht werden und auf der Homepage der
13 Stadt stehen wichtige Formulare zum Download bereit.

14 Doch auch in Düsseldorf ist noch viel Luft nach oben, wenn es darum geht, die
15 digitale Transformation kommunal auszubuchstabieren. Viele öffentliche
16 Einrichtungen, allen voran viele Schulen, sind nicht oder unzureichend mit W-LAN
17 ausgestattet. Die Möglichkeiten, die sich durch digitale Technologien für die
18 kommunale Verwaltung ergeben, schöpft Düsseldorf bei weitem nicht aus. Von einer
19 gemeinwohlorientierten "Smart City" sind wir weit entfernt, auch die
20 Digitalisierung der Bürgerservices ist nicht so weit ausgebaut, wie wir es uns
21 für das Jahr 2020 vorgestellt haben.

22 Neuer Fachausschuss des Stadtrats für die Themen Digitalisierung und Netzpolitik

23 Wir wollen in einem eigenständigen Ausschuss "Digitalisierung und Netzpolitik"
24 als Kommunalpolitiker*innen gemeinsam mit der Fachverwaltung und unterstützt von
25 externen Expert*innen eine Strategie für ein digitales Düsseldorf 2030
26 entwickeln. Wir brauchen einen Ort um dauerhaft Digitalpolitik in Düsseldorf zu
27 denken und entschieden zu handeln. Als neuer Querschnittsausschuss arbeitet er
28 gemeinsam mit anderen Fachausschüssen und Fachverwaltung an Themen der digitalen
29 Transformation: Konzepte für eine sinnvolle digitale Ergänzung des
30 Bürgerservices, Ausbau des W-Lans in öffentlichen Einrichtungen oder die
31 Ausweitung der Bürger*innenbeteiligung.

32 Die Zeit rennt, entsprechend muss unkonventionell gehandelt werden. Wir Grüne
33 schlagen deshalb zusätzlich eine Agentur für digitale Transformation vor, die
34 temporär besteht und dafür sorgt, dass dieser wichtige Veränderungsprozess
35 professionell weiter vorangetrieben wird.

36 Düsseldorf wird Vorreiterin für sozial-ökologische IT

37 Digitalisierung birgt gleichzeitig Chancen für effizienteren Ressourcengebrauch
38 und Risiken für hohe ökologische Kosten. Wir Grünen wollen, dass unsere Stadt
39 Vorreiterin für sozial-ökologische IT wird und Einkäufe nach entsprechenden

40 Kriterien ausgerichtet, sowie das Recycling optimiert und den Stromverbrauch für
41 die städtische IT vollständig aus erneuerbaren Energien bezieht. Die Verwaltung
42 soll weitestgehend papierlos werden und damit einen Beitrag zur
43 Ressourcenschonung leisten. Überall, wo die Stadt Software einkauft, muss sie
44 darauf achten, dass diese keine diskriminierenden Algorithmen enthält.

45 Bei IT-Beschaffungen soll unter Berücksichtigung des Anwendernutzens, der
46 Wirtschaftlichkeit sowie der erforderlichen Transparenz, IT-Sicherheit und
47 Flexibilität das beste Produkt gewählt werden. Die Vorteile von Open-Source-
48 Softwarelösungen sollen im Beschaffungsprozess berücksichtigt werden.

49

50 safety first - Datenschutz...

51 Die Kommune erhebt, verwaltet und archiviert unzählige Daten über Bürger*innen,
52 interne Prozesse, externe Projekte und Planungen. Daten mit Personenbezug
53 bedeuten in erster Linie eine hohe Verantwortung - nämlich für den Datenschutz.
54 Zur Abwicklung von offiziellen Anfragen sollten FIDO2 Technologien in Betracht
55 gezogen werden (sichere, anonymisierte und nutzerfreundliche Zwei-Faktor-
56 Authentifizierung). Die digitale Infrastruktur der Stadt muss auf höchstem
57 Niveau vor Cyberangriffen und Sabotage geschützt werden.

58 ...und Datenschätze - open data by default

59 Andere Daten sind Schätze. Immer dann, wenn Daten anonymisiert erhoben werden
60 oder von vorne herein keine personenbezogenen Daten beinhalten, können sie für
61 Forschung, Entwicklung und politische Arbeit oder in der Bildung genutzt werden:
62 wie viele Jugendliche nehmen an Maßnahmen der offenen Jugendarbeit teil? In
63 welcher Höhe wurden Fördergelder für Dachbegrünungen abgerufen? Wie hoch sind
64 die Arbeitslosenzahlen in Düsseldorf? Bisher werden nur wenige Daten auf
65 opendata.duesseldorf.de - zudem einfach nutzbar - zur Verfügung gestellt. Wir
66 wollen, dass Transparenz zur Regel wird. Denn die Daten, die die Verwaltung
67 erhebt, gehören allen Bürger*innen.

68 Digitale Transformation für, nicht gegen die Menschen

69 Ein digitales Bürgerbüro birgt viele Vorteile. Die Stadt sollte alle
70 Bürgerservices - soweit rechtlich zulässig - auch digital anbieten. Von der
71 Stadt geförderte Kulturprogramme, soziale Projekte und Kurse sollen online auf
72 einer gemeinsamen Plattform zu finden und zu buchen sein, wie schon heute bei
73 Angeboten für Familien und Kinder.

74 Homepages der Stadt und der öffentlicher Einrichtungen müssen vereinheitlicht
75 und für alle Menschen zugänglich gemacht werden: durch leichte Sprache,
76 automatische Übersetzungsservices, ermöglichen von Sprachausgabe und den Einsatz
77 von Chat-Bots.

78 Uns ist wichtig, dass bei der Neugestaltung und dem Ausbau der digitalen
79 Bürgerservices die Bedarfe der Nutzer*innen im Mittelpunkt stehen. Wir wollen
80 Digitale Werkstätten etablieren, in denen sowohl die Mitarbeiter*innen der
81 Verwaltung als auch interessierte Bürger*innen frühzeitig ihre Wünsche und Ideen
82 einbringen und an den Konzepten und Prototypen mitarbeiten können.

83 Düsseldorf braucht ein freies W-LAN im Freifunk-Standard in allen öffentlichen
84 Einrichtungen, Schulen, Sportstätten, an öffentlichen Plätzen, Einkaufsstraßen
85 und an Nahverkehrshaltestellen.

86 Doch wenn Services nur noch online zur Verfügung stehen, können diejenigen auf
87 der Strecke bleiben, die mit der Umstellung nicht gut zurechtkommen, keine
88 entsprechenden Geräte zur Verfügung haben oder keinen dauerhaften Zugang zum
89 Internet haben. Bürgerservices müssen deshalb dauerhaft auch analog nutzbar
90 bleiben.

91 Verwaltungsmitarbeiter*innen müssen die Fortbildungen bekommen, die sie
92 brauchen, um eingekaufte Software zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit
93 effektiv einsetzen zu können. Dort, wo Mobiles Arbeiten und Home-Office Lösungen
94 möglich sind, sollen sie beworben und auf Wunsch genutzt werden.

95 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 96 • 8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
- 97 • 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 98 • 16 Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Wirtschaft

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.25. Wirtschaft

Text

1 Grüne Wirtschaftspolitik hat Nachhaltigkeit im Blick: ökonomisch, ökologisch und
2 sozial. Wir verknüpfen die Stärken, die Düsseldorf als Standort schon hat, mit
3 den zentralen Zukunftsthemen Klima- und Umweltschutz, Digitalisierung und
4 Demographischer Wandel.

5 Düsseldorf hat einen vielseitigen Branchenmix, ist gleichzeitig Heimat
6 zahlreicher etablierter Unternehmen sowie junger Start-Ups. Zahlreiche
7 Investitionen und Ansiedlungen globaler Firmen zeigen die starke
8 Internationalität und Offenheit unserer Stadt. Mit den Hoch- und Fachhochschulen
9 ist Düsseldorf zudem ein starker Standort für Wissenschaft und Innovation, was
10 gerade für die Cluster Informations- und Kommunikationstechnologie (ITK) und
11 Biotechnologie elementar ist. Auch die Messe, der Handel, die Gastronomie und
12 nicht zuletzt die Kultur- und Kreativwirtschaft sind prägend in unserer Stadt –
13 sowohl wirtschaftlich als auch für das gesellschaftliche und kulturelle Leben in
14 unserer Stadt. Industrie und produzierendes Gewerbe bleiben ebenso elementar
15 wichtig für Düsseldorf und seine Zukunft.

16 Die wirtschaftliche Stärke ist auch für die finanzielle Stärke der Stadt
17 zentral. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind die wichtigste Säule im
18 städtischen Haushalt. Wir GRÜNE stehen für verlässliche Rahmenbedingungen und
19 wollen Düsseldorf als Wirtschaftsstandort in allen Dimensionen – ökonomisch,
20 ökologisch, sozial – zukunftsfest machen.

21 GRÜN wirkt

22 Innovativ: Start-Ups erfahren deutlich bessere Unterstützung, Beratung und
23 Vernetzung durch die Stadt. Zahlreiche und unterschiedliche Co-Working Flächen
24 sind entstanden und bieten eine kreative und wertvolle Umgebung.

25 Neu: Düsseldorf ist weiterhin attraktiv für Unternehmen aus dem In- und Ausland.
26 Dynamisch wachsende Unternehmen wie Wacom, Stepstone oder Trivago konnten an
27 neuen Standorten in der Stadt gehalten werden. Neue und innovative Entwicklungen
28 wie der „EUREF-Campus“ am Flughafen Fernbahnhof konnten ermöglicht werden. Mit
29 der Ko-Finanzierung des „digihub“ haben wir eine neue Vernetzung von
30 Mittelstand, Start-Ups, Konzernen, Wissenschaft und Investor*innen ermöglicht.

31 Stabil: Mit dem Konzept der Industrie-Kernzonen haben wir den produzierenden
32 Unternehmen einen verlässlichen Rahmen gegeben. Wir schützen Flächen für
33 Industrie und Gewerbe, insbesondere gegen ausufernde Büroneubauten oder
34 ungesteuerten großflächigen Einzelhandel. Und auch in finanziell schwierigeren
35 Jahren haben wir die Gewerbesteuer und die Grundsteuern stabil gehalten.

36 Kreativ: Die in Düsseldorf wichtige Modebranche haben wir weiter unterstützt und
37 mit Fair Fashion & Nachhaltigkeit neue Themen gesetzt. Mit dem Kompetenzzentrum
38 Kultur- und Kreativwirtschaft haben wir eine Anlaufstelle für kreative Köpfe
39 geschaffen. Die Bedeutung von Kreativräumen ist endlich auch in der Stadtplanung
40 etabliert, ebenso das Ziel, Räume wo immer möglich, zu sichern und auszubauen.

41 GRÜNE Vision

42 Wir GRÜNE wollen die Wirtschaftsförderung noch stärker an der ökonomischen,
43 ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit ausrichten. Wir schaffen stabile
44 Rahmenbedingungen und die Basis für eine zukunftsfeste Entwicklung der
45 Düsseldorfer Wirtschaft.

46 Klimaschutz ist Pflicht und Chance: Damit Düsseldorf 2035 klimaneutral ist,
47 müssen auch Industrie, Gewerbe und Handel Verantwortung übernehmen und große
48 Beiträge leisten. Gleichzeitig sind die für den Klimaschutz nötigen Energie-,
49 Wärme- und Verkehrswende große Markt-Chancen für die innovative Düsseldorfer
50 Wirtschaft. Wir wollen ein Bündnis aus Stadt und Wirtschaft für das
51 klimaneutrale Düsseldorf 2035. Energieeffizienz, Ökostrom-Ausbau, Wärme- und
52 Kältenetze und viele Themen mehr müssen wir gemeinsam angehen. Ein besonderer
53 Schwerpunkt muss dabei auf gemeinsamen Projekten für zukunftsfähige Mobilität
54 und City-Logistik in Düsseldorf und der Region liegen.

55 Die Digitale Transformation bedeutet mehr als Breitband-Ausbau oder freies W-
56 LAN. Sie bedeutet für viele Wirtschaftsbranchen grundsätzliche Umbrüche, die
57 Herausforderungen und Chancen gleichzeitig sind. Gerade die in Düsseldorf
58 starken Branchen der Telekommunikation, der Banken und Versicherungen stehen
59 dabei im Fokus. Gemeinsam müssen Stadt und Wirtschaft die Digitalisierung
60 gestalten, Rahmenbedingungen setzen und Innovationen ermöglichen. Auch die
61 Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen wird dabei eine wichtige
62 Aufgabe für die städtische Wirtschaftsförderung.

63 Auch bei der Digitalen Transformation steht für uns GRÜNE der Mensch im
64 Mittelpunkt. Daten- und Verbraucherschutz sind daher nicht lästig, sondern
65 spielen eine wichtige Rolle für das Gelingen und die Akzeptanz von
66 Veränderungen. (hier Verweis auf das Kapitel Digitale Transformation)

67 Die Kultur- und Kreativwirtschaft wollen wir noch besser unterstützen. Das von
68 uns initiierte Kompetenzzentrum „KomKuK“ werden wir weiterentwickeln und
69 stärken, insbesondere für eine bessere Ermöglichung und Vermittlung von Räumen
70 für Künstler*innen und Kreative. Dafür muss die Lotsenfunktion der KomKuK
71 innerhalb der Stadtverwaltung besser unterstützt werden. Zusätzlich braucht es
72 ein Budget für kleine und unkomplizierte aber wirksame Zuschüsse für Projekte in
73 der Kultur- und Kreativwirtschaft.

74 „Düsseldorf nach Acht“: Wir GRÜNE wollen die Düsseldorfer Nachtkultur und
75 Nachtökonomie noch stärker in den Fokus nehmen und das interdisziplinär:
76 wirtschaftlich, kulturell, ordnungspolitisch und stadtplanerisch. Als Basis muss
77 die bereits beschlossene Analyse dringend kommen. Für die Koordination ist ein*e
78 „Nachtbürgermeister*in“ eine gute Option.

79 Die Unterstützung von Start-Ups und Gründer*innen wollen wir weiterentwickeln.
80 Für die Wachstumsschritte gehört dazu insbesondere die Hilfe bei der Suche nach
81 passenden Räumen und nach Fachkräften. Die Stadt muss auch die vielfältigen Co-
82 Working Spaces noch besser wahrnehmen und die jeweiligen Stärken nutzen und
83 unterstützen.

84 Der Einzelhandel ist aufgrund des weiter zunehmenden Onlinehandels immer noch
85 inmitten großer Veränderungen. Wir wollen den Einzelhandel und das
86 (Schaufenster-)Gewerbe in diesem Prozess bestmöglich unterstützen. Neben
87 innovativen Verknüpfungen von lokalem Handel mit den eigenen online Angeboten

88 gehören dazu insbesondere attraktive Einkaufsstraßen mit hoher
89 Aufenthaltsqualität, damit mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen –
90 sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilzentren. Bestehende und neue
91 Standortgemeinschaften in den Stadtteilen und Quartieren fördern wir.

92 Die Verknüpfung mit den Hoch- und Fachhochschulen wollen wir weiter ausbauen.
93 Dazu wollen wir mit den Vorständen und Studierenden Vertretungen (ASTA) beraten,
94 wie eine regelmäßige Vernetzung mit der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik
95 am besten möglich wäre, um gemeinsame Projekte zu koordinieren. Der Kern wären
96 zunächst die Düsseldorfer Hoch- und Fachhochschulen, perspektivisch streben wir
97 regionale Kooperationen an. Auch die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen
98 privaten Hochschulen sollte verbessert werden.

99 Flächen für Industrie und Handwerk werden wir Grüne weiter sichern und das
100 Konzept der Kernzonen stärken (hier Verweis auf das Kapitel Stadtentwicklung).
101 Auch bei der Entwicklung innerstädtischer Innen- und Hinterhöfe streben wir eine
102 urbane Nutzungsmischung aus Wohnen und Arbeiten an.

103 Qualifizierte Fachkräfte sind für die Zukunft unserer Stadt elementar wichtig –
104 von der Pflege bis zur IT, von der städtischen Verwaltung bis zur Kita.
105 Gemeinsam mit den Kammern, Verbänden und Gewerkschaften wollen wir die richtigen
106 Rahmenbedingungen in Düsseldorf schaffen. Indem wir die Koordination mit dem
107 Jobcenter, den Kammern und den städtischen Ämtern weiter verbessern, ermöglichen
108 wir mehr qualifizierten Migrant*innen einen möglichst unkomplizierten Einstieg
109 in den Arbeitsmarkt und die Gründung.

110 Zur erfolgreichen Fachkräftegewinnung gehören auch viele weiche Standortfaktoren
111 wie Wohnen, moderne Mobilität, gute Schulen und Kitas sowie ein attraktives
112 Lebensumfeld (u. a. „Düsseldorf nach Acht“).

113 Wir wollen Unternehmen der solidarischen Ökonomie besonders unterstützen. Sie
114 spielen eine wichtige Rolle in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt unserer
115 Gesellschaft und verbinden die Dimensionen der Nachhaltigkeit unmittelbar.
116 Düsseldorf sollte europäische Fördermöglichkeiten nutzen und innerhalb der
117 Wirtschaftsförderung spezielle Unterstützung für Unternehmen der solidarischen
118 Ökonomie aufbauen.

119 Die Transparenz der Wirtschaftsförderung wollen wir verbessern, insbesondere
120 hinsichtlich der Fördermittel und der Kooperationen. Die Kriterien und
121 Bedingungen für Zuschüsse müssen nachvollziehbar sein und den Zielsetzungen für
122 einen nachhaltigen, sozialen und ökologischen Wirtschaftsstandort entsprechen.

123 Stadtmarketing und Tourismus ist in Düsseldorf in den vergangenen Jahren
124 professioneller und moderner geworden. Neben dem viel diskutierten Motto „Nähe
125 trifft Freiheit“ geht es dabei vornehmlich um bessere Strukturen und
126 Koordination, um gezieltere Vermarktung und innovative Angebote. Wir wollen
127 diesen Weg weitergehen und das Düsseldorfer Marketing noch moderner und
128 nachhaltiger gestalten, beispielsweise mit einem Schwerpunkt auf der
129 vielfältigen Kultur und Subkultur und neuen Initiativen für den Tages- und
130 Radtourismus. So können die Ziele des „Slow Tourism“ oder „Soft Tourism“ mit den
131 Düsseldorfer Stärken beispielsweise zu den Themen Musik und Mode verknüpft
132 werden. Bei der strategischen Ausrichtung des Tourismus sollen Besucher*innen
133 gleichwertig mit den Düsseldorfer*innen betrachtet werden.

134 Die Potentiale der Düsseldorfer Wirtschaft wirken in die Region, gleichzeitig
135 profitiert Düsseldorf von der Wirtschaftskraft der Regionen. Wir wollen die
136 Regionalen Kooperationen der Stadt ausbauen, beispielsweise die „Euregio“
137 Kooperationen mit den Niederlanden und in der RadRegion Rheinland e.V. (Hier
138 Verweis auf das Kapitel Regionale Kooperationen)

139 Reisholzer Hafen

140 Die Idee, den Reisholzer Hafen zu einem trimodalen Hafen auszubauen, ist auch in
141 den vergangenen fünf Jahren kaum konkreter geworden. Die vorliegenden Pläne und
142 Untersuchungen sind immer noch keine ausreichende Basis für eine Entscheidung
143 für oder gegen den Ausbau. Offen sind insbesondere die Fragen, welchen Bedarf
144 die Industrie im Düsseldorfer Süden tatsächlich selbst hat, und welche
145 Auswirkungen ein Ausbau auf den Verkehr hätte.

146 Denn die entscheidende Frage ist weiterhin die Verkehrsbelastung: Würde es ein
147 Hafen für die Region oder ein überregionales Logistikhauptknoten? Davon hängt ab,
148 ob Güter, die aktuell per LKW über die Straßen in Wersten, Benrath und Reisholz
149 rollen, auf den Rhein und die Schiene verlagert werden oder ob mehr Verkehr
150 erzeugt wird. Die direkt im ausgebauten Hafen entstehenden Arbeitsplätze sind
151 aufgrund der geringen Anzahl und der wenig arbeitsplatzintensiven Ausgestaltung
152 moderner Häfen nachrangig. Wichtiger ist auch hier, dass durch einen lokalen
153 Hafen für die Region die Industriestandorte und damit Jobs im Düsseldorfer Süden
154 gesichert werden können.

155 Wir GRÜNE werden neben den direkten Verkehrsauswirkungen weiterhin die
156 Konsequenzen für die umliegenden Naturschutzgebiete und Wohngebiete beachten. Im
157 Fokus liegen dabei in erster Linie die Belastungen durch Lärm- und
158 Lichtemissionen. Eine moderne, leise und wenig Streulicht erzeugende
159 Anlagengestaltung ist für uns Voraussetzung. Weitere Punkte, die wir
160 berücksichtigen werden, sind die Zukunft der Künstler*innen-Ateliers und der
161 notwendige Lückenschluss im Rheinradweg.

162 GRÜNE haben seit der Kommunalwahl 2014 erfolgreich die Bedingungen für die
163 weiteren Planungen durchgesetzt. Diese gelten für uns auch in Zukunft:

164 Die GRÜNEN stellen folgende Bedingungen an einen möglichen Ausbau des Reisholzer
165 Hafens:

- 166 • Beteiligung und Transparenz: Alle Informationen und Planungen werden
167 öffentlich gemacht und transparent erläutert. Bei allen Plänen und
168 Entscheidungen werden die Bürger*innen frühzeitig informiert und
169 beteiligt.
- 170 • Verkehrsverlagerung statt Verkehrsvermehrung: Das Konzept muss eine
171 Verlagerung heutiger LKW-Verkehre auf Binnenschiffe und Schiene
172 ermöglichen und somit eine Reduzierung der Verkehrsbelastung auf den
173 Straßen im Düsseldorfer Süden erreichen. Einen überregionalen Hub, der
174 neue Verkehrsströme auf den Düsseldorfer Straßen erzeugt, lehnen wir ab.
175 Entsprechende vertragliche Sicherungen müssen festgeschrieben werden.
- 176 • Regionale Kooperation: Der Standort muss in der Kooperation mit den Häfen
177 in Krefeld und Köln entwickelt und privatwirtschaftlich gebaut und

178 betrieben werden. Das Projekt muss unabhängig von Steuergeldern realisiert
179 werden und wirtschaftlich betrieben werden können.

180 • Umweltschutz: Alle Auswirkungen auf den Rhein, die umliegende Natur und
181 die Anwohner*innen müssen genau untersucht, öffentlich gemacht und
182 minimiert werden.

183 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 184 • 1 Keine Armut
- 185 • 8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
- 186 • 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 187 • 10 Weniger Ungleichheit
- 188 • 7 Bezahlbare und saubere Energie
- 189 • 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion

Beschluss Regionale Zusammenarbeit

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.26. Regionale Zusammenarbeit

Text

- 1 Regionale Zusammenarbeit auf Augenhöhe: Düsseldorf steht nicht für sich allein
- 2 und darf sich selbst nicht genug sein. Die Stadt und ihre Bürger*innen sind mit
- 3 der nahen und weiteren Region eng vernetzt. Tourist*innen, die Düsseldorf
- 4 besuchen, zieht es ins Neandertal oder auf die Museumsinsel Hombroich. Menschen
- 5 die in Mettmann oder Hilden leben, arbeiten in der Hafencity und Firmen, die in
- 6 Düsseldorf produzieren, versuchen möglichst viel ihrer Gewerbesteuern in die
- 7 benachbarte Steueroase Monheim zu schieben.

- 8 Die regionale Zusammenarbeit war viele Jahre geprägt von Konkurrenz,
- 9 individueller Standortpolitik und mehr oder weniger freundlichem Nebeneinander.
- 10 Diese Zeiten sind vorbei. Die Stadt Düsseldorf sucht immer öfter die
- 11 Zusammenarbeit auf Augenhöhe, gerade in der Verkehrspolitik. Neue Kooperationen
- 12 wurden geschaffen, wie die zwischen Mettmann, Düsseldorf und Neuss.

- 13 Zusammen schafft man mehr – auch in der Region

- 14 Doch die Zusammenarbeit muss jenseits des Atmosphärischen endlich konkreter
- 15 werden. Aufgaben und Instrumente sind zahlreich. Wir GRÜNEN Düsseldorf wollen
- 16 ein Zwei-Schichten-Modell, damit den unterschiedlichen Bedürfnissen der direkten
- 17 Nachbarschaft und der weiteren Region ein Rahmen gegeben werden kann.
- 18 Ausgangspunkte sind dafür die Kooperation zwischen Mettmann, Düsseldorf und
- 19 Neuss einerseits und die Metropolregion andererseits.

- 20 Für die Kooperation zwischen Mettmann, Düsseldorf und Neuss braucht es in jedem
- 21 Ressort Zuständige für die Regionale Zusammenarbeit, damit die politischen
- 22 Vereinbarungen, die getroffen werden, auch in konkrete Verwaltungsarbeit
- 23 übersetzt werden können. Die Kooperation muss politisch besser begleitet und die
- 24 Umsetzung kontrolliert werden.

25 Doch auch darüber hinaus müssen Zusammenarbeit und Kooperation verstetigt und
26 ausgebaut werden. Denn nur gemeinsam mit anderen können wesentliche Aufgaben in
27 der Metropolregion Rheinland angegangen werden.

- 28 • Mit einem regionalen Flächennutzungsplan schaffen wir eine gemeinsame
29 Grundlage für sinnvolle Wohnungspolitik, zukunftsfähige
30 Gewerbeansiedlungen und effektiven Naturschutz in der Region.
- 31 • Es braucht einen gemeinsamen Verkehrsentwicklungsplan für die Region statt
32 kommunalem Nebeneinander
- 33 • Kooperative wirtschaftliche Entwicklung der Region durch Absprachen zur
34 Gewerbesteuer und Ansiedlungen ersetzen regionales Steuerdumping und eine
35 Standortpolitik, die an den Stadtgrenzen aufhört.
- 36 • Handwerkerhöfe können helfen, Handwerksbetriebe in der Region zu halten -
37 dem Preisdruck auf dem Immobilienmarkt zum Trotz.
- 38 • Eine touristische Vermarktung der Region stärkt diese als Urlaubsziel und
39 hält Arbeitsplätze in der gesamten Region.
- 40 • Gemeinsames Anwerben von EU-Mitteln für die Wirtschaftsförderung
41 ermöglicht der Region, zukunftsfähige Industrie anzusiedeln und zu halten

42 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 43 • 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 44 • 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele